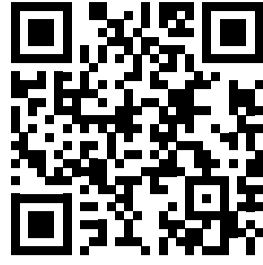




**12. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM**  
24.6.2026: Stadthalle Gersthofen

**125 JAHRE WASSERKRAFT AM LECH**  
23.6.2026: Kraftwerkstandort Gersthofen



Das Bayerische WasserkraftForum bringt am 24.6. in der Stadthalle Gersthofen kommunale Entscheider, Energieversorger und Fachverbände zusammen. Im Fokus stehen die Rolle der Wasserkraft für Versorgungssicherheit, Klimaschutz und regionale Wertschöpfung sowie aktuelle Herausforderungen und Praxislösungen. Premiumpartner ist LEW Wasserkraft, die am Vortag ihr 125-jähriges Jubiläum „Wasserkraft am Lech“ feiert. Einen Überblick über die Veranstaltung bietet unser QR-Code oder die Internetseite [www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de).

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

## Verändern, um zu bewahren

Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder im Bayerischen Landtag

Als Stabilitätsanker in einer von Krisen geprägten Welt hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Freistaat in seiner Regierungserklärung im Bayerischen Landtag bezeichnet. Angesichts internationaler Konflikte, wirtschaftlicher Unsicherheiten und gesellschaftlicher Spannungen warb der CSU-Chef für Zuversicht, wirtschaftliche Stärke und technologische Innovationen als Grundlage für die Zukunft Bayerns.

„Wir leben in stürmischen Zeiten“, stellte Söder fest. In seiner mehr als 30-jährigen Parlamentszugehörigkeit habe er eine vergleichbare Situation „noch nie gesehen“. Kriege, Energiekrisen, wirtschaftliche Konflikte und gesellschaftliche Verunsicherung prägten die Gegenwart. „Die einzige Konstante scheint die Veränderung“, erklärte Söder. Die daraus entstehenden Ängste könnten Radikalisierung fördern. Demokratische Parteien seien deshalb gefordert, „mit eigenen Ideen und Konzepten Wege aus der Krise aufzuzeigen“.

### Zeitenwende und Verunsicherung

Viele Belastungen der vergangenen Jahre seien von außen nach Deutschland getragen worden – von der Corona-Pandemie über den Krieg in der Ukraine bis hin zu den aktuellen Spannungen im Nahen Osten. Hinzu kämen wirtschaftliche Herausforderungen wie die US-Zollpolitik und der wachsende Konkurrenzdruck aus China. Besonders betroffen seien der bayerische Mittelstand und der Maschinenbau. Dennoch dürfe Deutschland nicht in Pessimismus verfallen. „Wir müssen uns auf die Hinterbeine stellen und selbst besser werden“, machte der Ministerpräsident deutlich.

### „Der Fels in der Brandung“

Trotz der internationalen Krisen sei der Freistaat weiterhin „der Fels in der Brandung“ und ein „Wirtschaftskraftwerk“. Bayern halte an einer soliden Haushaltspolitik fest und verzichte weiterhin auf neue Schulden.

Die schwarze Null bleibe „Bayerns Markenkern“. Söder verwies zudem auf eine Investitionsquote von 17 Prozent sowie eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent. Bayern sei wirtschaftlich erfolgreicher als viele andere Regionen Deutschlands und Europas.

### Wachstum als Staatsziel

Besonders deutlich stellte er die Bedeutung der Wirtschaft heraus und formulierte sein Leitmotiv mit den Worten „Economy first“. Wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit seien entscheidend, um Sozialstaat und gesellschaftlichen Zusammenhalt dauerhaft zu sichern. Der Freistaat setze dabei weiterhin auf die Verbindung aus Mittelstand, Familienunternehmen, Handwerk und international erfolgreichen Großkonzernen wie BMW, Siemens oder Allianz.

### Angriff auf die Technologiespitze

Als zentrale Zukunftsstrategie präsentierte der Landeschef erneut die „Bayern-Agenda 2030“. Diese basiere auf den drei Säulen „Innovation, Transformation und Investition“ und solle den Freistaat als führenden Technologie- und Forschungsstandort Europas etablieren. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz bezeichnete Söder als Entwicklungen von historischer Tragweite – „wie die Erfindung von Feuer, Erfindung von Dampfmaschine zusammen“. Im globalen Wettbewerb um neue Technologien entscheide sich, welche Regionen künftig wirtschaftlich

(Fortsetzung auf Seite 4)



Tschechiens Präsident Petr Pavel empfing Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seinem Amtssitz in Prag. Bild: bayernportal.de

### 76. Sudetendeutscher Tag in Brünn:

## Historisches Signal

81 Jahre nach Kriegsende trafen sich die Sudetendeutschen auf Einladung Tschechiens erstmals in der alten Heimat. Im Zentrum des 76. Sudetendeutschen Tages in Brünn stand das gemeinsame Gedenken an die Opfer der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Rund 1.300 Menschen beteiligten sich an einem Versöhnungsmarsch, der am Standort eines Massengrabs in Pohorelice, rund 25 Kilometer südlich von Brünn, begann. Der Gedenkakt mit Kranzniederlegung fand erstmals im Rahmen des Sudetendeutschen Tages statt. Bayerns Sozialministerin und Schirmherrschaftsministerin der Sudetendeutschen, Ulrike Scharf, erinnerte dabei an die Bedeutung des Erinnerns: „Das Massengrab steht für die unfassbaren Schrecken von Flucht und Vertreibung.“ Erinnerung sei nicht rückwärtsgerichtet, sondern richtungsweisend. Der gemeinsame Friedensmarsch von Deutschen und Tschechen sei ein starkes Zeichen für Versöhnung, Dialog und Verantwortung.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt erinnerte ebenfalls an das Leid der Vergangenheit: „Die Gräber, an denen wir heute symbolisch stehen, sind Zeugen tiefen menschlichen Leids.“ Dobrindt würdigte die Organisatoren des Dialogfestivals „Meeting Brno“ als echte Brückenbauer. Versöhnung setze Mut voraus und die Bereitschaft, einander zuzuhören. Zugleich betonte der Minister, dass es nicht darum gehe, Schuld gegeneinander aufzurechnen. Die europäische Freundschaft sei vielmehr ein Schutzwall gegen neuen Nationalismus.

Beim traditionellen Pfingsttreffen der Vertriebenen auf dem Brünnener Messegelände bezeichnete Bayerns Ministerpräsident Markus Söder die Veranstaltung als „großes Friedensfest“ und sprach von einem „historischen Signal“. Der Sprecher der Sudetendeutschen, Bernd Posselt, erklärte: „Unsere Botschaft ist keine Botschaft des Hasses, sondern der Liebe.“ Der CSU-Politiker unterstrich zudem, dass man nicht gekommen sei, um Forderungen zu stellen, sondern um etwas zu geben.

Im Rahmen der Veranstaltung erhielt der tschechische Schriftsteller und frühere Dissident Milan Uhde den Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Posselt würdigte ihn als „großen Europäer und engen Freund der Sudetendeutschen“. Der heute 89-Jährige war unter anderem Kulturminister, Parlamentspräsident und Mitunterzeichner der Bürgerrechtsinitiative Charta 77 um den späteren Präsidenten Václav Havel.

Söder zufolge sind Bayern und Tschechien nach dem Ende des Kalten Krieges wieder zu dem geworden, was sie einst waren: das Herz Europas. Gleichzeitig sprach er sich deutlich gegen Nationalismus, Ressentiments, gegenseitige Angriffe und antidemokratische Entwicklungen aus. DK

### Bundes-SGK-Delegiertenversammlung in Dortmund:

## Zukunftspakt für Kommunen

Unter dem Motto „Gemeinsam stark! Zusammen Zukunft gestalten – Bund, Länder und Kommunen“ nahmen rund 350 Delegierte und Gäste an der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK in Dortmund teil. Wie der wiedergewählte SGK-Bundesvorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Dr. Thorsten Kornblum, betonte, verstehe sich die Sozialdemokratie als starke Kommunalpartei und sei besonders dort erfolgreich, wo sie in Städten, Gemeinden und Landkreisen Vertrauen genießt und aktiv gestalten kann. Entscheidend sei, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort spürten, dass ihre Wahlentscheidung tatsächlich etwas bewirke.

Teilhabe und das Gefühl von Selbstwirksamkeit dürften nicht ausgehöhlt werden, erklärte Kornblum. Junge Menschen ließen sich kaum für Demokratie gewinnen, wenn sich die Arbeit in Stadt- oder Kreistagen ausschließlich auf Sparmaßnahmen

und Kürzungen beschränke. Voraussetzung dafür seien solide finanzielle Rahmenbedingungen. „Dafür setzen wir uns gemeinsam mit der Bundes-SGK ein. Der kommunale Einfluss findet sich deutlich im Koalitionsvertrag wieder, und auch über den Kom-

### Warnung vor kommunaler Finanzkrise

munalbeirat des SPD-Parteivorstands gestalten wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker die politischen Entscheidungen maßgeblich mit.“

Entsprechend verabschiedete die Delegiertenversammlung den Leitartikel „Kommunale Finanzen – Anforderungen an den Zukunftspakt“. Darin wird vor einer dramatischen Verschärfung der Finanzlage in Städten und Gemeinden gewarnt. Zudem werden

(Fortsetzung auf Seite 4)

### Bayerische Staatsregierung:

## Partner der Bundeswehr

Das bayerische Kabinett hat sich jüngst intensiv mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen befasst und dabei seine Unterstützung für den Ausbau der Bundeswehr sowie den Freistaat als wichtigen Verteidigungs- und Technologiestandort bekräftigt. Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte, Bayern sei bereits heute ein starker Bundeswehrstandort mit 76 Standorten und rund 40.000 Beschäftigten und Soldatinnen und Soldaten. Diese Rolle solle weiter ausgebaut werden.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand der geplante Aufwuchs der Bundeswehr. Bis zum Jahr 2035 soll die Truppenstärke bundesweit auf 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie 200.000 Reservistinnen und Reservisten anwachsen. Gleichzeitig sind Investitionen in Rüstungsgüter und Infrastruktur in Milliardenhöhe vorgesehen. Bayern rechnet aufgrund seiner Bedeutung als Bundeswehrstandort mit weitreichenden Auswirkungen geplanter Struktur- und Stationierungsentscheidungen des Bundesverteidigungsministeriums.

### Neue Musterungszentren und Wehrpflichtdebatte

Die Staatsregierung begrüßt insbesondere die Einrichtung neuer Musterungszentren in Kempten, Nürnberg, Regensburg und Würzburg. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um den angestrebten personellen Ausbau der Bundeswehr zu unterstützen. Zugleich äußert sie Zweifel daran, dass das Wachstum allein auf freiwilliger Basis erreicht werden kann. Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage spricht sich der Freistaat daher dafür aus, möglichst rasch die Voraussetzungen für die gesetzlich vorgesehene Bedarfswehrpflicht zu schaffen.

### Bayern als Standort der Sicherheitsindustrie

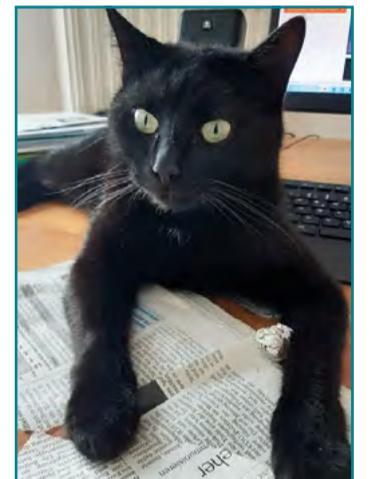
Auch im Bereich der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie sieht sich Bayern als zentraler Partner der Bundeswehr. Rund ein Drittel der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist im Freistaat angesiedelt. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, den Anteil heimischer Unternehmen bei Beschaffungen weiter zu erhöhen und insbesondere den Ausbau

unbemannter Systeme voranzutreiben. Zudem soll Bayern von zusätzlichen Rüstungsaufträgen profitieren. Nach Söders Worten verfüge der Freistaat bereits heute über ein starkes „Defense-Tech-Cluster“ mit Start-ups.

### Satelliten, Flugabwehr und Raketenprojekte

Darüber hinaus sind weitere Projekte im Bereich der Verteidigungstechnologie geplant. Genannt wurden unter anderem der Aufbau eines Satelliten-Kompetenzzentrums der Bundeswehr sowie neue Fähigkeiten im Bereich der Flugabwehr. Mit dem geplanten Flugabwehrschutz in Kaufbeuren soll für Süddeutschland ein

(Fortsetzung auf Seite 4)



Möchte man heute überhaupt noch jung sein? Zwischen Wohnungsnot, Rentenillusionen und Dauerkrisen scheint die Gesellschaft vor allem eines zu verteidigen: den Status quo der Älteren. Warum früher Aufbruch herrschte und heute Zukunftsangst und weshalb gerade jungen Menschen wieder mehr Zuversicht zugemutet werden müsste, darüber macht sich Pino so seine Gedanken. Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Integrationspreis 2026: „Sprache schafft Heimat“ . . . . . 2  
Innenminister Herrmann: Pakt für den Bevölkerungsschutz: . . 2  
Kultusministerium: Mittelschule – stark für jeden Weg . . . . . 2

GZ-Kolumne Dr. Alexander Legler:  
Jugendkreistag: Starke Stimmen für die Zukunft . . . . . 3

„Bavaria ruft!“: Über weibliche Perspektiven in der Politik . . . 3  
Warum Bayern bis heute „eine Maß“ bestellt. . . . . 3  
Heimatminister Füracker: „Demografiepreis Bayern 2025“ . . . 5

Kommunale Bauthemen. . . . . 6  
Kommunale Finanzt Themen. . . . . 7 - 11  
Kommunale Energiethemen . . . . . 12 - 17

Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Bildarchiv Bay. Staatskanzlei; Matthias Balk

Herrmann würdigt Integrationsprojekte im Landtag:

## „Sprache schafft Heimat“

Bei der Verleihung des Bayerischen Integrationspreises 2026 im Bayerischen Landtag hat Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann das Engagement der diesjährigen Preisträger gewürdigt.

Die ausgezeichneten Projekte stünden beispielhaft für gelingende Integration und stärkten Verständigung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt. Integration sei ein gemeinschaftlicher Prozess, der Offenheit und Verantwortungsbewusstsein erfordere, so Herrmann.

Der diesjährige Integrationspreis stand unter dem Motto „Sprache schafft Heimat – Integration leben“. Alle prämierten Projekte fördern auf unterschiedliche Weise das Erlernen und Anwenden der deutschen Sprache. „Sprache verbindet Menschen, schafft Vertrauen und ermöglicht echte Begeg-

nung“, betonte Herrmann. Sie sei der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und dazu, in einer neuen Heimat anzukommen.

### Die Preisträger 2026:

#### 1. Preis (4.000 Euro):

HipHop Heroes – Sprache schafft Heimat, Ingolstadt: Der Verein INFreestyle e. V. verbindet Jugendarbeit mit Musik, Medien und Kunst. Im Rap-Projekt „HipHop Heroes“ entwickeln Kinder und Jugendliche eigene Texte und Musikstücke. Ziel ist es, Sprachkompetenz, Selbstbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

#### 2. Preis (je 2.500 Euro):

FCA-Ballschule mit Sprach- und Leseförderung, Augsburg: Der FC Augsburg kombiniert Bewegungsangebote mit Sprach- und Leseförderung. Gemeinsames Lesen und Buchpräsentationen fördern Ausdrucksfähigkeit, Lesekompetenz und Selbstvertrauen der Kinder.

#### 2. Preis (je 2.500 Euro):

„Reden. Begegnen. Dazugehören“, Passau: Der Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V.“ organisiert Sprachpatenschaften, Bewerbungstrainings und interkulturelle Begegnungsangebote. Ziel ist es, Hemmschwellen abzubauen und Integration im Alltag zu fördern. □

Initiative des Kultusministeriums:

## „Mittelschule – stark für jeden Weg“

Die Mittelschule in Bayern wird gezielt weiterentwickelt: Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket stärkt das Kultusministerium Profil, Qualität und Zukunftsfähigkeit der Schulart. Im Zentrum stünden die Stärkung von Basiskompetenzen, mehr individuelle Lernzeit, noch mehr Praxisnähe und eine konsequente Ausrichtung auf erfolgreiche Bildungs- und Berufswege, erläuterte Kultusministerin Anna Stolz bei der Vorstellung des Konzepts nach einer Tagung des Bayerischen Kabinetts.

Die Initiative des Kultusministeriums bündelt ein umfassendes Maßnahmenpaket unter den Leitbegriffen „Zeit – Zukunft – Ziele“. So sollen Mittelschulen künftig mehr pädagogische Flexibilität erhalten, um Basiskompetenzen gezielt zu stärken. Dazu gehört unter anderem die Ausweitung des jahrgangsübergreifenden Lernens („JAMI“). Dabei werden Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 6 gemeinsam unterrichtet und können diese Jahrgangs-

stufen bei Bedarf in drei Jahren durchlaufen – für mehr Zeit zum Lernen und nachhaltigen Bildungserfolg. „Kinder brauchen Zeit: zum Lernen, zum Wachsen und zur persönlichen Entwicklung“, so die Kultusministerin. Darüber hinaus wird ein integrierter M-Zug in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 erprobt. Damit sollen zusätzliche Wege zum mittleren Schulabschluss eröffnet und zugleich Mittelschulstandorte gestärkt werden.

Zugleich erhalten Schulen un-

ter anderem mehr Spielraum bei der Stundentafel, um gezielt auf unterschiedliche Lernbedarfe einzugehen und den Fokus auf den Erwerb von Basiskompetenzen zu richten. Leistungstärkere Jugendliche profitieren von neuen Wegen zum mittleren Schulabschluss – und bleiben dabei im gewohnten Klassenverband.

### Lebensnaher Unterricht

Projektarbeit wird künftig ab der 5. Jahrgangsstufe verbindlicher Bestandteil des Unterrichts und fließt stärker in die Bewertung ein. Auch Abschlussprüfungsformate werden moderner und lebensnäher gestaltet, etwa in den Verbundfächern Geschichte/Politik/Geografie sowie Natur und Technik. Zudem wird die Berufsorientierung weiter mit zusätzlichen Intensivpraktika, individueller Begleitung und enger Zusammenarbeit mit Eltern und Betrieben gestärkt. So lernen Jugendliche schon früh, Verantwortung zu übernehmen und ihre Stärken in der Praxis einzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der evidenzbasierten

Schul- und Unterrichtsentwicklung. Programme wie das Lesekompetenztraining FILBY und das Konzept QuaMath für einen qualitativollen Mathematikunterricht werden an Mittelschulen ausgeweitet. Gleichzeitig sollen Lehrkräfte und Schulleitungen durch zusätzliche Fortbildungs- und Unterstützungsangebote gestärkt und in der Umsetzung von Teamarbeit gezielt unterstützt werden.

### Chancengerechtigkeit

Grundlage der Initiative war ein umfassender Beteiligungsprozess mit den Schulleitungen aller Mittelschulen und weiteren Schulpraktikern aus ganz Bayern. Die Staatsregierung verfolgt damit das Ziel, die Mittelschule nachhaltig zu stärken und ihre zentrale Bedeutung für Chancengerechtigkeit, Persönlichkeitsbildung und Fachkräfteabsicherung sichtbar zu machen. Zuletzt besuchten rund 207.000 Schülerinnen und Schüler diese Schulart. Außerdem treten nach wie vor mehr als ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler nach der Jahrgangsstufe 4 an die Mittelschule über. DK

## Teilhabe ohne digitale Barrieren

### Senioren-Union verabschiedet Münchner Erklärung

Die Senioren-Union von CDU und CSU haben sich im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung ihrer Bundes- und Landesvorstände mit den Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung auf ältere Menschen befasst. Ergebnis der Beratungen ist die „Münchner Erklärung“ unter dem Titel „Teilhabe ohne digitale Barrieren“.

Darin betonen die Verbände, dass insbesondere ältere Menschen gezielte Unterstützung sowie leicht zugängliche digitale Angebote benötigen, um digitale Anwendungen sicher und selbstbestimmt nutzen zu können. Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Hubert Hüppe, erklärte hierzu: „Mit der Münchner Erklärung unterstreichen wir, dass insbesondere ältere Menschen gezielte Unterstützung und leicht zugängliche digitale Angebote benötigen, damit sie digitale Anwendungen sicher und selbstbestimmt nutzen können.“

Der Landesvorsitzende der Senioren-Union der CSU, Franz Meyer, hob hervor, dass Digitalisierung nicht zu gesellschaftlicher Ausgrenzung führen dürfe: „Die Solidarität erfordert, dass

wir diejenigen schützen, die analog leben und nicht am digitalen Leben teilnehmen können oder wollen.“ Zugleich betonte er: „Wir sagen Ja zu Digitalisierung und KI, Nein zu jeder Form der Altersdiskriminierung.“

Nach Auffassung der Senioren-Union verändert die Digitalisierung mit zunehmendem Einsatz künstlicher Intelligenz Gesellschaft und Alltag grundlegend. Gleichzeitig gebe es viele ältere Menschen, die weiterhin bewusst analoge Angebote nutzen. Werden zentrale Dienstleistungen ausschließlich digital bereitgestellt, drohe ein Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Daher fordert die Seniorenunion, digitale Angebote stets durch gleichwertige analoge Alternativen zu ergänzen.

## VERANSTALTUNGSHINWEIS

Mittwoch, 24.06.2026  
13:30-17:00 Uhr  
JETZT ANMELDEN!

**LIVE SEMINAR**  
KOMMUNALE WÄRMEWENDE: SCHRITT FÜR SCHRITT ZUM WÄRMENETZ IN IHRER KOMMUNE  
IN HILPOLTSTEIN  
MIT MARKUS EURING & RAPHAEL REICHENBERGER

[www.enerpipe.de/aktuelles/veranstaltungen](http://www.enerpipe.de/aktuelles/veranstaltungen)

Live-Seminar Kommunale Wärmewende:

## Schritt für Schritt zum Wärmernetz in Ihrer Kommune

bei ENERPIPE in Hilpoltstein

Lernen Sie, wie Ihre Kommune von der Wärmeplanung zum erfolgreichen Wärmernetz mit dem passenden Betreibermodell gelangt! Jetzt anmelden!

Im kostenlosen Live-Seminar „Kommunale Wärmewende: Schritt für Schritt zum Wärmernetz in Ihrer Kommune“ zeigen wir auf, wie Kommunen von der kommunalen Wärmeplanung über die Machbarkeitsstudie bis hin zum umgesetzten Wärmernetz mit dem passenden Betreibermodell gelangen.

Das Seminar richtet sich sowohl an Kommunen, die noch am Anfang der kommunalen Wärmeplanung stehen, als auch an diejenigen, die ihre Wärmeplanung bereits abgeschlossen haben und sich nun fragen, wie die nächsten Schritte in Richtung Wärmernetz aussehen können.

Neben den einzelnen Planungs- und Umsetzungsschritten werden auch unterschiedliche Betreibermodelle vorgestellt und konkrete Lösungsansätze für die praktische Umsetzung erläutert. Ziel des Seminars ist es, Kommunale Orientierung zu geben und aufzuzeigen, wie der Weg von der ersten Planung bis zum fertigen Wärmernetz erfolgreich gestaltet werden kann.

Anmeldeschluss: 12.06.2026!

### Agenda:

- 13:30 – 14:00 Uhr: Begrüßungskaffee
- 14:00 – 15:45 Uhr: Vorträge
- 15:45 – 16:30 Uhr: Firmenbesichtigung
- 16:30 – 17:00 Uhr: Ausklang

### Ort und Zeit:

24.06.2026, 13:30 - 17:00 Uhr

ENERPIPE GmbH,

An der Autobahn M1, 91161 Hilpoltstein

<https://www.enerpipe.de/seminarinfo/live-seminar-kommunale-waermewende-24062026>

Scannen für Anmeldung und weiter Infos



Pakt für den Bevölkerungsschutz:

## Herrmann begrüßt geplante Investitionen des Bundes

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann begrüßt den vom Bundeskabinett beschlossenen „Pakt für den Bevölkerungsschutz“. Das Investitionspaket sieht bis 2029 insgesamt zehn Milliarden Euro für den Zivil- und Katastrophenschutz vor. Für Herrmann ist dies „ein erster wichtiger Schritt“, um den Zivilschutz auszubauen und bestehende Strukturen schneller zu stärken.

Nach Ansicht Herrmanns müsse nun geklärt werden, wie die Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden können. Er fordert einen klaren Aufgabenzuschnitt für unterschiedliche Krisenszenarien sowie eine enge Einbindung der Hilfs- und Rettungsorganisationen. Nur mit abgestimmten Strukturen könne im Ernstfall schnell und wirksam gehandelt werden.

Die Mittel sollen auch in den Ausbau und die Härtung der

Warnsysteme fließen. Kritik äußerte Herrmann allerdings daran, dass bislang keine höheren Investitionen in den Ausbau des Sirenenetzes vorgesehen sind. Sirenen seien wegen ihres Weckeffekts und ihrer vielseitigen Einsatzmöglichkeiten ein unverzichtbares Warnmittel.

Der Innenminister sieht Bayern insgesamt gut aufgestellt. In den vergangenen fünf Jahren investierte der Freistaat mehr als 155 Millionen Euro in den Katastrophenschutz. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind weitere rund 80 Millionen Euro eingeplant, ergänzt um 20 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Für Feuerwehrrförderung und Staatliche Feuerweherschulen stellte Bayern in den vergangenen fünf Jahren fast 460 Millionen Euro bereit. Zudem wurden mehr als 50 Millionen Euro für Berg-, Höhlen- und Wasserrettung investiert.

Aktuell beschafft der Freistaat Notstromgerätesätze für alle 96 Kreisverwaltungsbehörden und investiert weiter in die Ausstattung der Hilfsorganisationen. Im Juli wollen Innenminister Herrmann und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt in Gunzenhausen mehr als 110 Einsatzfahrzeuge an Hilfsorganisationen und Feuerwehren übergeben. Mehr als die Hälfte der Fahrzeuge wurde vom Freistaat finanziert. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Lang  
Gemeinde Iffeldorf  
am 29.05.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Rammler  
Gemeinde Burgoberbach  
am 14.6.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin  
Christine Eisenmann  
Gemeinde Pullach  
am 31.5.

Bürgermeister Franz Schöner  
Markt Mährling  
am 5.6.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Meyer  
Gemeinde Sachsen b. Ansbach  
am 2.6.

Bürgermeister Josef Hasenöhr  
Gemeinde Büchlberg  
am 6.6.

Bürgermeisterin Susanne Lindner  
Gemeinde Gebenbach  
am 9.6.

Bürgermeister Georg Auer jun.  
Gemeinde Zangberg  
am 17.6.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Scheider  
Markt Welden  
am 30.5.

Bürgermeister Andreas Beilhack  
Gemeinde Warngau  
am 4.6.

Bürgermeister  
Jürgen Bauernfeind  
Markt Mörnshiem  
am 8.6.

Bürgermeister  
Dr. Markus Koneberg  
Gemeinde Ketttershausen  
am 12.6.

Bürgermeisterin Vanessa Voit  
Gemeinde Ettal  
am 13.6.

Bürgermeister Heinz Pollak  
Stadt Waldkirchen  
am 16.6.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Lenk  
Gemeinde Schirmitz  
am 16.6.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

# Der gestohlene Schluck

Warum Bayern bis heute „eine Maß“ bestellt

Warum heißt es in Bayern eigentlich „eine Maß Bier“ und nicht einfach „ein Liter Bier“? Die Antwort darauf führt tief hinein in die Geschichte des Königreichs Bayern, der deutschen Einheit und eines kleinen, aber bis heute legendären Bierverlusts. Passend zum Welttag der Metrologie am 20. Mai präsentierte Stefan Thums, Leiter des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht, dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, Florian Streibl, sowie Theresa von Hassel von der Bayerischen Gemeindezeitung die historische „Mutter einer bayerischen Maß“.

Bereits 1809 führte König Max I. Joseph ein einheitliches Maß- und Gewichtssystem für Bayern ein. Ziel war es, das Chaos unterschiedlichster regionaler Maße zu beenden und Handel sowie Verwaltung zu vereinfachen. Die berühmte „Bayerische Maß“ fasste damals allerdings nicht exakt

ein Liter, sondern stolze 1,069 Liter Bier. Mit der Industrialisierung und der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung deutscher Staaten wuchs jedoch der Druck zur Vereinheitlichung.

Der Welttag der Metrologie erinnert heute daran, wie wichtig verlässliche Messungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind. Unter dem Motto „Metrologie: Vertrauen aufbauen für die Politikgestaltung“ verweist Thums darauf, dass präzise Messungen nicht nur im Alltag, sondern auch für technische Innovationen, Energiewende und Forschung unverzichtbar sind.



V. l.: Mit einer historischen „Mutter einer bayerischen Maß“ und einem heutigen Maßkrug erinnern Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, Stefan Thums, Leiter des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht, und GZ-Verlegerin Theresa von Hassel am Welttag der Metrologie (20. Mai) an die Geschichte des bayerischen Biermaßes. Bild: CH

ein Liter, sondern stolze 1,069 Liter Bier. Mit der Industrialisierung und der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung deutscher Staaten wuchs jedoch der Druck zur Vereinheitlichung.

## Einzug des metrischen Systems

König Ludwig II. unterzeichnete schließlich die „Königlich Bayerische Maß- und Gewichtsordnung“,

perl weniger. Im Volksmund war deshalb schnell vom „Schluck, den uns Bismarck gestohlen hat“ die Rede. Tatsächlich hatte Otto von Bismarck damit persönlich zwar nichts zu tun. Die Vereinheitlichung der Maße wurde jedoch im Zuge der deutschen Einigungs- und Wirtschaftsbewegung stark durch Preußen vorangetrieben und damit indirekt auch durch den politischen Einfluss Bismarcks geprägt.



V. l.: Ein Liter Bier im Maßkrug und die „Mutter einer bayerischen Maß“. Das Gefäß diente zum Eich einer bayerischen Maß und fasste 1,069 preußische Liter Bier. Eingeschenkt wurde bis zur Oberkante; überschüssiges Bier lief über den Hahn wieder ab. Bild: CH

Besonders anschaulich wird diese Geschichte an alten Bierkrügen: Manche erhielten damals tatsächlich zwei Eichstriche, einen für die ursprüngliche bayerische Maß und einen für das neue Reichsmaß.

## Basis: Präzise Messungen

Der Welttag der Metrologie erinnert heute daran, wie wichtig verlässliche Messungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind. Unter dem Motto „Metrologie: Vertrauen aufbauen für die Politikgestaltung“ verweist Thums darauf, dass präzise Messungen nicht nur im Alltag, sondern auch für technische Innovationen, Energiewende und Forschung unverzichtbar sind.

Und wenn wir schon beim exakten Messen sind: In Bayern gibt es nun zwar keinen Unterschied mehr zwischen der Maß und dem Liter, aber sehr wohl zwischen „die Maß“ und „das Maß“. Während „das Maß“ für Präzision und Eichung steht, ist „die Maß“ bis heute ein Stück bayerisches Lebensgefühl. CH

# „Man muss sich nicht verbiegen, um Politik zu machen“

„Bavaria ruft!“ diskutiert über weibliche Perspektiven in der Politik

Mit einer Mischung aus politischer Analyse, persönlichen Erfahrungen und klaren Forderungen nach mehr weiblicher Beteiligung hat die Initiative „Bavaria ruft!“ im Bayerischen Landtag über die Zukunft von Frauen in der Politik diskutiert. Im Mittelpunkt standen die Keynote von Landtagspräsidentin Ilse Aigner sowie ein Podiumsgespräch mit Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen, Anzings Erste Bürgermeisterin Kathrin Alte und Moderatorin Caro Matzko. Anlass war die Sonderveröffentlichung des Dokumentarfilms „Die Premierministerin“ über die ehemalige neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern.

Aigner machte gleich zu Beginn deutlich, dass die Diskussion um Frauen in politischen Ämtern „kein Frauenthema, sondern ein Demokratiethema“ sei. Zwar sei der Frauenanteil bei den Ersten Bürgermeistern nach den jüngsten Kommunalwahlen leicht gestiegen (von 10 auf 12 Prozent), bei Spitzenämtern unter den Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte, falle die Bilanz jedoch weiterhin ernüchternd aus. Frauen seien hier nach wie vor nicht nur deutlich unterrepräsentiert, hier habe der Frauenanteil auch noch abgenommen. Frauen fehlten in

politischen Entscheidungsprozessen nicht nur zahlenmäßig, sagte Aigner, sondern auch mit ihren Erfahrungen und Perspektiven. Dabei brauche Politik bei Fragen bspw. der Kinderbetreuung, Stadtplanung oder Haushaltsprioritäten unterschiedliche Blickwinkel.

Deutlich sprach die Landtagspräsidentin auch die zunehmende Verrohung des politischen Klimas an. Besonders Frauen seien in sozialen Medien massiven Angriffen ausgesetzt. Hasskommentare, digitale Gewalt und persönliche Herabwürdigungen hätten ein Ausmaß er-

reicht, das viele Frauen abschrecke, sich überhaupt politisch zu engagieren. „Hass ist keine Meinung“, betonte Aigner. Politik brauche zwar ein „dickes Fell“, dürfe aber nicht dazu führen, dass sich engagierte Frauen aus der Öffentlichkeit zurückziehen.

## Persönliche Erfahrungen und Rollenzuschreibungen

Im anschließenden Gespräch schilderten die Podiumsteilnehmerinnen sehr persönliche Erfahrungen mit Rollenzuschreibungen und strukturellen Hürden. Katharina Schulze erinnerte sich an ihre ersten politischen Auftritte, bei denen nicht Inhalte, sondern Auftreten, Kleidung oder Sprache kommentiert worden seien. Lange habe sie geglaubt, sich an männliche Maßstäbe anpassen zu müssen. Erst später habe sie erkannt, dass Authentizität wichtiger sei als Anpassung. „Man muss sich nicht verbiegen,



V. l.: Moderatorin Caro Matzko, Bürgermeisterin Kathrin Alte, Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen. Bild: Lennart Preiss, Bildarchiv Bayerischer Landtag.

GZ

KOLUMNE

Dr. Alexander Legler

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wow! Die sind echt klasse!“ war mein Fazit zu unseren Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräten, die am 19. Mai zur konstituierenden Sitzung unseres neuen Jugendkreistages zusammengekommen sind. Er wird sich künftig mindestens zwei Mal im Jahr treffen und soll Themen beraten, die unsere Jugendlichen im Landkreis bewegen.

Mit seiner ersten Sitzung haben die 31 jungen Leute im Alter von 14 bis 17 Jahren

Landkreisgeschichte geschrieben, da es ein solches Jugendparlament bis dato nicht gegeben hat. Unser Jugendkreistag, dessen Vorbild das Jugendparlament in Bamberg ist, setzt sich zusammen aus Schülerinnen und Schülern aus Schulen im Kreis sowie aus Jugendlichen, die im Landkreis wohnen. Je nach Größe kann je-



Punkt gebracht und mit hoher Sensibilität wurden Vorschläge, Wünsche und auch Kritikpunkte benannt. Gegenstand waren u.a.:

Busverbindungen und volle Schulbusse, teilweise fehlende Wasserspender, der Zugang zu Menstruationsprodukten an Schulen, mehr Angebote zur beruflichen Orientierung, Drogenprobleme, die Verharmlosung zur Stärkung der Gesundheit und Sport, mehr digitale Bildung, Vandalismus durch Mitschülerinnen und Mitschüler,

unzureichende Aufklärung über Rassismus und zu wenig Programme gegen Antisemitismus sowie teilweise erlebte Verharmlosung der Nazizeit auf dem Pausenhof.

Mein persönliches Fazit aus dieser ersten Sitzung lautet:

Erstens bestehen offenkundig Defizite in der Bildungspolitik unter dem Aspekt Lebenskunde und Vorsorge. Insbesondere fehlt es an eingehender und fortlaufender Aufklärung über Gefahren im Netz, an ausreichender Sport sowie an früherer Befassung mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte, erst recht angesichts des steigenden Antisemitismus in unserem Land. Dafür braucht es grundsätzlich Raum in der Schule und eine Anpassung der Lehrpläne an die heutige Realität. An den Ausführungen der jungen Menschen hat sich klar gezeigt, wo Defizite mit Blick auf gesellschaftspolitische Themen und deren Behandlungen im Unterricht liegen.

Zweitens wurde erkennbar, dass und wie sehr junge Menschen interessiert sind an Politik, wie sehr sie mitreden und mitentscheiden wollen.

Und drittens haben wir mit unserem Jugendkreistag ein wichtiges und richtiges Format zum Austausch, zur Diskussion sowie zur Stärkung unserer Demokratie und der politischen Willensbildung geschaffen. Ich kann nur jedem ein solches Gremium ausdrücklich ans Herz legen. Denn das Herzstück und die Zukunft unserer Demokratie sind vor allem unsere Kinder und Jugendlichen! Demokratiebildung beginnt damit bei ihnen!

Demokratie lebt gerade davon, dass sich Menschen engagieren und dass wir Räume schaffen und haben, wo man lernt, miteinander zu diskutieren, Lösungen zu finden und Kompromisse zu schließen. Unser Jugendkreistag ist ein solch wertvoller Ort, mit dem wir zur Förderung unserer Demokratie sowie zur Stärkung demokratischer Mitbestimmung beitragen. Mit ihm bieten wir jungen Menschen einen Ort, mit dem wir ihre Entwicklung zu selbstbewussten Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterstützen. Wir zeigen ihnen: wir nehmen Euch und Eure Anliegen ernst, wir hören Euch zu und lassen Euch mitgestalten. Und wo könnte das direkter und unmittelbarer ermöglicht werden als bei uns, vor Ort in den Kommunen!?!

Ihr Dr. Alexander Legler

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern  
Landrat Landkreis Aschaffenburg

um Politik zu machen“, sagte die Landespolitikerin.

Auch Bürgermeisterin Kathrin Alte berichtete von alltäglichen Vorurteilen. Immer wieder würden Frauen in politischen Führungspositionen stärker nach Familienrolle, Auftreten oder Sympathie bewertet als nach Kompetenz. Gleichzeitig seien die Erwartungen widersprüchlich: Frauen sollten durchsetzungsfähig sein, dabei aber möglichst nicht anecken. Alte verwies auch auf Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes, in dem festgeschrieben ist: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Daraus leite sich aus ihrer Sicht auch ein klarer Auftrag an den Staat ab, tatsächliche Gleichstellung aktiv zu fördern und bestehende Be-

nachteiligungen abzubauen. Gerade kommunale Mandatsträgerinnen müssten Familie, Beruf und Ehrenamt häufig unter hohem organisatorischem Druck vereinbaren.

Ein zentrales Thema der Diskussion war zudem die Frage, wie Politik familienfreundlicher und attraktiver gestaltet werden kann. Genannt wurden unter anderem klarere Sitzungszeiten, hybride Teilnahmeformate und bessere Unterstützungsstrukturen für Eltern. Schulze sprach sich offen für gesetzliche Paritätsregelungen aus. Freiwilligkeit allein reiche nicht aus, um eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen in Parlamenten zu erreichen.

Trotz aller Kritik dominierten an diesem Abend Zuversicht und gegenseitige Ermutigung. Mehrfach wurde betont, dass Politik gestalten könne und Freude mache. Netzwerke wie „Bavaria ruft!“ seien deshalb wichtig, weil sie Frauen parteiübergreifend stärkten und sichtbarer machten. Demokratie brauche Vielfalt, auch in der Politik. Oder wie Katharina Schulze formulierte: „Wir sind 50 Prozent der Gesellschaft. Sind gehören uns auch 50 Prozent der Entscheidungsräume.“ CH

## Modellregionengesetz tritt in Kraft

Mitte Mai ist das Bayerische Modellregionengesetz in Kraft getreten. Kommunen können nun beim Innenministerium digitale Anträge stellen, um zeitlich befristet von bestimmten landesrechtlichen Vorschriften ausgenommen zu werden. Ziel ist es, neue Wege zum Bürokratieabbau zu erproben und langfristig unnötige Regelungen abzubauen. Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann betonte, die Kommunen wüssten selbst am besten, wo Verfahren unnötig kompliziert seien und Bürokratie reduziert werden könne. Innovative Ansätze sollten daher nicht „von oben“, sondern direkt vor Ort entstehen. Das Gesetz eröffnet den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum und solle helfen, Verwaltungsverfahren schlanker, kostengünstiger und bürgerfreundlicher zu machen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus den Modellregionen sollen später auf ganz Bayern übertragen werden. Weitere Informationen und die digitale Antragstellung finden Landkreise, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften online unter [modellregionen.de](http://modellregionen.de) □

## Verändern, um zu ...

(Fortsetzung von Seite 1)

erfolgreich seien. „Entweder ist man dabei oder man verliert den Anschluss“, warnte der Ministerpräsident.

Breiten Raum nahm die Wissenschafts- und Forschungspolitik ein. Seit Beginn seiner Amtszeit seien rund sechs Milliarden Euro in die Hightech-Agentur investiert worden, so Söder. Bayern konzentrierte sich gezielt auf Zukunftsfelder wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Quantencomputing, Halbleitertechnik, Raumfahrt sowie Medizin- und Biotechnologie. Die beiden Münchner Universitäten zählten mittlerweile zu den führenden Hochschulen Europas. In Nürnberg entstehe zudem die erste KI-Universität Deutschlands.

### Quantencomputer und Raumfahrtstrategie

Mit besonderem Nachdruck sprach Söder über die Entwicklung des Quantencomputings in Bayern. Am Leibniz-Rechenzentrum in Garching werde derzeit ein hybrider europäischer Quantencomputer entwickelt. Der bisherige Supercomputer „Blue Lion“ schaffe „sieben Trillionen Rechnungen in einer einzigen Sekunde“. Der neue Quantencomputer werde diese Leistung deutlich übertreffen. „Er rechnet in Minuten, wofür ein Supercomputer Tausende Jahre bräuhete.“ Bayern messe sich „mit den großen Nationen“.

Auch die Raumfahrtpolitik hob der Ministerpräsident hervor. Seine Raumfahrtstrategie sei anfangs belächelt worden, erinnerte er mit einem Seitenhieb auf frühere Kritik an „Söderchens Mondfahrt“. Inzwischen gehöre Bayern jedoch zu den wichtigsten Raumfahrtstandorten Europas. In Oberpfaffenhofen würden internationale Missionen von ESA und NASA koordiniert. Zudem entstehe dort ein neues Kontrollzentrum für künftige Marsmissionen. „Wir sitzen am Tisch mit den Raumfahrernationen der Welt“, unterstrich Söder.

### Sicherheit und Rüstungsstandort Bayern

Darüber hinaus sei der Freistaat führender Standort der deutschen Rüstungsbranche und beherberge sechs der zehn größten Unternehmen des Sektors. Gleichzeitig entstünden zahlreiche Start-ups, etwa im Bereich Drohnentechnologie. Viele Drohnen, die von der Ukraine eingesetzt würden, seien in Bayern entwickelt worden. Söder sprach sich für eine stärkere europäische Verteidigungsfähigkeit aus. „Deutschland braucht auch ein eigenes Kampfflugzeug“, erklärte der Parteichef.

### Pragmatische Energiewende

Mit Blick auf die Energiepolitik verwies er darauf, dass der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung seit seinem Amtsantritt um 40 Prozent gestiegen sei und inzwischen bei rund 75 Prozent liege. Bayern gehöre damit bundesweit zur Spitzengruppe. Zugleich machte Söder deutlich, dass erneuerbare Energien allein nicht ausreichen. Deutschland brauche zusätzliche Gaskraftwerke und einen ausgewogenen Energiemix, um Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise zu gewährleisten.

Kritisch äußerte sich der Ministerpräsident zur europäischen Automobilpolitik. Das ursprünglich geplante Verbrenner-Aus bezeichnete er als „großes industriepolitisches Eigentor“. Bayern stehe zwar hinter der Elektromobilität, wolle je-

doch auch moderne Verbrennungstechnologien weiterentwickeln. „Wir brauchen kein Verbot, sondern Technologieoffenheit“, hob Söder hervor. Bayern bleibe Autoland – „ob elektrisch oder mit Verbrenner“.

### Wohneigentum statt Enteignung

Beim Thema Wohnungsbau kündigte der Landeschef milliardenschwere Investitionen an, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Enteignung von privaten Wohnungsunternehmen sei eine „Schnapsidee“. Stattdessen wolle Bayern Wohnneigentum fördern und junge Familien beim Hausbau unterstützen.

Daneben seien Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung der Verwaltung unerlässlich. Staatliche Leistungen müssten „genauso schnell und einfach möglich sein wie das Einkaufen im Internet“. Genehmigungsverfahren und Berichtspflichten sollten vereinfacht werden, um Verwaltung

## Zukunftspakt für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

umfassende Entlastungen durch Bund und Länder gefordert.

Nach Einschätzung der Bundes-SGK werden die kommunalen Haushalte in diesem Jahr ein Defizit von mindestens 30 Milliarden Euro aufweisen. Zur kurzfristigen Stabilisierung fordert die Organisation eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von bisher 2,8 auf 12,8 Prozent. Dadurch könnten den Kommunen jährlich rund 30 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Ursachen der Finanzkrise seien vor allem steigende Sozialausgaben, höhere Personalkosten, Inflation sowie zusätzliche Aufgaben in Bereichen wie Digitalisierung, Betreuung, Integration und Infrastruktur.

### „Rückgrat der Gesellschaft“

Zugleich warnen die Sozialdemokraten vor politischen Folgen: Wenn Kommunen Leistungen einschränken müssten, Infrastrukturen verfallen und öffentliche Angebote schwächer würden, könne dies das Vertrauen in Staat und Demokratie beschädigen. Städte und Gemeinden seien das „Rückgrat der Gesellschaft“. Gefordert wird deshalb ein „Zukunftspakt“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Sozialausgaben etwa für Pflege, Kinder- und Jugendhilfe oder Eingliederungshilfe sollten künftig stärker gemeinsam finanziert werden, idealerweise zu gleichen Teilen durch alle staatlichen Ebenen. Hintergrund sind stark gestiegene Kosten, die die Kommunen zunehmend überlasteten.

### Reformbedarf in der Pflege

Besonders kritisch sieht die Bundes-SGK die Entwicklung in der Pflege. Hohe Eigenanteile führten dazu, dass viele Betroffene auf Sozialhilfe angewiesen sind. Notwendig sei eine Reform der Pflegeversicherung bis hin zu einer Vollversicherung oder zumindest eine Deckelung der Eigenkosten („Sockel-Spitze-Tausch“). Auch die Bundesländer müssten stärker für Pflege-Investitionskosten in die Verantwortung genommen werden.

### Kinderbetreuung und Jugendhilfe unter Druck

Großen Handlungsbedarf sieht die Bundes-SGK zudem bei der Kinder- und Jugendhilfe so-

und Wirtschaft zu entlasten.

### Kinderbetreuung als Zukunftsinvestition

Weitere Investitionen stellte der Ministerpräsident bei Kitas, Sprachförderung und Kinderbetreuung in Aussicht. Kinderbetreuung sei ebenso wichtig wie technologische Innovationen. „Bei uns zählen nicht nur Raketen, Drohnen und Computer, sondern auch Bauklötze, Treppenrollen und Sprachkompetenz unserer Jüngsten.“

Insgesamt zeichnete Söder ein positives Zukunftsbild für Bayern. Der Freistaat verbinde wirtschaftliche Stärke, Sicherheit und Lebensqualität mit Heimatverbundenheit und Hightech. Besonderen Dank richtete er an Ehrenamtliche, Feuerwehren, Vereine und Hilfsorganisationen. „Ohne euch wäre Bayern ärmer und kälter.“ Zusammenhalt und Zuversicht seien das Gebot der Stunde. Bayern müsse sich verändern, um das Gute und Wertvolle für kommende Generationen zu erhalten. „Lassen Sie uns gemeinsam anpacken“, lautete Söders Botschaft an die Landtagsabgeordneten. **DK**

wie der Kinderbetreuung. Die stark gestiegenen Ausgaben, unter anderem für Kitas, Ganztagsbetreuung und Hilfen zur Erziehung, seien nicht ausreichend gegenfinanziert worden. Bund und Länder hätten neue Aufgaben übertragen, ohne die laufenden Kosten zu sichern.

Auch die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung müsse reformiert werden. Weniger Bürokratie, effizientere Verfahren und eine stärkere Entlastung der Kommunen, etwa durch Poolösungen bei Schulassistenz und klarere Zuständigkeiten zwischen Jugendhilfe und Schule, seien unerlässlich.

### Neustart für die kommunale Digitalisierung

Darüber hinaus legen die Delegierten Wert auf einen grundlegenden Neustart der Digitalisierung in Städten und Gemeinden. In dem Beschlusspapier „Smarte Städte und Regionen – wo digitale Innovationen zu Hause sind“ fordern sie eine gemeinsame „Kommunale Digitalstrategie 2030“, die Verwaltungsdigitalisierung, Smart-City-Konzepte und den Einsatz Künstlicher Intelligenz zusammenführt.

### Fehlende Standards

Bislang liefen diese Entwicklungen weitgehend getrennt: Während Bund und Länder vor allem die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben, setzen Kommunen auf technische Lösungen für Verkehr, Energie, Infrastruktur oder Bürgerdienste. Nach Ansicht der Bundes-SGK fehlen jedoch eine gemeinsame Strategie, verbindliche Standards und eine bessere Abstimmung zwischen den Ebenen.

Kritisiert wird insbesondere, dass viele Kommunen bei der Digitalisierung hinterherhinken. Zwar gebe es einzelne Vorzeigeprojekte, doch vielerorts fehlten Geld, Personal und technisches Know-how. Dadurch entstünden große Unterschiede zwischen leistungsstarken und schwächeren Kommunen.

Besondere Hoffnungen liegen auf dem Einsatz Künstlicher Intelligenz. KI könne helfen, Verwaltungsabläufe zu beschleunigen, Daten besser auszuwerten und Bürgerdienste zu verbessern. Als Beispiele nennen die Sozialdemokraten Anwendungen in der Stadtplanung, Verkehrssteuerung oder Klimaanpassung. Gleichzeitig fordern sie mehr di-

## Partner der Bundes...

(Fortsetzung von Seite 1)

Schutzschirm entstehen, der laut Staatsregierung in seiner Funktion dem israelischen „Iron Dome“ ähneln. Zudem fordert Bayern die Entwicklung eines deutschen Konsortiums für Mittelstreckenraketen als Ersatz für das Tomahawk-System.

### Zukunft der Militärstandorte

Auch die Zukunft bestehender Militärstandorte spielte bei den Beratungen eine zentrale Rolle. Im Falle eines möglichen Abzugs von US-Truppen fordert die Staatsregierung den Erhalt des Standorts Vilseck und eine entsprechende Kompensation durch die Bundeswehr. Zudem solle der Bund einen möglichen Einstieg beim Rüstungsunternehmen KNDS im Blick behalten, um technologische Souveränität sicherzustellen.

### Drohnenzentrum und Defense-Ökosystem

Ein weiterer Schwerpunkt der Kabinettsitzung war die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorsts Erding zum „Defense Lab Erding“ (DLE). Dort entsteht nach Angaben der Staatsregierung eine bundesweit einmalige Entwicklungs- und Dual-Use-Technologie. Bereits im Februar 2026 wurde auf dem Gelände das Innovationszentrum der Bundeswehr eröffnet, das militärische Innovationen koordinieren und die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups fördern soll.

Im Mai 2026 folgte die Eröffnung des Drohnenkompetenz-

digitale Souveränität und weniger Abhängigkeit von internationalen Technologiekonzernen.

Der Bund müsse deshalb zentrale digitale Infrastrukturen bereitstellen, etwa gemeinsame Softwarelösungen, Cloud-Systeme und einheitliche Standards. Genannt werden unter anderem der geplante „Deutschland-Stack“, digitale Identitäten sowie offene Schnittstellen für Kommunen. Auch Open-Source-Lösungen sollen stärker gefördert werden.

### Cybersicherheit und Aufgabenreform

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Cybersicherheit. Angesichts zunehmender Angriffe auf öffentliche IT-Systeme solle ein bundesweit einheitliches Sicherheitszentrum für Verwaltungen unter Führung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik installiert werden. Zudem spricht sich die Bundes-SGK für eine Neuordnung staatlicher Aufgaben aus. Stark standardisierbare Leistungen wie Wohn-geld, BAföG oder Kfz-Zulassungen sollten künftig stärker zentral organisiert werden, um Kommunen zu entlasten.

Insgesamt versteht die Bundes-SGK Digitalisierung nicht mehr als Einzelprojekt, sondern als dauerhaften gesellschaftlichen Wandel. Damit dieser gelingt, müssten Kommunen stärker an Entscheidungen beteiligt und finanziell besser ausgestattet werden.

### „Wer bestellt, bezahlt“

Hauptrednerin der Delegiertenversammlung war die SPD-Vorsitzende und Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas. Nach ihrer Ansicht lassen Kommunen sich nicht durch einmalige Zuschüsse oder Sonderzahlungen stärken, weshalb das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ zur Richtschnur werden müsse. **DK**

und Abwehrzentrums der Bayerischen Polizei. Dort werden die polizeilichen Drohneneinheiten gebündelt und gemeinsam mit weiteren Akteuren weiterentwickelt. Mit weiteren Einrichtungen wie dem TechHUB SVI von Bayern Innovativ entwickelt sich Erding zunehmend zu einem zentralen Knotenpunkt des bayerischen Defense-Ökosystems.

### Infrastrukturprojekte

Für den geplanten Innovationscampus DLE sollen rund 22 Hektar Fläche vom Bund an die Stadt Erding übertragen werden. Parallel dazu gibt das Bundesverteidigungsministerium auch Flächen für wichtige Infrastrukturprojekte wie den Erdinger Ringschluss und die Kreisstraße ED-99 frei. Dadurch könne das Planfeststellungsverfahren für den Ringschluss vorangebracht werden, der als bedeutendes Verkehrsprojekt für die Metropolregion München gilt.

### Millioneninvestitionen in militärisches Bauen

Neben technologischen Entwicklungen richtet sich der Fokus auch beim militärischen Bauen auf eine deutliche Erweiterung. Allein im vergangenen Jahr investierte der Freistaat nach eigenen Angaben 290 Millionen Euro in militärische Bauprojekte für die Bundeswehr. Zusammen mit Maßnahmen für NATO, Gaststreitkräfte und zivile

### Bayerausstellung ab 8. Juli 2026 in Regensburg:

## Kampf um die Demokratie

Wer die Bayerausstellung „Brennpunkt Bayern. Hitler und der Kampf um die Demokratie“ ab dem 8. Juli 2026 im Haus der Bayerischen Geschichte besucht, begegnet zwei unscheinbaren Exponaten mit großer Aussagekraft: einem Kugelfragment und der dazugehörigen Patronenhülse. Beide stammen vom Attentat auf den damaligen bayerischen Innenminister Erhard Auer.

Der aus dem Landkreis Passau stammende SPD-Politiker wurde am 21. Februar 1919 im Bayerischen Landtag von dem radikalen Revolutionär Alois Lindner angeschossen. Lindner stürmte die konstituierende Sitzung des ersten demokratisch gewählten Landtags in Bayern und eröffnete das Feuer auf Auer.

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Monarchie hatte Kurt Eisner im November 1918 den Freistaat Bayern ausgerufen. Im Januar 1919 wählten erstmals auch Frauen den neuen Landtag. Doch die junge Demokratie stand von Beginn an unter Druck. Wirtschaftliche Not, die Folgen des Krieges und die Auseinandersetzungen zwischen radikalen und demokratischen Kräften führten zu massiven Spannungen.

Am 21. Februar 1919 wollte Eisner nach dem Verlust seiner politischen Mehrheit in München seinen Rücktritt erklären. Auf dem Weg dazu wurde er vom rechtsnationalen Attentäter Anton Graf von Arco auf Valley erschossen. Kurz darauf eskalierte auch die Situation im Landtag.

Erhard Auer galt als zentraler Gegenspieler Eisners. Der 1874 in Dommelstadt bei Neuburg am Inn geborene Politiker wuchs in einfachen Verhältnissen auf und arbeitete bereits als Kind in der Landwirtschaft. Später engagierte er sich für die Rechte der Landarbeit, trat 1892 der SPD bei und machte in München politische Karriere. Er arbeitete für die Ortskrankenkasse, wurde Chefredakteur der sozialdemokratischen „Münchener Post“ und schließlich Landtagsabgeordneter.

Den revolutionären Umsturz lehnte Auer zwar ab, trat jedoch in die Revolutionsregierung ein. Als Innenminister setzte er sich

Bundesbauten summierte sich das Investitionsvolumen auf insgesamt 590 Millionen Euro.

Die Bayerische Bauverwaltung begleitet seit Jahren umfangreiche militärische Bauprojekte. Dazu zählen Unterkünfte, Ausbildungseinrichtungen und High-Tech-Verteidigungsanlagen. Bayern verantwortet unter anderem die bundesweite Ausschreibung des „Sofortprogramms Infrastruktur Personalgewinnungsorganisation“ mit einem Volumen von einer Milliarde Euro. Ziel ist die schnelle Bereitstellung zusätzlicher Unterkünfte und Ausbildungskapazitäten.

Im Rahmen des Programms „German Armed Forces Contract Augmentation Program“ sollen zudem bis Ende 2027 bundesweit Investitionen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro umgesetzt werden. In Bayern entstehen dabei an 28 Standorten insgesamt 69 Gebäude. Darüber hinaus übernimmt der Freistaat die Federführung bei mehreren Musterplanungen, darunter für hochmoderne Hallenschießanlagen.

### Wirtschaftliche Impulse

Mit Blick auf die kommenden Jahre rechnet die Staatsregierung mit einem deutlichen Anstieg der Investitionen. Das jährliche Auftragsvolumen des Bundes für militärische und zivile Bauprojekte könnte in Bayern künftig auf mehr als eine Milliarde Euro steigen. Die Staatsregierung betont, dass diese Investitionen auch dem ländlichen Raum zugutekämen und Arbeitsplätze sowie wirtschaftliche Impulse schaffen würden. **DK**

entschieden für die parlamentarische Demokratie und schnelle Wahlen ein. Damit machte er sich zum Feindbild radikaler Anhän-



Erhard Auer.

Bild: HdBG

ger einer Räterepublik. Bereits im Dezember 1918 hatten Bewaffnete versucht, ihn in seiner Wohnung zum Rücktritt zu zwingen.

Nachdem Alois Lindner vom Mord an Eisner erfahren hatte, hielt er Auer für dessen politischen Drahtzieher. Er stürmte bewaffnet in die Landtagssitzung und schoss mehrfach auf den Innenminister. Zwei Menschen starben, Auer überlebte schwer verletzt. Das bei der Notversorgung entfernte Kugelfragment sowie die Patronenhülse wurden später der Staatsanwaltschaft übergeben – und sind heute Teil der Ausstellung.

Mit dem Attentat endete die erste Sitzung eines demokratisch gewählten Bayerischen Landtags im Chaos. Zugleich markiert das Ereignis den Beginn eines erbitterten Kampfes um die Demokratie in Bayern. Die Bayerausstellung „Brennpunkt Bayern. Hitler und der Kampf um die Demokratie“ beleuchtet diese konfliktreiche Zeit der 1920er Jahre ab dem 8. Juli 2026 in Regensburg. **□**

## Drei faire Produkte als Joker

Trotz Finanzkrise halten Bayerns Kommunen am Gedanken „Fairtrade“ fest

Die Initiative startete in Bayern vor 17 Jahren und hat sich seitdem kontinuierlich ausdehnen können: 2009 wurde Neumarkt erste „Fair-Trade-Stadt“. Heute gibt es 285 „faire“ Kommunen. Zuletzt wurde im April der Landkreis Bad Kissingen ausgezeichnet. „23 weitere Kommunen in Bayern haben ihr Interesse an der Kampagne bekundet“, sagt Hannah Maidorn von „Fairtrade Deutschland“. Um Fairtrade-Stadt zu bleiben, muss man sich alle zwei Jahre rezertifizieren. Dies gelingt trotz finanziell schwieriger Zeiten.

„2025 haben lediglich drei Fairtrade-Towns in Bayern ihren Titel nicht verlängert“, so Hannah Maidorn. Dabei handelt es sich um Wemding, Landshut und den Landkreis Rhön-Grabfeld. Die Gründe seien individuell und würden dem Verein „Fairtrade Deutschland“ auch nicht immer mitgeteilt. „Aus der Erfahrung geht es in den meisten Fällen um fehlende oder gekürzte Ressourcen, entweder personeller oder finanzieller Natur“, sagt die Pressesprecherin. Manche Kommunen entschieden sich nach einer Pause auch zur Weiterführung des Titels und erneuerten diesen nach ein paar Jahren.

Auch dort, wo man sich immer wieder neu zertifizieren lässt, ist einer Äußerung von Ute Michalik, Geschäftsführerin der Augsburger Weltladen GmbH zu entnehmen, läuft es nicht immer für alle Beteiligten zufriedenstellend. Ute Michalik engagiert sich in der Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt

Augsburg“. „Der Faire Handel braucht Menschen, die Aktionen auf die Beine stellen“, sagt sie. Daran fehlt es aus ihrer Sicht in Augsburg: „Vor allem im politischen Bereich, zivilgesellschaftlich ist es ein bisschen besser.“ Geld sei weniger das Problem: „Das Entscheidende bei der ‚Fairtrade-Stadt‘ ist die Arbeit, die es macht!“

Sabine Leistner aus Regensburg gehört zu jenen Bürgern, für die es nicht bedeutungslos ist, woher das stammt, was in ihrem Einkaufskorb landet. Die Leiterin des Weltladens „Una Terra“ möchte keine Lebensmittel und auch sonst keine Produkte kaufen, die ausbeuterisch hergestellt wurden. Darum engagiert sie sich für Fairtrade. Und darum ist sie glücklich, dass ihre Heimatstadt 2012 „Fairtrade-Town“ wurde. Seither, so das Mitglied der dortigen Steuerungsgruppe, hat sich viel getan: „Die Feuerwehrkleidung und die Bekleidung im Gartenamt sind inzwischen

aus nachhaltiger Produktion.“

In Regensburg gelang es, Vorurteile gegenüber dem fairen Handel zu beseitigen und neue Fans von „Fairtrade“ zu gewinnen. Ein gängiges Vorurteil betrifft den Preis. „Doch fair gehandelte Produkte sind nicht viel teurer“, sagt Sabine Leistner. Die geringen Mehrkosten müssten es jedem Bürger und jeder Stadt wert sein – selbst in finanziell schwierigen Zeiten. Sie selbst könnte nie Billigkaffee kaufen. Dann würde vor ihrem geistigen Auge sofort das Bild eines ausgebeuteten afrikanischen Kleinbauern entstehen: „Können wir dem wirklich ins Gesicht sagen, dass wir jetzt billigen Kaffee kaufen müssen, weil unser Budget gekürzt wurde?“

### Rühriger Koordinator

Dass Waren erlaubt sind, die durch Kinderarbeit oder unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert wurden, ist für Sabine Leistner unerträglich. Viel an Ausbeutung hätte nach ihre Ansicht reduziert werden können, wäre das Lieferkettengesetz in seiner ursprünglichen Fassung in Kraft getreten: „Doch es wurde deutlich abgeschwächt.“ Immerhin geht es lokal gut voran. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil

es in Regensburg mit Michael Grein seit über fünf Jahren einen rührigen Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik gibt. Einen Koordinator zu haben, ist für Sabine Leistner in einer „Fairtrade-Town“ von großer Bedeutung.

In Dingolfing setzt sich Walter Koch dafür ein, das ein afrikanischer Bauer, der auf seiner Ackerfläche Kaffee oder Kakao anbaut, fair entlohnt wird. Vor 30 Jahren half der 68-Jährige mit, den Dingolfinger Weltladen zu gründen. Seit 2002, als Dingolfing „Fairtrade-Stadt“ wurde, ist er Mitglied der dortigen Steuerungsgruppe. „Die Stadt stieg mit viel Initiative ein, die Anfänge waren erfreulich“, schildert er. Doch wegen der aktuellen Finanzmisere droht die Euphorie zu verebben. Die Gewerbesteuererhöhungen brachen in Dingolfing drastisch ein. Was laut Walter Koch die Frage aufgeworfen habe, ob man sich im Rathaus faire Produkte im bisherigen Umfang noch leisten könne.

Walter Koch, der mit leidenschaftlichem Engagement für eine gerechtere Weltwirtschaft kämpft, ist in mancher Hinsicht enttäuscht. Er würde sich zum Beispiel wünschen, dass mehr fair gehandelte Produkte über die „Tourist Information“ angeboten werden. Doch bisher gingen diesbezügliche Vorstöße ins Leere. Auch seine Idee, einen Stadtführer zu kreieren, der alle Stellen auflistet, wo man in Dingol-



Seit zehn Jahren ist Marktheidenfeld „Fairtrade-Stadt“. Bild: Pat Christ

ing fair Gehandeltes bekommt, wartet noch auf Realisierung. Trotz mancher Enttäuschung engagiert sich Walter Koch weiter. Jedes Produkt aus fairem Handel, das einen Abnehmer findet, sei den Kampf wert.

### Faire Fußbälle

Das Nürnberger Land, seit 2020 ein „fairer Landkreis“, ist ein gutes Beispiel dafür, dass „faire“, Kommunen durchaus bei sich selbst anfangen, statt auf Engagement aus der Zivilgesellschaft zu warten. Hier gibt es zum Beispiel Fairtrade-Fußbälle mit Landkreislogo, berichtet Nachhaltigkeitsmanagerin Alena Hölzel. Die werden vom Landrat als Geschenk an Vereine oder Institutionen überreicht: „Beispielsweise bei der Einweihung von Förderprojekten an Grundschulen, um das Thema ‚Fairtrade‘ auch schon an sehr junge Menschen zu adressieren.“

Finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen müssen dieser Tage auch im Nürnberger Land geschont werden, weshalb die Kommune froh ist, dass sie nicht isoliert agiert. „Die Vernetzung der Fairtrade-Community ist für alle Beteiligten ein Gewinn“, erklärt die Nachhaltigkeitsmanagerin. Mit vereinten Kräften konnten bisher alle Herausforderungen gemeistert werden. Das betrifft zum Beispiel die gemeinsame Anschaffung von Materialien.

Im Nürnberger Land sind Aktivitäten rund um das Thema „Fairtrade“ alles andere als dünn gesät. Bei der RegioPlus Challenge in der Erntedank-Zeit zum Beispiel werden die Landkreisleitung seit 2020 alljährlich animiert, sieben Tage lang nur regionale Lebensmittel aus der Region zu verzehren. Wobei es, mit Blick auf die für die meisten Menschen unverzichtbaren Produkte „Kaffee“ und „Schokolade“, drei Joker gibt. „Die sollten aus fairem Handel bezogen werden“, erläutert Alena Hölzel. Der Fairtrade-Landkreis nimmt außerdem alljährlich mit einem Aktionsstand am „Tag der Regionen“ teil.

### Kommunen als Vorbilder

„Fair Trade“ bleibt ein wichtiges Thema, ungeachtet dessen, dass aktuell viele Themen bedrängen, bekräftigt man auch im unterfränkischen Marktheidenfeld. „Wir als Kommune nehmen eine Vorbildfunktion ein und können aktiv zur Förderung fairer Handelsbeziehungen und nachhaltiger Produktionsweisen beitragen“, so Pressesprecher Marcus Meier. Marktheidenfeld schloss sich 2016 der Kampagne „Fairtrade-Städte“ an. Seitdem wurden Fairtrade-Produkte in der Stadtverwaltung und bei öffentlichen Veranstaltungen eingeführt. Mehrere Einzelhändler und Gastronomiebetriebe nahmen diese ebenfalls in ihr Sortiment auf.

Durch Bildungsangebote und Workshops in Schulen und Kindergärten hofft die Stadt, mit dem „Fairtrade“-Gedanken schon auf Kinder und Teenies abfärben zu können. Dass man sich alle zwei Jahre rezertifizieren muss, wird als positiv angesehen. „Das

sorgt dafür, dass unser Engagement lebendig bleibt und wir uns immer wieder neu hinterfragen“, erklärt Marcus Meier. Die Rezertifizierung selbst stelle keine größere finanzielle oder personelle Herausforderungen dar. Die notwendigen personellen Ressourcen würden hauptsächlich durch das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder der Steuerungsgruppe abgedeckt. Die Stadt unterstützt.

Um Menschen für den Gedanken „Fairtrade“ zu begeistern, ist es wichtig, nicht nur abstraktes Wissen zu vermitteln. In Marktheidenfeld wird „Fairer Handel“ erlebbar. Heuer nahm die Kommune zum Beispiel an der bundesweiten Kampagne „fairbrary“ teil. „In der Stadtbibliothek haben wir in diesem Zeitraum über fairen Handel informiert und ein Quiz angeboten, im März folgte eine Aktion mit fairen Rosen zum Weltfrauentag“, berichtet Marcus Meier. Am 2. Mai gab es einen Tanzabend unter dem Motto „TanzFAIRgnügen“. Bewirtet wurde mit Produkten aus fairem Handel.

### Gescheiterter Versuch

In vielen Ländern dieser Erde müssen Menschen bis heute für ein Almosen arbeiten. Werden sie ausgebeutet. Sie und sogar ihre Kinder. Fairer Handel kann zumindest etwas gegensteuern. Wobei nicht jede bayerische Stadt, die sich gern hierfür engagieren würde, dies letztlich auch tut. In Nördlingen zum Beispiel scheiterte der Versuch, „Fairtrade-Town“ zu werden. Es gelang in diesem Fall nicht, die für die Zertifizierung erforderliche Zahl an kooperierenden Gastronomen zu gewinnen, berichtet Pressesprecherin Helena Ott.

Um das Risiko zu vermeiden, dass „Fairtrade“ nur auf einem netten Schild prangt, müssen harte Kriterien erfüllt werden. Eine Stadt alleine kann niemals „fair“ werden. Örtliche Gastronomen müssen ebenso wie Einzelhändler, Vereine und Institutionen hinter der Idee stehen. Nicht zuletzt die Corona-Krise machte in Nördlingen einen Strich durch die Rechnung: Der Beschluss, „fair“ zu werden, fiel im Oktober 2019 und damit gerade einmal ein halbes Jahr, bevor die Krise ihren Lauf nahm. Nördlingen ist allerdings Teil des „Internationalen Netzwerks lebenswerter Städte“. Kommen Gäste ins Rathaus, werden sie möglichst mit nachhaltigen Produkten bewirtet.

Auch wenn im Rathaus gerade viele schwierige Themen in Atem halten, steht man auch in Bamberg weiterhin voll und ganz hinter der Idee, den Welthandel gerechter zu gestalten. Seit September 2014 ist die Kommune „fair“. Motivation für die Bewerbung war, dass sich die Stadt im Rahmen der „Agenda 21“ bereits viele Jahre zuvor im Bereich Fairer Handel engagiert hatte. Seit 2003 gibt es einen fair gehandelten „Bamberg Kaffee“. Die Bamberger Hochschule ist inzwischen Fairtrade-University. Außerdem haben sich neun Schulen zu Fairtrade-Schulen gemauert.

Pat Christ

## Für ein Miteinander aller Generationen

Heimatminister Füracker verlieh „Demografiepreis Bayern 2025“ für herausragende Projekte

Wie man gesellschaftliche Herausforderungen kreativ und solidarisch bewältigen kann, zeigen acht engagierte Projekte, die Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in Nürnberg mit dem „Demografiepreis Bayern 2025“, dotiert mit insgesamt 16.000 Euro, auszeichnete. „Wo Menschen vor Ort mit Herz und Verstand zusammenarbeiten, entstehen echte Innovationen – und genau das haben unsere Preisträgerinnen und Preisträger in die Tat umgesetzt: Ihre Projekte schließen Lücken, schaffen Verbindungen und inspirieren andere Regionen, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Ihr Einsatz ist beispielhaft, ihre Lösungen sind nachhaltig und übertragbar und ihr Erfolg damit insgesamt ist ein Gewinn für ganz Bayern“, machte Füracker deutlich.

Mit seinem Projekt „Junge Stimmen – Zukunft im Berchtesgadener Land gestalten“ stärkt der Doyobe e.V. aus dem Land-

einem ehemaligen Löschweier entstandene Bad steht allen Generationen kostenfrei offen und dient als wichtiger sozialer Treff-

teraturprojekte. Kostenfreie und barrierearme Angebote fördern Sprache, Selbstvertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Theaterlabor schafft Verbindungen zwischen Kulturen und Altersgruppen und ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu Kunst und Bildung.

### Gemeinsam Zeit verbringen

Mit dem Projekt „#Zeit schenken“ engagieren sich Kinder und Jugendliche des DJK Kirchaich e.V. aus dem Landkreis Haßberge ehrenamtlich für Menschen in ihrer

schon, die nicht mehr persönlich kommen können, weiterhin mit Mahlzeiten versorgt.

### KI-gestützte Frauenförderung

Die BHS Corrugated Maschinen- und Anlagenbau GmbH aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab hat ein Konzept entwickelt, das die Chancengleichheit und Karriereentwicklung von Frauen mithilfe Künstlicher Intelligenz fördern soll. Das eingesezte Tool „Growthspace“ analysiert Potenziale von Mitarbeiterinnen objektiv und begleitet sie datenbasiert auf ihrem beruflichen Weg. Dadurch werden Entwicklungsmöglichkeiten sichtbar gemacht, die bei subjektiven Bewertungen möglicherweise unentdeckt bleiben würden.

### Familie und Beruf besser vereinbaren

Der BRK-Kreisverband Kronach schuf ein umfassendes Netzwerk, das mehr als 20 Unternehmen und rund 12.000 Beschäftigte bei den Herausforderungen moderner Arbeits- und Lebensbedingungen unterstützt. Mitarbeiter erhalten eine persönliche Anlaufstelle für Fragen rund um die Betreuung von Angehörigen. Angebote wie Hausnotruf, Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung, Tagespflege, ambulante Pflege oder Essen auf Rädern tragen dazu bei, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Mit dem erstmals verliehenen Sonderpreis „Engagement 60+“ wurde das Curatorium Altern gestalten aus dem Landkreis Nürnberger Land bedacht. Das kostenfreie neunmonatige Bildungs- und Aktionsprogramm richtet sich an Menschen ab etwa 60 Jahren und unterstützt sie dabei, ihre nachberufliche Lebensphase aktiv und zukunftsorientiert zu gestalten. Workshops, Coachings, Praxismodule und digitale Angebote fördern Austausch, persönliche Weiterentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Das Programm richtet sich gezielt an Menschen in einer Phase der Neuorientierung und ermutigt sie, neue Perspektiven und eigene Ideen zu entwickeln. **DK**



In der freien inklusiven Theatergruppe ‚Theaterlabor Nürnberg‘ engagieren sich Menschen unterschiedlichster Generationen und Hintergründe. Bild: www.stmfh.bayern.de

kreis Berchtesgadener Land die junge Generation und ermöglicht ihr eine aktive Rolle in der Gestaltung ihres Lebensumfelds. In Workshops, Diskussionsrunden und kreativen Formaten setzen sich Jugendliche mit Themen wie Nachhaltigkeit, Demokratie, Inklusion, Medienkompetenz und Antirassismus auseinander. Inhalte werden dabei durch jugendnahe Ausdrucksformen wie Musik, Tanz, Poetry Slam oder Freestyle-Performances vermittelt. Die erarbeiteten Ideen und Ergebnisse werden anschließend im Rahmen eines jährlichen Jugendkongresses präsentiert.

Der Förderverein Bad Einweging e.V. engagiert sich ehrenamtlich für den Erhalt und Betrieb eines Freibads in Einweging, Landkreis Regen. Das aus-

punkt für die Region. Durch das gemeinschaftliche Engagement wird der Zusammenhalt vor Ort gestärkt und insbesondere jungen Menschen ein attraktiver Aufenthaltsort geboten. Gleichzeitig eröffnet das Freibad Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten außerhalb klassischer Vereinsangebote.

### Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Seit dem Jahr 2002 versteht sich das Theaterlabor Nürnberg als Ort der Begegnung, Kreativität und kulturellen Teilhabe für Menschen unterschiedlicher Generationen und Hintergründe. Dort entwickeln Laien gemeinsam mit Profis Theaterstücke, Filme, Musik, Tanz- und Li-

Gemeinde. Gemeinsam mit erfahrenen Trainern organisieren sie Angebote für unterschiedliche Altersgruppen, darunter Gymnastikstunden für Seniorinnen und Senioren oder Bewegungsangebote für Kindergartenkinder. Ziel ist es, Begegnungen zu schaffen und das Miteinander in der Gemeinde zu stärken.

Jede Woche organisiert die ILE-Kooperation Mittleres Ries in Schwaben einen gemeinsamen Mittagstisch für ältere Menschen in einem regionalen Gasthaus. Dabei steht nicht nur das Essen im Mittelpunkt, sondern vor allem der soziale Austausch und das gemeinsame Erlebnis. Ein ehrenamtlicher Fahrer und Begleitdienst unterstützt mobilitätseingeschränkte Personen, am Mittagstisch teilzunehmen. Zudem werden Men-

# Bayerns Baugewerbe schlägt Alarm

Fast jedes zweite Unternehmen bewertet Lage als schlecht

Die Stimmung im bayerischen Baugewerbe hat sich massiv eingetrübt. Besonders dramatisch ist die Situation im öffentlichen Hochbau: Dort sehen nur noch 2,5 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut an, während 76 Prozent von einer schlechten Lage sprechen. Insgesamt bewerten bayernweit lediglich 13,3 Prozent der Bauunternehmen ihre wirtschaftliche Situation positiv, knapp die Hälfte (49,8 Prozent) hingegen negativ. Das sind zentrale Ergebnisse der Frühjahrs-Konjunkturumfrage des Verbands des Bayerischen Baugewerbes (LBB), an der sich 278 mittelständische Betriebe beteiligt haben. Die Umfrage wurde im Presseclub München vorgestellt.

Verbandspräsident Georg Gerhäuser sprach bei der Pressekonferenz in München von einer „deutlichen Eintrübung“ der Geschäftslage. Besonders belastend wirkten sich die Folgen der aktu-

ellen geopolitischen Krisen, steigende Energie- und Materialkosten sowie die schwache öffentliche Auftragslage aus. „Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz kommt offenbar

so gut wie gar nicht in der Praxis an“, kritisierte Gerhäuser.

## Öffentlicher Hochbau besonders betroffen

Vor allem der öffentliche Hochbau entwickelt sich zunehmend zum Sorgenkind der Branche. Mehr als 72 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Auftragsbestände dort als zu klein. Bei jedem zweiten Betrieb reichen die vorhandenen Aufträge nur noch für maximal sechs Wochen. Gleichzeitig erwarten 42,4 Prozent der Unternehmen in diesem Bereich in den kommenden sechs Monaten eine weitere Verschlechterung ihrer Geschäftslage.

Die Bauunternehmen kritisieren insbesondere, dass angekündigte staatliche Investitionsprogramme bislang kaum Wirkung entfalten. Laut Umfrage spüren drei Viertel der Betriebe keinerlei zusätzliche öffentliche Auftragsvergaben infolge des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz. Nur 2,9 Prozent berichten von einer tatsächlichen Zunahme. Diese Wahrnehmung deckt sich mit aktuellen Studien, wonach bislang lediglich rund zwölf

Prozent der Mittel auf kommunaler Ebene angekommen seien.

Dabei tragen die Kommunen nach Angaben des Verbands mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionslast. Angesichts eines bundesweiten kommunalen Investitionsstaus von rund 215 Milliarden Euro sei dies „eine niederschmetternde Bilanz“, so Demmel.

## Hohe Kosten und fehlende Aufträge

Als größte Belastung nennen die Unternehmen fehlende Aufträge. Mehr als die Hälfte der Betriebe sieht darin die zentrale Wachstumsbremse. Hinzu kommen Fachkräftemangel, Lieferprobleme und deutlich steigende Einkaufspreise. 96,4 Prozent der Unternehmen berichten von höheren Materialkosten. Besonders betroffen seien Produkte aus Kunststoff, Bitumen und Beton.

Der Verband warnt davor, dass viele Unternehmen mittlerweile an ihre wirtschaftlichen Grenzen gehen. Um Beschäftigte halten zu können, würden Angebote teilweise sogar unter den tatsächlichen Kosten kalkuliert – besonders im öffentlichen Hochbau. „Da wird teilweise nicht mehr kostendeckend angeboten“, erklärte Gerhäuser. Hintergrund sei die Sorge, bei weiterem Personalabbau künftig nicht mehr genü-



Andreas Demharter, Georg Gerhäuser und Alexander Tauscher. Bild: MH

gend Fachkräfte für einen möglichen Aufschwung zu finden.

Trotz der schwierigen Lage wollen 73 Prozent der Betriebe ihren Personalbestand halten. Bemerkenswert ist zudem die hohe Ausbildungsberufsbereitschaft: Rund ein Drittel der Unternehmen plant sogar, mehr Ausbildungsplätze anzubieten als im Vorjahr. Gleichzeitig bleiben viele Lehrstellen unbesetzt.

## Wohnungsbau zeigt leichte Stabilisierung

Etwas differenzierter fällt der Blick auf den Wohnungsbau aus. Dort haben sich die Umfragergebnisse leicht verbessert. Zwar bewertet weiterhin fast die Hälfte der Unternehmen ihre Lage als schlecht, doch steigen die Baugenehmigungszahlen erstmals wieder moderat an. Im ersten Quartal 2024 wurden in Bayern rund zwölf Prozent mehr Wohnungen genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Besonders stark fiel der Zuwachs bei Zwei- und Mehrfamilienhäusern aus. Allerdings mahnt der Verband zur Vorsicht: Zwischen Genehmigung und Fertigstellung liegen meist zwei Jahre oder mehr. Zudem würden längst nicht alle genehmigten Projekte tatsächlich umgesetzt. Der sogenannte Bauüberhang – also genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen – liege in Bayern inzwischen bei über 182.000 Einheiten. Bei rund der Hälfte davon habe der Bau noch gar nicht begonnen.

## Forderungen an die Politik

Der Verband fordert daher dringend politische Gegenmaßnahmen. Dazu gehören steuerliche Anreize für Selbstnutzer, vereinfachte Bauvorschriften sowie eine Absenkung der energetischen Standards im geförderten Wohnungsbau. Der derzeit vielfach geforderte EH40-Standard verursache erhebliche Mehrkosten, ohne einen entsprechend großen zusätzlichen Nutzen zu bringen. Stattdessen plädiert das Baugewerbe für pragmatischere Standards wie EH55.

Auch beim sogenannten Gebäudetyp E fordert die Branche mehr Tempo. Ziel sei es, kostengünstiger bauen zu können, ohne Qualitätsmängel zu riskieren. Allerdings bremsen rechtliche Unsicherheiten und überbordende Normen die Umsetzung. „Wir haben uns zu viele Vorschriften und zu viel Luxus aufgebaut“, sagte Gerhäuser.

Für die Kommunen bedeutet die Entwicklung eine schwierige Gemengelage: Einerseits wächst der Investitionsbedarf bei Infrastruktur, Schulen, Straßen und Wohnraum weiter. Andererseits fehlen vielerorts Planungskapazitäten, Finanzierungsspielräume und ausreichend wirtschaftliche Rahmenbedingungen für eine schnelle Umsetzung. Das bayerische Baugewerbe macht deutlich: Ohne spürbare Impulse droht sich die Krise am Bau weiter zu verschärfen. **MH**



V.l. BIV-Vizepräsident Michael Erhardt, BIV-Präsident Georg Fetzer und BIV-Vizepräsident Christian Fiederer. Bild: Astrid Schmidhuber

## Bauwirtschaft unter Druck:

# Infrastruktur braucht Sondertempo

BIV fordert schnellere Verfahren und verlässliche Rohstoffversorgung

Mit Blick auf Hochbau, Infrastruktur und Rohstoffversorgung forderte der Verband auf seiner Mitgliederversammlung mehr Tempo bei Planung, Genehmigung und Umsetzung.

Rund 110 Mitglieder und Gäste folgten der Einladung zur Jahreshauptversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e. V. (BIV) nach München. Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung standen die wirtschaftliche Lage der Bauwirtschaft, die Entwicklung im Wohnungs- und Straßenbau sowie die Frage, wie Finanzierungszusagen schneller und verlässlicher in konkrete Bauprojekte umgesetzt werden können.

Die Bauwirtschaft stehe weiterhin unter erheblichem Druck. Zwar waren für die Jahre 2026 und 2027 wieder Wachstumsimpulse erwartet worden, doch die Zuversicht hatte zuletzt spürbar nachgelassen. Besonders der Hochbau leide seit Jahren unter rückläufiger Entwicklung. Gleichzeitig zeige sich im Straßenbau trotz vorhandener Finanzierungsinstrumente ein erheblicher Investitions- und Umsetzungsstau.

„Was nützen Scheine ohne Steine? Investitionen wirken nur, wenn Planung, Genehmigung und Rohstoffversorgung Schritt halten“, betonte BIV-Präsident Georg Fetzer in seinem Bericht vor den Mitgliedern.

## Genehmigungen allein schufen noch keine Wohnungen

Im Wohnungsbau führen steigende Genehmigungszahlen bislang nicht zu mehr Aufträgen im Hochbau. Wegen der schwachen vergangenen Jahre dürfte die Zahl fertiggestellter Wohnungen auch künftig deutlich hinter dem politischen Ziel von jährlich 320.000 bis 400.000 Wohnungen zurückbleiben. Dabei stärken Bauinvestitionen die heimische Wirtschaft, entlasten den Mietmarkt und schaffen soziale Sicherheit.

## Mittel müssen auf der Baustelle ankommen

Der Straßenbau bleibt nach Jahren der Vernachlässigung eine zentrale Herausforderung. Zwar stünden erhebliche Mittel für Infrastruktur bereit, doch entscheidend sei, dass diese tatsächlich zusätzlich investiert würden. Nur so können Straßen, Brücken und Verkehrswege modernisiert und der Standort gestärkt werden.

Finanzierungszusagen allein reichen nicht aus. Sie müssen in konkrete, genehmigte Bauprojekte münden. Dafür brauche es verlässliche Mittel, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine gesicherte regionale Versorgung mit Roh- und Baustoffen.

## Frauen Netzwerk „She rocks“

Ein besonderes Zeichen setzt der BIV mit der Vorstellung des neuen Frauennetzwerks „She rocks“. Es soll Frauen aller Positionen und Karrierestufen in der Roh- und Baustoffbranche in Bayern vernetzen, stärken und sichtbar machen. Damit bietet der Verband eine strukturelle Basis für den Austausch und greift eine Entwicklung auf, die in vielen Unternehmen längst Realität ist: Die Branche wird vielfältiger und zeigt das künftig auch nach außen. **□**

## Inklusion und Teilhabe in Bayern:

# Beratungsstelle wird zur Landesfachstelle Barrierefreiheit

Bayerische Architektenkammer baut Beratungsangebot zu barrierefreiem Planen, digitaler Teilhabe und inklusiver Kommunikation bayernweit aus

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, baut die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer gemeinsam mit ihren Kooperationspartnerinnen, der Stiftung Pfennigparade und der Caritas Augsburg Betriebsträger gGmbH (CAB), ihr Engagement für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft weiter aus.

Mit der Verleihung des Prädikats „Landesfachstelle Barrierefreiheit“ setzt die Bayerische Staatsregierung eine konkrete Zielsetzung des Koalitionsvertrags um. Die Landesfachstelle knüpft unmittelbar an die erfolgreiche Arbeit der bisherigen Beratungsstelle Barrierefreiheit an, die seit über 40 Jahren erfolgreich zu zentralen Fragen der Barrierefreiheit berät.

Ziel der Landesfachstelle ist es, mit ihrem inklusiven und interdisziplinären Team die Vernetzung der Akteure zu stärken und die Barrierefreiheit in Bayern weiter voranzubringen. Die neue Landesfachstelle ist fester Bestandteil des Programms „Bayern barrierefrei“. In der Landesfachstelle arbeitet die Architektenkammer mit ihren Kooperationspartnerinnen, der Stiftung Pfennigparade und der Caritas Augsburg Betriebsträger gGmbH (CAB) mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen intensiv zusammen.

Die Verleihung geht mit einer moderaten Erweiterung des Aufgabenprofils der Beratungsstelle Barrierefreiheit einher. Die Landesfachstelle wird auch künftig kostenfreie Erstberatungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Fachleute zu den Themen Planen und Bauen, digitale Barrierefreiheit und Kommunikation anbieten. Darüber hinaus wird sie als Informations- und Wissensplattform für Inklusion und Barrierefreiheit in ganz Bayern aktiv sein. Damit sollen Ratsuchende, öffentliche Stellen, Kommunen und weitere Akteure bei Fragen zu Inklusion und Barrierefreiheit noch umfassender unterstützt werden.

Die Landesfachstelle wird insbesondere:

- Ratsuchende von der frühen Planungsphase bis zur Umsetzung fachlich unterstützen,
- Leitfäden für barrierefreies Planen und Bauen sowie für digitale Barrierefreiheit erarbeiten und

vermitteln,

- Wissen bündeln und transferieren, etwa durch Schulungen, Vorträge, Fachpublikationen und digitale Angebote,
- die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Verbänden, Kommunen und Fachplanern stärken,
- digitale Barrierefreiheit sowie Leichte Sprache und Unterstützte Kommunikation weiter ausbauen.

So wirkt sie als zentrale Anlaufstelle zur Umsetzung von Inklusion und Barrierefreiheit im Sinne des Programms „Bayern barrierefrei“ der Bayerischen Staatsregierung.

„Barrierefreiheit ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht“, so Staatsministerin Ulrike Scharf, „alle, die sich informieren wollen, können das Beratungsangebot der Beratungsstelle Barrierefreiheit kostenlos nutzen. Für Menschen mit Behinderung ist es elementar, dass sie barrierefrei wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen können. Wir fördern die Anlaufstelle mit 18 Standorten in ganz Bayern seit mehr als 40 Jahren. Sie trägt wesentlich dazu bei, Barrierefreiheit umzusetzen. Das neue Prädikat ‚Landesfachstelle‘ ist mehr als verdient. Wenn alle teilhaben können, stärken wir unser Miteinander und schützen unsere Demokratie.“

Für Prof. Lydia Haack, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, ist die Verleihung des Prädikats „Landesfachstelle“ Anerkennung und Auftrag zugleich: „Wir danken der Staatsregierung sehr für das entgegengebrachte Vertrauen. Gemeinsam mit unseren Partner:innen setzen wir uns dafür ein, Barrierefreiheit noch stärker in Planung, Politik und Gesellschaft zu verankern. Mit unserem Team bauen wir die Beratung weiter aus – für eine inklusive Lebenswelt, in der Teilhabe für alle selbstverständlich ist. Denn



Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf bei der Übergabe des Prädikates „Landesfachstelle Barrierefreiheit“ an Prof. Lydia Haack, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, und an Thomas Lenzen, Geschäftsführer Architektur und Technik der Bayerischen Architektenkammer. Foto: StMAS/Nötel

Barrierefreiheit ist kein Randthema, sondern ein zentraler Baustein für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Gesellschaft.“

Auch künftig richtet sich das Angebot der Landesfachstelle an alle: Privatpersonen, Fachleute, Unternehmen, Institutionen und öffentliche Verwaltungen. Thematisch umfasst die Arbeit u.a. die Bereiche:

- barrierefreie Pläne und Bauen (z.B. Wohnen, Arbeitsstätten, öffentlicher Raum)
- digitale Barrierefreiheit (Webseiten, Apps, Dokumente)
- Leichte Sprache und Unterstützte Kommunikation (verständliche Informationsvermittlung, individuelle Kommunikationshilfen)
- Soziale Fragen und Förderung (Fördermöglichkeiten, Unterstützungsangebote) und
- Barrierefreiheit und Recht (Gesetzliche Grundlagen, Normen, rechtliche Anforderungen der Barrierefreiheit).

Die spezifische Qualität der Landesfachstelle wird in ihrer bayernweiten, regionalen Vernet-

zung sowie in der Bereitstellung von Informationen, kostenfreier Beratung und praxisnaher Unterstützung im Dialog mit allen relevanten Akteuren, insbesondere auch mit den Betroffenen, liegen.

Die Landesfachstelle Barrierefreiheit leistet einen zentralen Beitrag zum Abbau von Barrieren in Bayern und zur Stärkung der Teilhabe aller Menschen.

## Selbstbestimmte Teilhabe

Barrierefreiheit ermöglicht Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen sowie Personen mit vorübergehenden Einschränkungen eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gleichzeitig profitieren alle davon: Intuitiv nutzbare Gebäude und Freiräume, verständliche Informationen und Kommunikation sowie barrierefrei zugängliche digitale Angebote erhöhen den Komfort, die Sicherheit und die Qualität für die gesamte Bevölkerung. Sie sind ein wichtiger Faktor für eine zukunftsfähige Gesellschaft. **□**

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

## Stabiles Geschäftsjahr 2025

Trotz zahlreicher geopolitischer Herausforderungen zeigte sich die Weltwirtschaft im Jahr 2025 insgesamt robust. Gleichzeitig befindet sie sich jedoch in einem tiefgreifenden Umbruch, der einzelne Volkswirtschaften, darunter auch Deutschland, vor erhebliche Herausforderungen stellt und das Wachstum bremst. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft war zudem mit einer schwachen Auslandsnachfrage konfrontiert und auch der private Konsum entwickelte sich angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten und anhaltender Unsicherheiten nur verhalten. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen blickt die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg auf ein erfolgreiches Jahr 2025 zurück.

Das Kundengeschäftsvolumen der Kreissparkasse, bestehend aus Kundeneinlagen, Kundenkrediten und dem Volumen der Kunden-Wertpapierdepots, erhöhte sich im Jahr 2025 um 2,4 Prozent (632 Millionen Euro) und belief sich zum Jahresende auf rund 27,2 Milliarden Euro.

### Leichtes Wachstum bei Kundeneinlagen und Kreditbestand

Bei den Kundeneinlagen konnte – im Einklang mit dem bayernweiten Trend – ein leichtes Wachstum erzielt werden. Mit einem Bestand von 11,3 Milliarden Euro verzeichnete die Kreissparkasse ein Plus von 1,4 Prozent (153 Millionen Euro) gegenüber dem Vorjahr. Kundinnen und Kunden nutzten im Jahr 2025 weiterhin das verbesserte Zinsniveau der kurz- bis mittelfristigen Anlageformen.

Der Kreditbestand lag mit rund 10,4 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau. Nach einer zunächst verhaltenen Entwicklung war im vierten Quartal 2025 eine spürbare Belebung zu beobachten, die vor allem auf eine deutlich gestiegene Nachfrage von Kommunen sowie Immobilien- und Unternehmenskunden zurückzuführen ist.

Ungewisse konjunkturelle Aussichten belasteten den Markt nach wie vor. Im Neugeschäft mit privaten Wohnbaufinanzierungen verzeichnete die Kreissparkasse ein um etwa 10 Prozent höheres Antragsvolumen als im Vorjahr. Im Wertpapiergeschäft konnte 2025 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Kundinnen und Kunden nutzten verstärkt das weiter verbesserte Angebot in der Wertpapierberatung.

### Stabile Ertragslage trotz herausforderndem Umfeld

Zinsen bleiben die wichtigste Ertragsquelle der Kreissparkasse. Es wurde ein zufriedenstellender Zinsüberschuss in Höhe von 200 Millionen Euro (Vorjahr

195 Millionen Euro) erzielt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 69 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Das Wertpapiergeschäft trägt weiterhin wesentlich dazu bei. Die Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) beliefen sich auf 153 Millionen Euro und lagen damit über dem Vorjahr (144 Millionen Euro). Der Anstieg ist überwiegend auf tariflich bedingte Lohn- und Investitionserhöhungen, höhere IT-Aufwendungen und Investitionen zurückzuführen.

Der Risikoversorgungsbedarf im Kreditbereich betrug moderate 3,7 Millionen Euro und unterstreicht die weiterhin solide und umsichtige Kreditvergabepraxis der Kreissparkasse sowie die vergleichsweise stabile wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsgebiet.

Die Kreissparkasse leistet auf Basis ihres Ergebnisses Steuerzahlungen in Höhe von circa 36 Millionen Euro. Davon entfallen rund 17 Millionen Euro auf die Gewerbesteuer, die direkt den Kommunen im Geschäftsgebiet zugutekommt.

Nach Stärkung der Vorsorge-reserven verbleibt ein Jahresergebnis von 22,9 Millionen Euro, das den eigenen Rücklagen zugeführt werden soll. Damit ist sichergestellt, dass die Kreissparkasse ihre regulatorischen Eigenmittelanforderungen auch künftig zuverlässig erfüllt und ein stabiler Finanzierungspartner der regionalen Wirtschaft bleibt.

### Digitale Angebote konsequent weiterentwickelt

Der Bedarf an einfachen, komfortablen und zugleich sicheren digitalen Bezahlmöglichkeiten wächst kontinuierlich. Mit Wero haben die Sparkassen im Jahr 2025 gemeinsam mit weiteren europäischen Banken und Zahlungsdienstleistern ein innovatives Zahlverfahren etabliert, das eine zentrale Lücke im europäischen Zahlungsverkehr schließt. Bereits heute können Kundinnen und Kunden Handy-zu-Handy-Zahlungen nutzen und bei

ersten großen E-Commerce-Anbietern mit Wero bezahlen. Weitere Anbieter werden im Jahresverlauf 2026 folgen, ebenso wie die Möglichkeit zu Zahlungen im stationären Handel. Wero ermöglicht Transaktionen in Echtzeit und erfüllt höchste europäische Datenschutzstandards. Allein innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe nutzen bereits 4 Millionen Kundinnen und Kunden diesen Service.

Einen zusätzlichen Mehrwert für das Privatgirokonto bietet die im Jahr 2025 gestartete Kooperation der Sparkassen mit PAYBACK. Kundinnen und Kunden können beim Bezahlen mit ihrer Sparkassen-Card automatisch Punkte sammeln – ohne zusätzliche App oder das Scannen einer separaten Karte. PAYBACK ist vollständig in das Online-Banking und die Sparkassen-App integriert, der Punktestand ist digital einsehbar. Die Nutzung erfolgt freiwillig und setzt lediglich eine einmalige Registrierung voraus.

Der Trend zur eigenständigen Vermögensanlage hält weiter an. Mit dem mobilen Wertpapierdepot S-Neo, das ab Juli 2026 verfügbar sein wird, erweitert die Kreissparkasse ihr digitales Angebot um eine leistungsfähige mobile Lösung, mit der Selbstentscheider ihre Wertpapiere eigenständig verwalten können. Das Depot ist vollständig in die Sparkassen-App integriert und ermöglicht den unkomplizierten Kauf und Verkauf von Fonds, ETFs und Aktien. Im Fokus stehen eine intuitive Benutzerführung, moderne Orderfunktionen sowie hohe Sicherheits- und Datenschutzstandards.

### Verantwortung und Engagement für die Region

Die Kreissparkasse übernimmt seit jeher Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung ihrer Region. Auch im Jahr 2025 wurden über 500 Einrichtungen, Initiativen und Vereine aus den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung, Umwelt und Breitensport mit einem Gesamtvolumen von über 1,1 Millionen Euro durch Spenden und Sponsoring unterstützt. Ein besonderes Beispiel hierfür ist die seit 2012 jährlich durchgeführte Aktion „Spenden statt Weihnachtskarten“. In deren Rahmen stellte die Kreissparkasse 2025 erneut 100.000 Euro für regionale Projekte bereit. Der Schwerpunkt lag diesmal auf der Unterstützung von 98 Grundschulen

im Geschäftsgebiet, die damit besondere Anschaffungen oder Projekte wie etwa eine Zirkuswoche realisieren konnten.

Darüber hinaus förderten die vier Sparkassenstiftungen im vergangenen Jahr 58 Projekte mit Ausschüttungen von insgesamt 260.000 Euro, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich. Zwei besondere Jubiläen unterstrichen das langjährige Engagement: Die Stiftung der Kreissparkasse für den Landkreis München feierte ihr 20-jähriges, die Stiftung der Kreissparkasse Starnberg ihr 25-jähriges Bestehen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Finanzbildung. Ziel ist es, insbesondere junge Menschen frühzeitig zu befähigen, fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen. Ein etabliertes Format ist dabei das Planspiel Börse, das seit über 40 Jahren praxisnah Wissen über Funktionsweise sowie Chancen und Risiken der Finanzmärkte vermittelt. Mit einer Rekordbeteiligung von 2.405 Teilnehmenden in 1.004 Teams aus dem Geschäftsgebiet der Kreissparkasse sowie zwei Top-Platzierungen auf bayerischer und bundesweiter Ebene verlief die Spielrunde 2025 äußerst erfolgreich.

Seit 1975 unterstützt die Kreissparkasse über den Sparkassen-Schulservice zudem Schulen und Lehrkräfte mit kosten- und werbefreien Unterrichtsmaterialien zur finanziellen und ökonomischen Bildung – von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II.

### Fachkräftegewinnung und Ausbildung strategisch gestärkt

Die Kreissparkasse setzt weiterhin konsequent auf die Förderung und Gewinnung qualifizier-



Das Vorstandsteam der Kreissparkasse (v.l.): Vorstandsvorsitzender Andreas Frühschütz, Andrea Felsner-Peifer und Ulrich Sengle.

Bild: Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg

ter Fachkräfte. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bleibt die Deckung des Fachkräftebedarfs ein zentrales Handlungsfeld. Die Einstiegsmöglichkeiten sind vielfältig – ob über Ausbildung, duales Studium, Quereinstieg oder für Berufserfahrene.

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um die Kreissparkasse auch künftig als attraktiven Arbeitgeber in der Region zu positionieren. Dazu zählen vielfältige Angebote in der Gesundheits- und Familienfürsorge sowie Zuschüsse zur Verpflegung und zum Deutschlandticket. Parallel dazu wurde im Jahr 2025 die Aus- und Weiterbildung für Mitarbeitende und Führungskräfte gezielt weiterentwickelt. Ziel ist es, Mitarbeitende durch vielfältige Angebote und Entwicklungsperspektiven langfristig zu binden. Als positives Ergebnis dieser Aktivitäten konnte im Verlauf des Jahres 2025 die Zahl der Beschäftigten und Auszubildenden deutlich um mehr als

50 Personen gesteigert werden.

### Ausblick: Stabilität sichern, Zukunft gestalten

„Unser Anspruch bleibt unverändert: Wir wollen der regionalen Wirtschaft auch künftig ein verlässlicher und leistungsstarker Partner sein – gerade in einem Umfeld, das weiterhin von Unsicherheiten geprägt sein wird“, betont der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse, Andreas Frühschütz. „Wir planen vorausschauend und mit Augenmaß, auch wenn sich nicht alle Einflussfaktoren vollständig prognostizieren lassen. Deshalb stärken wir konsequent unsere Vorsorge- und Eigenkapitalbasis, um auf mögliche Entwicklungen vorbereitet zu sein. Zugleich verstehen wir uns als moderner, kompetenter Finanzpartner für unsere Kundinnen und Kunden sowie als stabiler und attraktiver Arbeitgeber für unsere Beschäftigten. Für das Jahr 2026 rechnen wir mit einer stabilen Entwicklung und einer Ertragslage auf Vorjahresniveau.“ □

## Stadtsparkasse München als „Förderprofi 2025“ ausgezeichnet

Die BayernLB würdigt besonderes Engagement bei der Vergabe von KfW- und Förderkrediten. Die Stadtsparkasse München wurde im Rahmen der jährlichen Förderprofi-Auszeichnung mit dem Sonderpreis für das höchste Neugeschäftsvolumen von KfW-Programmen in Bayern geehrt. Daniela Hauschild aus dem Team „Öffentliche Fördermittel“ der Stadtsparkasse München hat den Preis stellvertretend entgegengenommen.

„Ich bin stolz, dass wir für unser großes Engagement ausgezeichnet worden sind“, sagt Marcus Betz, stellvertretendes Vorstands-

mitglied und Direktor des Firmenkundengeschäfts der Stadtsparkasse München. „Unser Fördermittelteam berät unsere Kundinnen und Kunden in komplexen Förderangelegenheiten zuverlässig und kompetent – das zeigt sich auch in dieser Anerkennung auf Ebene der BayernLB.“

2025 haben die bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Höhe von insgesamt 2,8 Milliarden Euro ausgereicht. Dies entspricht, bezogen auf das Volumen der Förderkredite, einem Marktanteil von 40,8 Prozent.

Die „Förderprofi“-Auszeichnung wird von der BayernLB jährlich vergeben. Sie richtet sich an Sparkassen, die bei der Vermittlung von Fördermitteln besondere Aktivitäten aufweisen und dadurch einen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsförderung leisten. □



V.l.: Ilka Homburg (KfW), Daniela Hauschild (SSKM) und Marcus Betz (SSKM). Bild: BayernLB



VER SICHER UNGS  
KAMMER  
BAYERN

## Ihr Rezept für zufriedenerere Mitarbeitende!

Stärken Sie Mitarbeiterbindung und Ihre Attraktivität als Arbeitgeber mit einer betrieblichen Krankenversicherung (bKV).

Jetzt scannen und informieren  
vkb.de/bkv



Finanzgruppe

# Der digitale Euro

Fortschritt oder Prestigeprojekt?

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Die Europäische Zentralbank (EZB) treibt den digitalen Euro und damit die elektronische Alternative zum Euro mit Verve voran. Seit November 2023 ist sie dabei, die notwendige technische Infrastruktur zu finalisieren und das Pilotprojekt vorzubereiten. Kurzum: Die EZB hat den Schritt von der Konzeptions- und Planungsarbeit zur praktischen Umsetzung und technischen Vorbereitung eines digitalen Euros längst vollzogen. Das ist freilich bemerkenswert. Zwar ist die Einführung der digitalen Währung für 2029 geplant. Möglich wird das jedoch erst, wenn EU-Kommission, die nationalen Regierungen und das Europäische Parlament gemeinsam dem Vorhaben zugestimmt haben. Das ist bislang noch nicht geschehen.

Das Vorpreschen der Notenbank wirft nicht nur Fragen zur Legitimation des Projektes auf, sondern lenkt den Blick auch darauf, ob es klug ist, das materiell wie politisch teure Projekt vor seiner formalen Genehmigung durch den Gesetzgeber zu starten. Schule sollte die unorthodoxe Vorgehensweise jedenfalls im politischen Raum nicht machen.

Sie sehen erheblichen Klärungsbedarf. Mehr als 1.500 Änderungsanträge zum EZB-Projekt zeigen das überdeutlich. Ein wesentlicher Punkt, der für viele Parlamentarier nach wie vor ungeklärt ist, betrifft den Kern des gesamten Konstrukts – nämlich die Anonymität der Bezahlvorgänge. Dass diese auf digitalem Wege nicht vollständig gegeben ist, gibt die EZB selbst zu und kann die Datenschutzbedenken nicht ausräumen. Es bleibt lediglich bei einer Willensbekundung. So betont die EZB, Privatsphäre beim Bezahlen gewährleisten zu wollen. Analysen weisen gleichwohl darauf hin, dass zentrale Überwachungsmöglichkeiten in einem solchen System angelegt sein könnten. Insofern dürfen sich jene bestätigt fühlen, die schon immer wussten: Eine richtige Alternative zum Bargeld wird der digitale Euro nicht sein, jedenfalls nicht für die, die Barzahlen als einen Akt bürgerlicher Freiheit bezeichnen.

## Freiheitsversprechen und Kontrollsorgen

Hinzu kommt: Auch Banken und erhebliche Teile der Finanzbranche warnen vor Wettbewerbsverzerrungen und unklaren Folgen für das bestehende Finanzsystem. Sie sehen neben anderem vor allem die Gefahr, dass Guthaben von Bankkonten abfließen und das die Kreditvergabe-fähigkeit der Geldhäuser



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Während Kommission und die Staats- und Regierungschefs geschlossen hinter dem Vorhaben stehen, haben die Abgeordneten des EU-Parlaments sich noch nicht

Genossenschaften aus Dienstleistung, Handel und Soziales:

## Positive Bilanz

Die 265 Genossenschaften in den Bereichen Dienstleistung, Handel und Soziales im Genossenschaftsverband Bayern (GVB) haben sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt robust und vielfach wachstumsstark entwickelt. Gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie Handelsgenossenschaften erzielten zusammen Umsatz und sonstige Erlöse von knapp elf Milliarden Euro – ein Plus von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Genossenschaften im Dienstleistungsbereich, im Handel und im Sozialen bilden eine tragende Säule der heimischen Wirtschaft und Gesellschaft. Dass ihr Geschäft wächst, zeigt, wie dringend sie heutzutage gebraucht werden“, unterstrich GVB-Präsident Stefan Müller in München.

### Handelsgenossenschaften

Die Handelsgenossenschaften erwirtschafteten 2023 Umsatz und sonstige Erlöse von rund 8,05 Milliarden Euro, ein Plus von 13,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Maßgeblich geprägt wurde die Entwicklung durch den Arzneimittel- und Großhandel, aber auch Dorfläden und spezialisierte Handelsgenossenschaften sind weiter gewachsen. Damit sichern die genossenschaftlich organisierten Handelsunternehmen nicht nur die Versorgung breiter Bevölkerungsgruppen, sondern übernehmen auch eine zentrale Rolle in ländlichen und strukturschwächeren Regionen.

Dorfläden verzeichneten dank Neugründungen ein Umsatzplus. In diesem Segment gab es auch Liquidationen – jene, die sich am Markt behauptet haben, konnten aber von allgemeinen Preissteigerungen profitieren.

Die gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften entwickelten sich ebenfalls positiv. Sie erzielten Umsatz und sonstige Erlöse in Höhe von rund 1,81 Milliarden Euro, ein Zuwachs von neun Prozent. Be-

sonders dynamisch zeigten sich unter anderem Genossenschaften aus den Bereichen IT- und Kommunikationsdienstleistungen, Gesundheit, Verkehr sowie Tourismus und Marketing. Die Zahlen verdeutlichen die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft dieses genossenschaftlichen Segments in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld.

### Wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Infrastruktur

Genossenschaften mit sozialem, kulturellem oder gemeinwohlorientiertem Schwerpunkt leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Infrastruktur. Im vergangenen Jahr ist die Gründung des ersten genossenschaftlich organisierten medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Bayern angelaufen – in diesem Jahr geht es in Betrieb. Der Vorteil der genossenschaftlichen Struktur in diesem Bereich liegt in der Bündelung zentraler Verwaltungsaufgaben. So können sich die MVZs voll und ganz auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Medizinerinnen und Mediziner, häufig aus unterschied-

ser einschränkt. Eine Nebenwirkung mit erheblicher Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems. Ein weiterer unklarer und gewichtiger Punkt: Welche Gestaltungsmöglichkeiten gibt die Infrastruktur eines digitalen Euros künftig, um politisch gewünschtes Zahlungsverhalten in Europa zu steuern? Möglichkeiten schaffen unweigerlich Begehrlichkeiten. Selbst was Politiker heute weit von sich weisen, kann in fernen Tagen als opportun erscheinen.

### Ein Milliardenprojekt ohne klaren Nutzen

Und die Befürworter: Ihr zentrales Argument lautet, der digitale Euro sei notwendig, um Europas „strategische Autonomie“ zu sichern, um die Abhängigkeit von US-Zahlungsanbietern zu reduzieren. Das Argument klingt angesichts transatlantischer Verwerfungen zunächst gut. Aber nur auf den ersten Blick. Denn es bleibt fraglich,

Finanzminister Füracker:

## Kommunen können Investitionsbudgets aus Sondervermögen seit 18. Mai online abrufen

„Gute Nachricht für Kommunen: Ab 18. Mai können unsere bayerischen Kommunen ihre Meldungen zum Abruf ihrer kommunalen Investitionsbudgets online einreichen. Wir haben im Doppelhaushalt 2026/2027 für die Kommunen 5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen vorgesehen – davon 2 Milliarden Euro in Form pauschaler Investitionsbudgets. Uns ist wichtig, dass die Mittel schnellstmöglich bei den Kommunen ankommen. Dank des digitalen Verfahrens können die Kommunen die Mittel aus ihren Investitionsbudgets direkt online abrufen. Erste Mittel können so voraussichtlich bereits Anfang Juli ausbezahlt werden: schnell, unbürokratisch und effizient“, kündigte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Freischaltung des digitalen Meldeverfahrens an.

„Unser bayerischer Doppelhaushalt 2026/2027 ist offiziell verkündet – damit liegen alle Voraussetzungen für den Abruf der pauschalen Investitionsbudgets vor. Bayerns Kommunen profitieren stark vom Sondervermögen des Bundes: Im Doppelhaushalt stellt der Freistaat 5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für seine Kommunen bereit. Gleichzeitig steigt 2026 der kommunale Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahr um rund 846 Millionen auf 12,83 Milliarden Euro. Wir stellen mit diesem Gesamtpaket die Handlungsfähigkeit unserer bayerischen Kommunen sicher und setzen massi-

ven Impulse für kommunale Investitionen“, so Füracker weiter. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes stehen dem Freistaat Bayern über die gesamte Laufzeit insgesamt rund 15,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Freistaat hat einen bedeutenden Anteil davon – zwischen 60 bis 70 Prozent über die gesamte Laufzeit des Sondervermögens – für Investitionen der bayerischen Kommunen in deren kommunale Infrastruktur vorgesehen.

### Wertschöpfung vor Ort

„Genossenschaften in Dienstleistung, Handel und sozialen Bereichen verbinden wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit regionaler Verantwortung“, sagte Müller. „Sie sichern Versorgung, schaffen Arbeitsplätze und halten Wertschöpfung vor Ort – in Städten ebenso wie im ländlichen Raum.“

### Für verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gleichzeitig mahnt der GVB verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen an. Steigende Regulierung, hohe Kosten und zunehmende Bürokratie stellen viele Genossenschaften vor Herausforderungen. „Vielfalt und Resilienz entstehen nicht von selbst“, betonte Müller. „Wer eine starke mittelständische Wirtschaftsstruktur will, muss auch Raum für genossenschaftliche Lösungen lassen – mit Planungssicherheit und Augenmaß bei gesetzlichen Vorgaben.“

ob eine staatliche Digitalwährung überhaupt einen relevanten Hebel darstellt, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Zweifel daran, dass der digitale Euro die internationale Rolle der Gemeinschaftswährung neu bewerten stärken kann, sind berechtigt.

Ebenso berechtigt ist die Frage nach dem Mehrwert der digitalen Währung für Bürgerinnen und Bürger. Schon heute existieren zahlreiche effiziente digitale Zahlungsmethoden. Nicht zuletzt halten deshalb innerhalb der Finanzbranche viele Experten den digitalen Euro für überflüssig und erwarten eine geringe Nachfrage. Wenn ein neues System aber weder deutliche Vorteile bringt noch ein akutes Problem löst, dann wird es schwer mit einer sinnhaften Begründung. Insofern liegt der Frankfurter Ökonomeprofessor Volker Wieland womöglich richtig, wenn er die Debatte um den digitalen Euro als „Lösung auf der Suche nach einem Problem“ pointiert zusammen-

fasst. Es wäre ein teures Problem. Schätzungen reichen von geringer Milliardenhöhe bis hin zu zweistelligen Milliardensummen für die Implementierung.

### Zunehmend umstritten

Natürlich ist es richtig, dass sich ein Geldsystem zeitgemäß weiterentwickelt. Doch Innovation allein ist kein Selbstzweck. Und bislang ist nicht zweifelsfrei ausgeräumt, dass der digitale Euro womöglich doch nur ein politisches Prestigeprojekt sein könnte, das mehr Probleme schafft als es löst. Herausforderungen freilich hat Europa aktuell schon genug. Sie sind einer Situation geschuldet, in der sich über Jahrzehnte geopolitische Routinen in hoher Geschwindigkeit ver-

Forderung des Steuerzahlerbundes TAE:

## Diskussion um EU-Eigenmittel stoppen

Ein Kommentar von Präsident Michael Jäger

Als Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes (TAE) sehe ich die im Europäischen Parlament diskutierten EU-Eigenmittel-Vorhaben und die geplante massive Ausweitung des EU-Budgets im Rahmen des Mittelfristigen EU-Finanzrahmens (MFR) 2028–2034 äußerst kritisch.

Nach dem zur Diskussion gestellten Vorschlag des Europäischen Parlaments würde der kommende Finanzrahmen auf rund 1,9 bis knapp 2,0 Billionen Euro ansteigen – also nahezu eine Verdopplung gegenüber dem bisherigen Niveau. Ein solcher Sprung ist in keiner Weise mit der wirtschaftlichen Realität vieler Mitgliedstaaten und ihrer Steuerzahler vereinbar. Statt immer neuer Einnahmequellen droht hier eine schlechende Entkopplung der EU-Finanz von der direkten Kontrolle durch die Mitgliedstaaten – und damit von den Steuerzahlern selbst.



Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Präsident Taxpayers Association of Europe (TAE), Vizepräsident Bund der Steuerzahler Deutschland (BdSt), Vizepräsident Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. (BdSt in Bayern e.V.).

### EU sucht neue Geldquellen

Konkret stehen zahlreiche neue Eigenmittel im Raum. Die Europäische Kommission hat fünf zentrale Vorschläge vorgelegt: Einnahmen aus dem Emissionshandel (ETS), der CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), eine Abgabe auf nicht gesammelten Elektroschrott, Tabaksteuer-Eigenmittel (TEDOR) sowie eine neue Unternehmensabgabe CORE (Corporate Resource for Europe). Gerade CORE ist besonders kritisch zu sehen, da die geplante EU-Unternehmenssteuer CORE am Umsatz und nicht am Gewinn ansetzt. Damit würden auch Unternehmen mit geringen Margen/Umsatzrenditen oder sogar Verlusten belastet – ein klarer Verstoß gegen grundlegende Prinzipien wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Das Europäische Parlament geht jetzt sogar noch weiter und fordert zusätzliche Eigenmittel,

ändern oder gar auflösen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht politische Antworten darauf. Sie wünschen sich Stabilität und Sicherheit. Die politische Beschäftigung mit dem digitalen Euro passt schon deshalb nicht in die Zeit, weil sie das Gegenteil auslöst.

### Über unseren Autor

Der an der LMU in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (\*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktartig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

darunter eine Digitalabgabe, eine Abgabe auf Krypto-Transaktionen sowie auf Online-Gaming und Glücksspiel. Das Ziel ist klar erkennbar: der EU eine immer breitere und eigenständigere Einnahmebasis zu verschaffen. Also keine bzw. weniger lästige Verhandlungen mehr, sondern Einnahmen, die automatisch fließen.

Besonders besorgniserregend ist die protektionistische Dimension dieser Pläne. Neue Abgaben, die gezielt Unternehmen und Importe treffen, werden international nicht unbeantwortet bleiben. Länder wie die USA und China werden mit harten Gegenmaßnahmen reagieren – mit der Folge, dass sich Handelskonflikte verschärfen und europäische Unternehmen zusätzlich unter Druck geraten. Am Ende zahlen die Steuerzahler doppelt: einmal über neue EU-Abgaben und ein zweites Mal über höhere Preise, weil große Marktteilnehmer die steigenden Kosten an die Verbraucher weitergeben.

Die Einführung zusätzlicher Eigenmittel mag politisch bequem erscheinen, doch sie verschleiert die tatsächliche Belastung der Bürger und Unternehmen. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten braucht es Haushaltsdisziplin, Effizienz und klare Prioritäten – keine Ausweitung der Ausgaben ohne konsequente Reformen auf der Ausgabe-seite. Und nicht zu vergessen, Einsparungen und neue Prioritäten im EU-Haushalt.

Es ist überraschend, dass sich das EU-Parlament jetzt scheinbar bei den EU-Eigenmitteln auf die Seite der Kommission schlägt, jetzt gemeinsame Sache machen will. Bislang hatten wir das Gefühl, dass das EU-Parlament EU-Eigenmittel ähnlich kritisch sieht wie wir vom Steuerzahlerbund.

Umso mehr steht nun der Rat in der Verantwortung, diese Fehlentwicklung zu stoppen und die Interessen der Mitgliedstaaten und ihrer Steuerzahler zu verteidigen. Es geht um nicht weniger als den Schutz der Souveränität der Finanzen der Nationalstaaten.

Europa darf kein Selbstbedienungsladen werden. Sollte der anvisierte Kurs tatsächlich umgesetzt werden, droht eine gefährliche Machtverschiebung zulasten der Nationalstaaten. Das wäre ein fundamentaler Einschnitt – im schlimmsten Fall würde das Vertrauen in die Europäische Union so stark erschüttert, dass ihre Grundlagen infrage gestellt werden. Dies könnte dann den Startschuss für das Ende der Europäischen Union bedeuten.

Kreditmarktstudie 2025:

## Banken zwischen Risiko und Aufbruch

Die aktuelle Kreditmarktstudie 2025 von EY Deutschland zeigt eine Bankenbranche im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Unsicherheit, steigenden Kreditrisiken und dem notwendigen Wandel hin zu digitalen und nachhaltigen Geschäftsmodellen. Die Untersuchung, an der 120 Führungskräfte aus bundesdeutschen Landesbanken, Förderbanken, Volksbanken, Privatbanken, Sparkassen und spezialisierten Instituten teilnahmen, vermittelt ein insgesamt zurückhaltendes Bild der aktuellen Lage am deutschen Kreditmarkt.

Zwar rechnen viele Institute mit einer leicht steigenden Kreditvergabe in den kommenden Monaten, gleichzeitig wächst jedoch die Sorge vor zunehmenden Zahlungsausfällen und einer anhaltend schwachen wirtschaftlichen Entwicklung. Geopolitische Konflikte, hohe Energiepreise, die schwächelnde Konjunktur, anhaltender Fachkräftemangel und eine sinkende Exportnachfrage belasten

nach Einschätzung der Banken die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich. Hinzu kommen steigende regulatorische Anforderungen, die den Handlungsspielraum der Institute zusätzlich einschränken.

### Skepsis überwiegt

Die Mehrheit der befragten Bankmanager blickt deshalb skeptisch auf die kommenden

zwölf Monate. 38 Prozent erwarten keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, ein ebenso großer Anteil rechnet sogar mit einer weiteren Verschlechterung. Nur eine Minderheit geht von einer spürbaren Erholung aus. Die Zurückhaltung vieler Unternehmen bei Investitionen wirkt sich dabei unmittelbar auf die Nachfrage nach Finanzierungen aus.

### Kreditvergabe

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen erwarten viele Banken einen moderaten Anstieg der Kreditvergabe. Gleichzeitig reagieren sie jedoch deutlich vorsichtiger als in den vergangenen Jahren. Die Vergabekriterien für neue Kredite werden verschärft,

Bonitätsprüfungen intensiver durchgeführt und Risiken genauer bewertet. Die Institute achten verstärkt auf stabile Geschäftsmodelle, belastbare Sicherheiten und eine langfristige Tragfähigkeit der Finanzierung.

### Immobilienfinanzierung

Besonders kritisch bleibt aus Sicht der Kreditwirtschaft weiterhin der Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Die Kombination aus gestiegenen Baukosten, höheren Finanzierungskosten und einer schwächeren Nachfrage führt dazu, dass viele Projekte schwieriger kalkulierbar werden. Vor allem Büroimmobilien und Einzelhandelsobjekte gelten als problematisch.

Doch nicht nur Immobilienkredite bereiten den Instituten Sorgen. Auch Konsumentenkredite und klassische Unternehmensfinanzierungen geraten stärker in das Blickfeld des Risikomanagements. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung führt dazu, dass sowohl private Haushalte als auch Unternehmen stärker unter Druck geraten. Viele Banken rechnen deshalb mit steigenden Ausfallquoten in mehreren Kreditsegmenten.

Mehr als die Hälfte der befragten Institute geht davon aus, dass die Zahl notleidender Kredite, sogenannter Non-Performing Loans (NPLs), in den kommenden Monaten zunehmen wird. Um Zahlungsausfälle möglichst zu vermeiden, setzen viele Banken verstärkt auf sogenannte Forbearance-Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem Laufzeitverlängerungen, angepasste Tilgungsvereinbarungen, Veränderungen bei den Zinssätzen oder zeitlich begrenzte

Stundungen von Zahlungen. Solche Maßnahmen sollen Kreditnehmer entlasten und Insolvenzen verhindern. Gleichzeitig weisen Experten jedoch darauf hin, dass diese Instrumente oftmals nur kurzfristige Erleichterung verschaffen und grundlegende wirtschaftliche Probleme nicht lösen können.

### Zinsentwicklung

Uneinheitlich fällt der Blick auf die weitere Entwicklung der Zinsen aus. Während ein Teil der Institute von moderat sinkenden Zinsen ausgeht, rechnen andere erneut mit steigenden Finanzierungskosten. Hintergrund dieser Unsicherheit sind die weiterhin hohe Inflation, steigende Staatsverschuldungen sowie die geldpolitischen Entscheidungen der Zentralbanken.

### Refinanzierung

Stabil bewerten die Institute hingegen ihre Refinanzierungsmöglichkeiten. Einlagen von Kundinnen und Kunden, Interbankengeschäfte sowie Refinanzierungsangebote der Europäischen Zentralbank gelten weiterhin als verlässliche Grundlage der Finanzierung. Dennoch steigt der wirtschaftliche Druck auf die Banken.

Höhere Refinanzierungskosten, zunehmende Risikoversorge für mögliche Kreditausfälle und steigende regulatorische Anforderungen belasten laut Studie die Ertragslage vieler Institute. Zwar rechnet knapp die Hälfte der Banken mit stabilen Ergebnissen, ein Drittel erwartet sogar eine Verbesserung der Geschäftsentwicklung. Gleichzeitig bleibt der Margendruck jedoch hoch.

Neben den akuten wirtschaftlichen Herausforderungen beschäftigt die Banken vor allem der strukturelle Wandel der Branche. Die Digitalisierung gilt inzwischen als zentrale Voraussetzung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Viele Institute investieren daher verstärkt in Automatisierung, digitale Prozesse und den Einsatz künstlicher Intelligenz. Ziel ist es, Abläufe effizienter zu gestalten, Kosten zu senken und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

### Wettbewerbsfähigkeit sichern

Vor allem KI-basierte Anwendungen gewinnen im Kreditgeschäft zunehmend an Bedeutung. Sie sollen Risiken schneller erkennen, Bonitätsprüfungen verbessern und Prozesse automatisieren. Gleichzeitig investieren Banken in moderne IT-Infrastrukturen und digitale Kundenschnittstellen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

Eine weitere zentrale Herausforderung bleibt die Integration von ESG-Kriterien, d.h. Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards, in die Kreditvergabe und Unternehmenssteuerung. Nachhaltigkeitsanforderungen spielen sowohl bei regulatorischen Vorgaben als auch bei Investitionsentscheidungen eine immer größere Rolle. Viele Banken sehen darin zwar erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand, gleichzeitig aber auch eine strategische Notwendigkeit für die Zukunft. Nachhaltige Finanzierungen und ESG-konforme Geschäftsmodelle gewinnen zunehmend an Bedeutung und könnten künftig entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Institute sein. **DK**

S-Public Services:

## Mehr als 100 Kommunen nutzen Wero über GiroCheckout

Die europäische Payment-Lösung wird in bestehende Verwaltungsprozesse integriert und ermöglicht Kommunen eine einfache Anbindung verschiedener digitaler Bezahlfverfahren im Online-Service. Mehr als 100 Kommunen in Deutschland bieten das europäische Bezahlfverfahren Wero für die Begleichung kommunaler Leistungen an. Weitere rund 100 Kommunen haben zudem die erforderlichen Verträge unterzeichnet. Das gibt die zur DSV-Gruppe gehörende S-Public Services bekannt. Das Kompetenzzentrum für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe stellt die Lösung über ihre Payment-Plattform GiroCheckout bereit, die von rund 4.000 Kommunen in Deutschland genutzt wird. Immer mehr Kommunen aktivieren die Wero-Option in GiroCheckout und unterstützen damit eine europäische Zahlungsalternative.

Wero ist ein Projekt der European Payments Initiative (EPI) und seit Herbst 2025 auf dem deutschen Markt verfügbar. Das Verfahren ermöglicht kontobasierte Zahlungen direkt aus der gewohnten Banking-App oder über die Wero-App. Die Abwicklung erfolgt vollständig im europäischen Rechtsraum und erfüllt hohe Anforderungen an Datenschutz und Sicherheit.

Über GiroCheckout können Kommunen unterschiedliche digitale Bezahlfverfahren zentral bündeln und flexibel in ihre Online-Dienste einbinden.

### Wero: schnell, bequem und sicher

Zu den frühen Anwendern gehört beispielsweise die Stadt Hanau, die Wero inzwischen auf mehrere Verwaltungsbereiche, darunter Kfz-Leistungen sowie das Melde- und

Standesamt, ausgeweitet hat. „Mit Wero können Verwaltungsleistungen so bezahlt werden, wie man es aus dem Onlinehandel kennt: schnell, bequem und per App“, erklärt Isabelle Hemsley, Stadträtin und Digitaldezernentin der Stadt Hanau.

Erfahrungen aus weiteren Kommunen zeigen ein ähnliches Bild. Ob Großstadt, Mittelzentrum oder kleinere Gemeinde – Wero wird zunehmend als Ergänzung bereits bestehender Bezahlfverfahren eingeführt und auf immer mehr Online-Dienste ausgeweitet. Die Integration erfolgt dabei in der Regel auf Basis bestehender Strukturen.

### Durchgehende Prozesse von der Antragstellung bis zur Zahlung

Die S-Public Services begleitet die Einführung gemeinsam mit

kommunalen IT-Dienstleistern und Partnern aus der Sparkassen Finanzgruppe mit dem klaren Ziel, Wero schrittweise weiter zu etablieren und zugleich durchgängige digitale Prozesse von der Antragstellung bis zur Zahlung zu ermöglichen.

Neben einer einfachen technischen Integration spielen für die Verwaltungen bei der Einführung von Wero auch wirtschaftliche und organisatorische Effekte eine Rolle. Kommunen berichten von effizienteren Zahlungsprozessen, geringeren Transaktionskosten im Vergleich zu anderen Bezahlfverfahren sowie einer höheren Nutzerfreundlichkeit, da keine zusätzlichen Konten oder separaten Registrierungen notwendig sind.

„Mehr als 100 Kommunen zeigen, dass Wero im öffentlichen Sektor schnell an Bedeutung gewinnt“, erklärt Peter Höcherl, Mitglied der Geschäftsleitung der S-Public Services. „Entscheidend für den Erfolg ist die einfache Integration in bestehende Strukturen und der Mehrwert einer europäischen Alternative im Zahlungsverkehr. Das Beispiel Wero zeigt, wie schnell sich neue Lösungen im kommunalen Umfeld etablieren können.“

Mehr über modernes E-Payment für die öffentliche Verwaltung mit GiroCheckout: <https://www.s-publicservices.de/loesungen/girocheckout.html>

Weitere Informationen zu den E-Government-Lösungen der S-Public Services für den öffentlichen Sektor: <http://www.s-publicservices.de/> □

Bayerischer Gemeindetag:

## Wehret den Anfängen

Das Herumschrauben an den Erschließungsbeiträgen muss sofort beendet werden

Erneut hat sich der Bayerische Gemeindetag gegen die Bemühungen der Freien Wähler gewandt, die Axt an die Erschließungsbeiträge zu legen. Mit der Schwächung dieser Einnahmemöglichkeit für die Städte, Märkte und Gemeinden würde das finanzielle Defizit der kommunalen Ebene noch einmal in dramatischer Art und Weise vergrößert, so der Kommunalverband.

Überdies gelte: Wehret den Anfängen. Dabei spiele es auch keine Rolle, dass es sich beim aktuellen Vorschlag der Regierungsfraktion nur um eine Fallgruppe innerhalb des Erschließungsbeitragsrechts handelt. Denn die Erfahrung zeige, dass die Erosion des Gesamtsystems sodann häufig nicht lange auf sich warten lässt, macht der Bayerische Gemeindetag deutlich. Die erstmalige Erschließung eines Grundstücks durch eine erschließungsbeitragsfähige Anlage diene dessen ordentlichem Erschlossensein, was mit einem

Wertzuwachs eines Grundstücks hin zu erschließungsbeitragsfreiem Bauland verbunden sei. Wer diese Kosten steuerfinanzieren möchte, habe das Erschließungsbeitragsystem nicht verstanden. Die Diskussionen kämen für die Kommunen dazu zur absoluten Unzeit. Das Finanzierungsdefizit der bayerischen Kommunen belief sich im Jahr 2025 auf 4,68 Milliarden Euro. Der Wert von 2025 liegt damit weiterhin etwa doppelt so hoch wie das Defizit des Jahres 2023. „Wir fordern den Landtag und insbesondere die Fraktion der

Freien Wähler dringend dazu auf, die Überlegungen zur Erosion der Erschließungsbeiträge zurückzunehmen und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene nicht noch weiter zu schwächen“, so Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

### Nägel mit Köpfen machen

Die aktuellen Zeiten seien zu ernst, um den Kommunen weitere Instrumente zur Einnahmengenerierung aus der Hand zu schlagen. „Es ist stattdessen vielmehr an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen und alle Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene zu ergreifen, damit die kommunale Finanzausstattung dauerhaft an die zu erfüllenden Aufgaben angepasst wird“, hob Brandl hervor. □

**75 LfA Förderbank Bayern**

**ES IST DIE FRISCHE, DIE BAYERN LEBENDIG MACHT.**

**WIR FÖRDERN SIE.**

Trinkwasseraufbereitung

Die Förderdarlehen der LfA für kommunale Infrastruktur: Günstige Konditionen, lange Laufzeiten, tilgungsfreie Jahre. Damit Qualität aus jeder Leitung kommt.

**lfa.de 089 21 24 - 10 00**

# „Wir schaffen Sicherheit – Für ein Leben voller Freiräume“

Versicherungskammer Bayern verstetigt mit bestem Ergebnis der Konzerngeschichte ihre positive Geschäftsentwicklung

Die Versicherungskammer blickt auf das beste Geschäftsjahr ihrer Geschichte zurück und richtet zugleich den Blick konsequent nach vorne. „Als Teil der S-Finanzgruppe agieren wir robust und resilient als Stabilitätsanker in unsicheren Zeiten“, sagt Prof. Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands. Mit einer kundenorientierten Produkt- und Servicestrategie, starker Kapitalbasis und regionalem Geschäftsmodell schafft der Konzern die Grundlage, um zentrale Zukunftsinitiativen aus einer Position der Stärke heraus voranzutreiben.

Dabei fokussiert sich der größte öffentliche Versicherer insbesondere auf die Modernisierung seiner IT, die Transformation des Vertriebs und die Effizienzsteigerung im eigenen Geschäftsbetrieb. „So übernehmen wir heute Verantwortung für morgen: Für unsere Kunden, unsere Mitarbeitenden und unsere Gesellschaft“, so Walthes weiter.

Im Geschäftsjahr 2025 stiegen die Beitragseinnahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft auf 9,57 Mrd. Euro und damit um 7,5 Prozent (Markt: +6,7 %). Mit übernommenem aktivem Rückversicherungsgeschäft lag das Beitragsvolumen bei 9,68 Mrd. Euro. Der laufende Beitrag wuchs um 6,5 Prozent und übertraf ebenfalls das Marktwachstum (5,3 %). Der eigentlich für das Geschäftsjahr 2027 angepeilte Zielwert von 10 Mrd. Euro wird damit schneller als erwartet erreicht.

## VKB: Neue Informations-Website Elementa

Wasser im Keller nach Starkregen, vom Hagel zerschlagene Dachziegel, großflächige Überschwemmungen nach Dauerregen: Extremwetter und seine Folgen nehmen auch in Deutschland zu. Diesen Herausforderungen begegnet die Versicherungskammer Bayern mit einem neuen Online-Service: Elementa – Zentrum Naturgefahren.

Die Plattform „www.elementa.org“ bietet das deutschlandweit einmalige „Risiko-Radar“ mit einer adressgenauen Analyse zu den Gefahren Hagel, Starkregen und Hochwasser. Die interaktiven Deutschlandkarten basieren auf den öffentlichen Starkregen- und Hochwasserkarten der Bundesländer und des Bundes.

Dazu kommt die zurzeit genaueste Hagel-Risikokarte in Deutschland, bereitgestellt vom Karlsruher Institut für Technologie. Elementa macht diese Risikokarten erstmals an einem Fundort verfügbar. Darauf aufbauend stellt Elementa Schutzstrategien vor und liefert umfangreiche Ratgeberinhalte mit konkreten Schritt-für-Schritt-Anleitungen zu naturgefahrensicherem Hausbau und Umbau. Das Bauteilregister listet erprobte Bauteile wie etwa Hagelsichere Dachziegel, Dachfenster und Fassadenputze, die der Erhöhung der Resilienz von Gebäuden gegen die Einflüsse dieser Naturgefahren dienen.

Die neue Initiative ist ein Gemeinschaftsprojekt der Versicherungskammer Bayern mit der Gruppe der öffentlichen Versicherer und dem Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen Versicherer e.V. (IFS).

## Deutsche Kreditwirtschaft begrüßt Altersvorsorgereform

Mit der Zustimmung des Bundesrates zum Altersvorsorgereformgesetz ist der Weg frei für eine Neuordnung der privaten Altersvorsorge. Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) begrüßt, dass mit dem Gesetz bestehende Hemmnisse der privaten Altersvorsorge abgebaut werden. Dazu gehören zum einen der Verzicht auf zwingende Beitragsgarantien während der Ansparphase, zum anderen aber auch eine hohe Flexibilität in der Auszahlungsphase. Beides trage dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger die Renditechancen der Kapitalmärkte besser nutzen können.

„Es ist gut, dass die Reform den Bundesrat passiert hat. Damit kann die private Altersvorsorge attraktiv und zukunftsfest gestaltet werden. Dass künftig auch Selbstständige und Geringverdienende durch verbesserte Zulagen stärker gefördert werden, ist ein weiteres starkes Signal für die Breite der Gesellschaft“, erklärte Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) als diesjährige Federführerin der DK.

### Für fairen Wettbewerb

Mit Blick auf das Angebot eines alternativen staatlichen Altersvorsorgedepots bestehen aus Sicht der DK indes noch viele Fragen, die es mit Blick auf die Um-

### Kompositversicherer

2025 stammt der größte Teil des Beitragsanstiegs aus den Kompositgesellschaften. Mit einem Beitragswachstum von 8,5 Prozent tragen sie rund 44 Prozent zum Gesamtzuwachs bei. Von den zusätzlichen 298 Mio. Euro Beitrag entfallen etwa 62 Prozent auf Neugeschäft.

Rund zwei Drittel der positiven Beitragsentwicklung kommen aus der Kraftfahrtversicherung. Dort steigen die gebuchten Beiträge um 22,3 Prozent. Dieses starke Wachstum ist nicht nur prämiert, sondern auch mengengetrieben: Die Zahl der Verträge erhöht sich deutlich auf über 2 Mio. Stück.

Auch in den Sachversicherungen steigen die Beiträge deutlich: Gewerbe: +6,5 Prozent, Privat: +4,1 Prozent, Industrie: +11,5 Prozent.

„Als zweitgrößter Industriever-

sicherer in Deutschland wollen wir mit gezielten Maßnahmen und Allianzen unsere Marktposition weiter stärken“, so Walthes.

Auf der Schadenseite hatte der Konzern 2023 und 2024 vor allem hohe Kumulereignisse zu verkraften. 2025 blieb der Konzern von vergleichbaren Ereignissen weitgehend verschont. Zusammen mit einem moderaten Großschadenaufkommen führt dies zu einer Combined Ratio brutto von 87,6 Prozent – der niedrigsten Schaden-Kosten-Quote seit Bestehen des Konzerns.

### Lebensversicherer

Das Geschäftsfeld Leben mit 2,42 Mrd. Euro Beitragseinnahmen kann ein deutlich positives Beitragswachstum ausweisen: Mit einem Plus von 6,1 Prozent liegt die Versicherungskammer über dem Marktwachstum von 5,3 Prozent und verbucht einen Anstieg um 138 Mio. Euro. Im Einmalbeitragsgeschäft der Lebensversicherung gelingt die Trendwende: Dank eines wieder anziehenden Einmalbeitrags-Breitengeschäfts und eines erfolgreich umgesetzten Zertifikateverkaufs steigen die Einmalbeiträge um rund 146 Mio. Euro (+17,4 %) und liegen damit leicht über dem Marktwachstum (+17,3 %).

Das Neugeschäft in der betrieblichen Altersvorsorge wächst um 17,8 Prozent und trägt in 2025 nahezu ein Viertel zur Gesamtproduktion des Geschäftsfelds Leben bei.

Für 2026 erwartet der Konzern beim laufenden Beitrag wieder eine positive Performance. Erste Anzeichen zeigen sich bereits in der Vertriebsleistung des laufenden Beitrags, die 2025 um 9,4 Prozent gestiegen ist. Ein Teil der Produktionssteigerung von insgesamt 12,8 Prozent wird sich im gebuchten Beitrag dieses Jahr niederschlagen.

### Gesundheits- und Pflegeversicherer

Die beiden Gesundheits- und Pflegeversicherer, die Bayerische Beamtenkrankenkasse (BK) und die bundesweit tätige Union Krankenversicherung (UKV), hatten bereits in den Vorjahren ihre Bruttobeiträge kontinuierlich gesteigert. Auch 2025 setzt sich dieser Wachstumstrend fort: Mit einem Beitragswachstum von 234 Mio. Euro (+7,5 %) auf 3,36 Mrd. Euro trägt das Geschäftsfeld Gesundheit & Pflege rund 35 Prozent zum gesamten Konzern-Beitragswachstum bei. Nach einem Anteil am Neugeschäft von 24 Prozent im Vorjahr konnte dieser erneut auf rund 26 Prozent gesteigert werden. Gemessen an der Anzahl der versicherten Personen beträgt das Bestandswachstum rund 47.000 Personen. Es stammt vor allem aus der Krankenzusatz- und betrieblichen Krankenversicherung (Firmenversicherung).

Auf der Leistungsseite steigen die Aufwendungen für Versicherungsfälle bei BK und UKV um 7,7 Prozent. Treiber sind unter anderem die anhaltende Inflation im Gesundheitswesen.

Auch künftig verfolgen die Gesundheits- und Pflegeversicherer im Konzern Versicherungskammer konsequent ihre Strategie, sich als lebenslanger Partner für Gesundheit und finanzielle Sicherheit zu positionieren – mit persönlicher Betreuung und passenden digitalen Angeboten. Walthes: „Wir haben zum Jahresbeginn 2025 unsere Gesundheits- und Pflegeversicherer zusammen mit der Lebensversicherung im neuen

Ressort Personenversicherung gebündelt. Unsere konsequente Ausrichtung an den Kundenbedürfnissen zeigt, dass wir angesichts überlasteter Rentenkassen und steigenden Kosten in der Gesetzlichen Krankenversicherung den richtigen Weg eingeschlagen haben, um aus einer Hand dem zunehmenden Bedürfnis einer umfassenden privaten Vorsorge gerecht zu werden.“

### Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagenbestand des Konzerns (Buchwerte) wächst 2025 um 1,4 Prozent auf 63,6 Mrd. Euro. Deutlich stärker legt der Kapitalanlagenbestand der fondgebundenen Lebensversicherung zu, der von 5,0 auf 5,8 Mrd. Euro steigt (rund +16 Prozent). Der Kapitalanlagenbestand unter Management, inklusive Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern und Drittgeschäft, wächst um 2,5 Prozent auf 77,7 Mrd. Euro. Mit einem Kapitalanlagenergebnis von 1.367 Mio. Euro erzielt der Konzern eine Nettoverzinsung von 2,2 Prozent.

Andreas Kolb, Finanzvorstand und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Konzerns: „Unsere Kapitalanlage beweist Stabilität und Resilienz in einem anspruchsvollen Marktumfeld – dabei konnten wir das gute Zinsniveau im Bereich festverzinslicher Anlagen und insbesondere auch die Marktchancen bei Aktienanlagen und Gold sehr erfolgreich nutzen.“

Etwa 7,0 Prozent des Gesamtvermögens sind in Infrastruktur (Equity & Debt) investiert. Dahinter stehen rund 200 Infrastrukturprojekte, von denen sich über zwei Drittel in Deutschland befinden. Kolb weiter: „Als größter öffentlicher Versicherer sind wir in diesem Themenfeld Vorreiter, haben ein eigenes schlagkräftiges Team von Investment Professionals bei unserem Asset Manager Versicherungskammer Tecta Invest installiert und sehen deutliches Potenzial für weitere Investments.“ Dank eines starken regionalen Netzwerks ist die Tecta Invest ein wesentlicher Akteur für eine nachhaltige und zukunftsfähige gesellschaftliche Transformation.

Das Immobilienportfolio des Konzerns, gemanagt und verwaltet von der konzerneigenen VK Real Estate, umfasst ca. 7,3 Mrd. Euro und ist durch seine Diversifikation robust aufgestellt: Rund 52 Prozent des Portfolios sind Direktanlagen in Gewerbe- und Wohnimmobilien, darunter Eigenentwicklungen in München wie das „LEHEL“ oder die ehemalige Konzernzentrale in der Maximilianstraße 53. Unverändert bietet diese Anlageklasse neben attraktiven Renditen langfristig Sicherheit und Inflationsschutz, so Kolb.

### Konzernergebnis

Das Konzernergebnis vor Steuern erreicht mit rund 523 Mio. Euro (VJ: 432 Mio. Euro) einen neuen Höchstwert in der Unternehmensgeschichte. Der Konzernjahresüberschuss liegt mit 340 Mio. Euro aufgrund steuerlicher Sondereffekte nur leicht unter Vorjahr (354 Mio. Euro).

### Fitch bestätigt Finanzstärke

Die Ratingagentur Fitch bestätigt dem Konzern Versicherungskammer im aktuellen Rating von 2025 die Finanzstärke AA-. Der Ausblick ist unverändert stabil. Hervorgehoben werden das starke Unternehmensprofil und die sehr starke Kapitalausstattung. Zudem bezeichnet Fitch die Versicherungskammer als integralen Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe. □



VKB-Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Frank Walthes.



Stellv. Vorstandsvorsitzender Andreas Kolb.

### DSGV-Standpunkte:

## Mehr Tempo bei Innovation und Energiewende

Die Sparkassen-Finanzgruppe sieht in einer stärkeren Innovationsfinanzierung und einer verlässlichen Energie- und Klimapolitik zentrale Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Deutlich wurde dies bei der Vorstellung des Jahresberichts der Initiative WIN („Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland“) sowie eines aktuellen wirtschaftspolitischen Positionspapiers der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe.

Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) wurden seit dem Start der WIN-Initiative im September 2024 bis Ende des vergangenen Jahres bereits 2,64 Milliarden Euro in Unternehmen investiert. Die Initiative WIN wurde gemeinsam von Bundesregierung, KfW sowie Unternehmen und Verbänden ins Leben gerufen. Ziel ist es, insbesondere jungen innovativen Unternehmen den Zugang zu privatem Kapital zu erleichtern und die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland zu verbessern. Bis zum Jahr 2030 sollen insgesamt zwölf Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen mobilisiert werden.

### WIN-Initiative

DSGV-Präsident Ulrich Reuter sprach von einem wichtigen Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland. „Die WIN-Initiative bringt Wachstum und Innovation voran. Sie zeigt, was wir gemeinsam erreichen können, wenn Politik, Finanzwirtschaft und Unternehmen sich einbringen“, erklärte Reuter bei der Vorstellung des Jahresberichts. Die Sparkassen sehen sich dabei als wichtiger Finanzierungspartner des Mittelstands und junger Unternehmen. Nach Angaben des DSGV begleiten sie Unternehmen über sämtliche Entwicklungsphasen hinweg – von der Gründung über Wachstumsinvestitionen bis hin zur Unternehmensnachfolge. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Transformation und zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

### Unternehmensnachfolge

Zunehmend an Bedeutung gewinnt nach Einschätzung der Sparkassen auch die Unternehmensnachfolge. Viele mittelständische Betriebe stünden in den kommenden Jahren vor einem Generationenwechsel. Dabei gehe es auch um Investitionen in Modernisierung, Digitalisierung und Wachstum. Die erfolgreiche Übergabe von Unternehmen werde damit zu einem wichtigen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz des Standorts Deutschland.

Parallel dazu mahnen die Chefvolkswirte der Sparkassen die Finanzgruppe Reformen bei der CO2-Bepreisung und den Energiepreisen an. Hintergrund sind die steigenden Belastungen durch den Krieg im Nahen Osten, der nach Einschätzung der Ökonomen die Unsicherheit auf

den Energiemärkten weiter verschärft. Der Emissionshandel bleibe zwar ein wichtiges Instrument des Klimaschutzes, müsse jedoch weiterentwickelt werden. Der CO2-Preis wirke zunehmend als Kostenfaktor für Unternehmen und private Haushalte. Deshalb seien strukturelle Reformen notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern.

### Strukturelle Reformen im Visier

Der Chefvolkswirt des DSGV, Reinhold Rickes, fordert unter anderem eine Überprüfung des sogenannten Merit-Order-Prinzips bei der Strompreisbildung sowie Anpassungen beim europäischen CO2-Grenzausgleichssystem CBAM. Zudem sprechen sich die Ökonomen für gezielte Förderinstrumente aus, die Investitionen in klimafreundliche Technologien wirtschaftlich absichern. Kritisch betrachtet werden auch die parallelen Emissionshandelssysteme in Deutschland und Europa. Übergänge zwischen den Systemen könnten zu starken Preisschwankungen führen und damit Investitionen erschweren. Unternehmen benötigten vor allem Planungssicherheit für Investitionen in klimafreundliche Technologien.

### Strompreise

Nach Einschätzung der Sparkassen-Finanzgruppe bleibt zudem der Strompreis ein entscheidender Standortfaktor. Klimafreundliche Technologien müssten wirtschaftlich tragfähig sein, damit die Transformation zur Klimaneutralität gelingen könne. Deshalb fordern die Ökonomen niedrigere Stromkosten, einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und gezielte Anreize für Investitionen in Dekarbonisierung.

### Steigende CO2-Kosten

Zugleich verweisen die Chefvolkswirte auf soziale Folgen steigender CO2-Kosten. Besonders Haushalte mit geringem Einkommen seien durch höhere Heiz- und Wohnkosten belastet. Zielgerichtete Förderprogramme, etwa für energetische Sanierungen, könnten hier wirksamer helfen als pauschale Ausgleichszahlungen. Allein 2025 werden die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel auf rund 16 Milliarden Euro geschätzt. Diese Mittel sollten nach Ansicht der Ökonomen gezielt für Energieeffizienz und Entlastungsmaßnahmen eingesetzt werden. □

Vorlage der Geschäftszahlen 2025:

## Sparkasse Schwaben-Bodensee bleibt auf Wachstumskurs

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2025 zurück. Mit einer Bilanzsumme von 12,3 Milliarden Euro konnte sie das Vorjahresniveau steigern und bleibt damit das größte selbstständige Kreditinstitut der Region sowie die viertgrößte Sparkasse Bayerns.

Das Geschäftsgebiet reicht von Lindau über Memmingen, Mindelheim, Günzburg und Krumbach bis nach Augsburg und Schwabmünchen. Vorstandsvorsitzender Daniel Gastl sieht die Sparkasse trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen stabil aufgestellt. Nach zwei Jahren Rezession sei die deutsche Wirtschaft zwar leicht gewachsen, hohe Belastungen durch internationalen Wettbewerbsdruck und strukturelle Probleme in der Industrie blieben jedoch bestehen.

### Belebtes Kreditgeschäft

Im Kreditgeschäft zeigte sich vor allem der Wohnungsbau deutlich belebt. Die Darlehens-

zusagen für Wohnbaufinanzierungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 29,5 Prozent. Auch Kredite an Privatpersonen entwickelten sich mit einem Zuwachs von 1,5 Prozent positiv. Gleichzeitig blieb die Nachfrage nach Immobilien hoch. Die Makler der Sparkasse vermittelten 2025 mehr als 340 Immobilien mit einem Gesamtwert von 127 Millionen Euro (2024: 119 Millionen Euro).

Vorstandsmitglied Andreas Steinbacher unterstrich die Bedeutung frühzeitiger finanzieller Vorsorge für den Erwerb von Wohneigentum. Besonders Bausparverträge böten langfristige Planungssicherheit. Die vermittelte Bausparsumme lag im ver-

gangenen Jahr bei 146,5 Millionen Euro.

### Zunahme bei Kundeneinlagen

Weiterhin auf Wachstumskurs befinden sich die Kundeneinlagen. Diese nahmen um 5,2 Prozent auf insgesamt 9,5 Milliarden Euro zu. Für Vorstandsvorsitzenden Daniel Gastl ist dies ein klares Zeichen des Vertrauens der Kundinnen und Kunden.

Die Sparkasse setzt dabei verstärkt auf persönliche Beratung in Kombination mit digitalen Angeboten. Unter der Kampagne „Liebe deine nächste Anlage: Don't just trade. Trust“ wolle man bewusst einen Gegenpol zu anonymen Online-Plattformen schaffen. Gastl betonte, dass die Kundinnen und Kunden Wert auf persönliche Ansprechpartner legen – auch im digitalen Umfeld.

Auch die Vermögensverwaltung entwickelte sich positiv. Dort verzeichnete die Sparkasse einen Mittelzufluss von über 92 Millionen Euro. Insgesamt verwaltet das Institut inzwischen ein Vermögen von mehr als 500 Millionen Euro.

### Individuelle Lösungen über alle Lebensphasen hinweg

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Bernd Fischer erklärte, die Sparkasse wolle ihre Kundinnen und Kunden mit individuellen Lösungen über alle Lebensphasen hinweg begleiten. Dabei spiele die Verbindung von persönlicher Beratung und modernen digitalen Angeboten eine zentrale Rolle.

Auch für das Jahr 2026 setzt die Sparkasse auf Kundennähe, Regionalität und Zukunftsfähigkeit. Mehr als 600 Beraterinnen und Berater arbeiten derzeit in den Bereichen Service, Privatkundenberatung, Private Banking, Unternehmenskundenbetreuung, Wertpapiergeschäft und medialem Vertrieb.

Nach Angaben des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Dr. Wolfgang Zettl steht die individuelle und professionelle Beratung weiterhin im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie. Gleichzeitig investieren die Verantwortlichen konsequent in digitale Angebote und moderne Infrastruktur.

### Investitionen in moderne Infrastruktur

Rund 77 Prozent der Kunden nutzen inzwischen die Möglichkeiten des Online-Bankings. Dennoch bevorzugt knapp ein Viertel weiterhin den persönlichen Service in den Filialen. Die



V.l.: Daniel Gastl (Vorstandsvorsitzender), Dr. Wolfgang Zettl (stv. Vorstandsvorsitzender), Andreas Steinbacher (Vorstandsmitglied), Bernd Fischer (stv. Vorstandsvorsitzender), Harald Post (Vorstandsmitglied).

Bild: Daniel Biskup, Sparkasse Schwaben-Bodensee

Sparkasse betreibt derzeit 69 personenbesetzte Geschäftsstellen sowie 27 Selbstbedienungsfilialen mit insgesamt 170 Geldautomaten.

Im vergangenen Jahr investierte das Institut unter anderem in den Ausbau und die Modernisierung mehrerer Standorte. So entstand am Martin-Luther-Platz in Augsburg ein neues Kundencenter mit einer eigenen „Kundenerlebniswelt“. Auch die Filialen in Wasserburg und Weiler wurden umfassend modernisiert.

Parallel dazu baut die Sparkasse ihre digitalen Dienstleistungen weiter aus. Rund 286.000 Kundinnen und Kunden verfügen über ein Giro- oder Jugendgirokonto. Die Internetfiliale verzeichnet nach Angaben des Unternehmens jährlich mehr als zwölf Millionen Besuche. Die Sparkassen-App, die mehrfach ausgezeichnet wurde, zählte im vergangenen Jahr rund 1,5 Millionen aktive Nutzer.

### Engagement in der Region

Neben dem Bankgeschäft engagiert sich die Sparkasse weiterhin stark in der Region. Insgesamt unterstützte das Institut Vereine und Organisationen mit knapp 1,1 Millionen Euro an Spenden und Sponsorleistungen. Gefördert wurden insbesondere die Bereiche Kultur, Sport, Soziales und Bildung.

Auch finanzielle Bildung bleibt ein wichtiges Thema. Beim Planspiel Börse beteiligten sich im vergangenen Jahr 688 Teams aus 36 Schulen. Darüber hinaus organisiert die Sparkasse regelmäßig Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche.

Vorstandsvorsitzender Daniel Gastl blickt optimistisch in die Zukunft. Die Sparkasse wolle auch weiterhin moderne Finanzdienstleistungen mit regionaler Verbundenheit und persönlicher Beratung verbinden. **DK**

### Kommunale Hochbaumaßnahmen 2026:

## Förderung von über 1.700 Projekten in ganz Bayern

Verbesserung der Infrastruktur bei Schulen und Kitas

„2026 unterstützt der Freistaat Bayern seine Kommunen bei ihren Baumaßnahmen insbesondere an öffentlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Fördermitteln von über 1,3 Milliarden Euro – davon profitieren insgesamt über 1.700 Projekte in ganz Bayern. Gut ausgestattete Schulen und moderne Kitas sind nicht nur Gebäude – sie sind Orte der Gemeinschaft und Investitionen in Bildung. Unser Ziel ist es, die Infrastruktur insbesondere im Bildungs- und Betreuungsbereich weiter zu verbessern und so die Lebensqualität vor Ort zu steigern“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Bekanntgabe der für dieses Jahr vorgesehenen staatlichen Zuweisungen für kommunale Hochbaumaßnahmen.

„Internationale Konflikte, anhaltende schwache Konjunktur und angespannte öffentliche Haushalte stellen Deutschlands und auch Bayerns Finanzpolitik auf allen Ebenen vor erhebliche Herausforderungen. Mit der Förderung kommunaler Hochbaumaßnahmen vereinen wir mehrere positive Aspekte. Wir unterstützen unsere Kommunen finanziell und kurbeln gleichzeitig unsere Wirtschaft durch neue Bauprojekte an – das ist doppelt gut investiertes Geld gegen die Krise“, so Füracker weiter.

„Die aktuell schwierigen Umstände betreffen auch unsere Kommunen – sie sind insbesondere durch stark steigende soziale Ausgaben massiv belastet. Dennoch stehen unsere bayerischen Kommunen im Vergleich zu den anderen Ländern deutlich besser dar: Sie haben seit Jahren die mit Abstand höchste Investitionsquote im Ländervergleich und haben gleichzeitig eine vergleichsweise niedrige Verschuldung. Unser Appell bleibt: Der Bund ist in der Verantwortung – er muss die Kommunen durch die Anpassung von Strukturen und Standards auf der Ausgabe Seite deutlich entlasten“, betont Füracker.

Die Förderung des kommunalen Hochbaus ist ein wichtiges Element im kommunalen Finanzausgleich und trägt wesentlich dazu bei, dass die Kommunen Investitionen insbesondere in öffentliche Schulen und Kindertageseinrichtungen finanzieren können. Der Freistaat stellt für die Förderung entsprechender Maßnahmen in ganz Bayern 2026 insgesamt über 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Betrag ist im diesjährigen kommunalen Finanzausgleich allein für die Förderung kommunaler Hochbaumaßnahmen vorgesehen. Insgesamt liegt der kommunale Finanzausgleich 2026 trotz schwierigster Rahmenbedingungen bei rund 12,83 Milliarden Euro; rund 30 Prozent des bayerischen Gesamthaushalts gehen da-

mit an die bayerischen Kommunen. Beispielhaft seien genannt:

### Oberbayern

- Landkreis Ebersberg: 2,4 Millionen Euro für die Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon
- Gemeinde Gammelsdorf: 1,4 Millionen Euro für den Neubau einer Grundschule mit Sporthalle
- Gemeinde Oberbergkirchen: 1,2 Millionen Euro für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung
- Schulverband Aresing: 1,3 Millionen Euro für die Erweiterung der Grund- und Mittelschule

### Niederbayern

- Gemeinde Iggenbach: 1,1 Millionen Euro für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung
- Schulverband Mainburg: 1 Million Euro für die Generalsanierung der Sporthalle an der Mittelschule Mainburg
- Stadt Eggenfelden: 3,7 Millionen Euro für die Generalsanierung und den Umbau der Grundschule
- Gemeinde Mariaposching: 1,1 Millionen Euro für den Neubau einer Kindertageseinrichtung

### Oberpfalz

- Gemeinde Kümmersbruck: 2 Millionen Euro für die Erweiterung der Grundschule
- Markt Lam: 3 Millionen Euro für die Generalsanierung, den Umbau und die Erweiterung der Grund- und Mittelschule mit Sporthalle
- Markt Laaber: 1 Million Euro für den Neubau einer Kindertageseinrichtung
- Landkreis Regensburg: 1,7 Millionen Euro die Erweiterung und den Umbau des Gymnasiums Lappisdorf

### Oberfranken

- Stadt Bayreuth: 1,8 Millionen Euro für die Generalsanierung

und Erweiterung des Richard-Wagner-Gymnasiums mit Sporthalle

- Gemeinde Meeder: 1 Million Euro für den Neubau einer Kindertageseinrichtung
- Stadt Naila: 1,4 Millionen Euro für die Generalsanierung der Grundschule
- Stadt Marktkeuthen: 1,2 Millionen Euro für den Ersatzneubau der Kindertageseinrichtung Egerwichtel

### Mittelfranken

- Markt Bechhofen: 1,2 Millionen Euro für den Neubau einer Kindertageseinrichtung
- Gemeinde Spardorf: 1 Million Euro für den Ersatzneubau der Grundschule mit Sporthalle und Freisportanlagen
- Stadt Fürth: 5 Millionen Euro für den Ersatzneubau und Erweiterung des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums
- Landkreis Roth: 1,5 Millionen Euro für die Generalsanierung des Gymnasiums Roth

### Unterfranken

- Stadt Aschaffenburg: 1,9 Millionen Euro für die Generalsanierung des Kronberg-Gymnasiums
- Stadt Obernburg a. Main: 1 Million Euro für den Ersatzneubau der Kindertageseinrichtung Sonnenhügel
- Gemeinde Veitshöchheim: 1,2 Millionen Euro für die Generalsanierung und Erweiterung der Eichendorffschule
- Landkreis Haßberge: 1,5 Millionen Euro für die Generalsanierung und Umbau der Heinrich-Thein-Schule, Staatliches Berufliches Schulzentrum Haßfurt

### Schwaben

- Schulverband Eurasburg: 1,1 Millionen Euro für die Erweiterung der Grundschule Eurasburg
- Gemeinde Kutzenhausen: 1,3 Millionen Euro für den Neubau einer Kindertageseinrichtung
- Landkreis Oberallgäu: 2,5 Millionen für die Erweiterung des Gertrud-von-le-Fort-Gymnasiums Oberstdorf mit Neubau einer Sporthalle
- Landkreis Donau-Ries: 1,5 Millionen Euro für die Generalsanierung des Gymnasiums Donauwörth. **□**



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

**BVK** Bayerische Versorgungskammer  
Zusatzversorgung

Jetzt anmelden!  
UNSER NEWSLETTER  
www.bvk-zv.de/Newsletter

Jetzt lesen!  
UNSER MAGAZIN  
www.bestens-abgesichert.de

Folgen Sie uns!  
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS  
bvkzusatzversorgung

# Energiepolitik im Spannungsfeld

Ausbau sichern, Kosten begrenzen, Versorgung stabil halten

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat bei einer Pressekonferenz Ende April die aktuellen energiepolitischen Herausforderungen mit klaren Botschaften auch an den Bund skizziert. Im Fokus standen Versorgungssicherheit, Ausbau der Erneuerbaren und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Kommunen und Investoren.

## Preisdruck durch fossile Energien

Aiwanger betonte, dass Bayern derzeit sicher mit Energie versorgt sei. Gleichzeitig treiben vor allem fossile Importenergien die Preise nach oben. Vor diesem Hintergrund unterstrich er die strategische Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien, auch aus regionalökonomischer Sicht: Während fossile Energieim-

porte Kapital ins Ausland abfließen lassen, verbleiben Investitionen in erneuerbare Anlagen weitgehend in der Region und stärken lokale Wertschöpfungsketten.

## Klares Bekenntnis zu Wasserkraft und kleinen Anlagen

Besonders kritisch sieht der Minister mögliche Förderkürzungen für kleine Anlagen unter 25

kW. Dies betreffe sowohl die kleine Wasserkraft als auch Photovoltaik. Ein abrupter Förderstopp würde bewährte Strukturen gefährden. „Diese Anlagen müssen perspektivisch wirtschaftlich selbst tragen, aber nicht von heute auf morgen“, so die Linie des Ministeriums. Für Kommunen mit entsprechenden Projekten bedeutet dies vorerst Planungssicherheit, zugleich aber steigenden Druck zur Wirtschaftlichkeit.

## Windkraft: Genehmigt, aber nicht gebaut

Ein zentrales Problem sieht Aiwanger bei der Windkraft: Zwar seien in Bayern bereits rund 300 Anlagen genehmigt und weitere 700 in Verfahren, doch drohten diese an den aktuellen Ausschreibungsbedingungen zu scheitern. Investitionen flössen deshalb zunehmend in den Norden Deutschlands. Bayern fordert daher Sonderausschreibungen für den Süden, um die Realisierung genehmigter Projekte sicherzustellen.

Für Kommunen, die bereits Flächen ausgewiesen haben, ist dies ein entscheidender Punkt: Ohne angepasste Rahmenbedingungen drohen ausgewiesene Vorranggebiete ungenutzt zu bleiben – mit entsprechenden Auswirkungen auf lokale Einnahmen und energiepolitische Ziele.

## Netzausbau und Regulierung als Bremsfaktor

Auch im Netzausbau sieht der Minister Reformbedarf. Aktuelle Regelungen zur Kapazitätsbegrenzung könnten dazu führen, dass in bestimmten Regio-

nen über Jahre keine neuen Anlagen mehr gebaut werden dürfen oder wirtschaftlich unattraktiv werden. Dies nehme den Druck vom Netzausbau und bremse Innovationen wie intelligente Steuerung oder Speicherlösungen.

Gerade für Kommunen bedeutet dies eine erhöhte Unsicherheit bei der Projektentwicklung. Aiwanger fordert daher flexible und differenziertere Regelungen auf Bundesebene.

## Gaskraftwerke und Wasserstoff als Brücke

Zur Sicherung der Versorgung setzt Bayern weiterhin auf Gaskraftwerke, insbesondere im Süden Deutschlands. Diese sollen perspektivisch wasserstofffähig sein, kurzfristig jedoch vor allem Versorgungslücken schließen. Parallel wird der Ausbau von Speichertechnologien und Wasserstoffinfrastruktur vorangetrieben.

## Akzeptanz hoch, Erwartung an bezahlbare Umsetzung

Die gesellschaftliche Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren sei laut Aiwanger grundsätzlich vorhanden. Entscheidend bleibe jedoch die Kostenfrage. Für Kommunen ergibt sich daraus die Herausforderung, Projekte wirtschaftlich tragfähig und gleichzeitig sozial verträglich umzusetzen.

Die energiepolitische Lage bleibt komplex: Während Bayern beim Ausbau der Erneuerbaren Fortschritte erzielt, drohen bundespolitische Rahmenbedingungen zum limitierenden Faktor zu werden. Für Kommunen heißt das: Projekte vor Ort sind oft weit entwickelt, ihre Umsetzung hängt jedoch zunehmend von regulatorischen Anpassungen auf Bundesebene ab. **MH**



Hubert Aiwanger.

Bild: MH

## Spürbare Zuwächse bei Photovoltaik und Windkraft

Aiwanger-Bericht zum Ausbau der Erneuerbaren

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat dem Ministerrat einen aktuellen Überblick über den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den Stand von Flächenausweisungen, Planungen und Genehmigungen im Bereich Windenergie gegeben. Der Bericht zeigt sowohl die bisherigen Fortschritte als auch die weiteren Ziele zur Beschleunigung der Energiewende im Freistaat auf.

Nach Aiwangers Angaben hat sich der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern im Jahr 2025 deutlich beschleunigt. Vor allem bei Photovoltaik und Windkraft seien spürbare Zuwächse erreicht worden. Insgesamt erhöhte sich die installierte Leistung erneuerbarer Anlagen gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent auf rund 38,9 Gigawatt. Besonders stark fiel erneut der Ausbau der Photovoltaik aus: Hier kamen netto 4.675 Megawatt hinzu, was einem Anstieg von 15 Prozent entspricht.

### Windkraft: Stand der Genehmigungen

Auch bei der Windenergie zeigen sich inzwischen die Auswirkungen der vor drei Jahren gelockerten 10H-Regelung. Im Jahr 2025 wurden in Bayern 198 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 1,27 Gigawatt genehmigt. Im Vergleich dazu waren es im Vorjahr lediglich 93 Anlagen mit zusammen 588 Megawatt. Damit liegen derzeit Genehmigungen für mehr als 300 Windräder vor, die sich jedoch noch nicht im Bau befinden. Gleichzeitig konnte die durchschnittliche Dauer der Genehmigungsverfahren von zehn auf acht Monate reduziert werden.

Die positive Entwicklung setzt sich auch bei den laufenden Verfahren fort. Ende 2025 befanden sich bereits 743 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 4,7 Gigawatt im Genehmigungsprozess – mehr als dreimal so viele wie im Jahr zuvor. Parallel dazu wurden zusätzliche Flächen für die Windkraft bereitgestellt. Bis Ende 2025 waren auf regionalplanerischer Ebene insgesamt 51.462 Hektar ausgewiesen, was einem Zuwachs von mehr als 12.000 Hektar innerhalb eines Jahres entspricht. Ende April 2026 lagen in den 18 Planungsregionen bereits rund 90.751 Hektar an ausgewiesenen oder beschlossenen Vorranggebieten vor. Das entspricht etwa 1,3 Prozent der gesamten Landesfläche Bayerns.

### Voraussetzungen stimmen

Aiwanger zufolge liegt Bayern bei der Ausweisung geeigneter Flächen im Zeitplan und sieht dem Zieljahr 2027 optimistisch entgegen. Die Voraussetzungen für einen schnelleren Ausbau der Windenergie seien geschaffen worden. Grundlage hierfür ist das Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes, das vorsieht, bis Ende 2027 insgesamt 1,1 Prozent und bis Ende 2032 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie bereitzustellen.

Gleichzeitig fordert der Freistaat zusätzliche Maßnahmen des Bundes, um den Windkraftausbau insbesondere in Süddeutschland weiter zu stärken. Dazu zählen unter anderem die Beibehaltung der aktuellen Flächenziele, um Investitions- und Planungssicherheit zu gewährleisten, sowie Anpassungen beim sogenannten Referenzertragsmodell. Dieses Modell soll finanzielle Nachteile windschwächerer Standorte, vor allem im Süden Deutschlands, gegenüber windstärkeren Regionen im Norden ausgleichen. Anlagen an weniger windreichen Standorten erhalten dabei höhere Vergütungen. Zudem spricht sich Bayern für ein höheres Ausschreibungsvolumen und ein eigenes Ausschreibungssegment für Süddeutschland aus, um den besonderen regionalen Bedingungen besser Rechnung zu tragen. **DK**



Die Fischwanderhilfe Braunau-Simbach wurde 2024 eröffnet.

Bild: Johannes Wiedl, VERBUND

## Fish Migration Day 2026

Zehn Jahre Fischforschung am Inn bestätigen Nutzen naturnaher Fischwanderhilfen

Ein gemeinsames Langzeitprojekt von VERBUND und der Technischen Universität München (TUM) zeigt: Naturnah gestaltete Fischwanderhilfen am Inn dienen nicht nur als Wanderkorridore, sondern auch als wichtige Lebens-, Rückzugs- und Fortpflanzungsräume für zahlreiche Fischarten.

Zwischen 2015 und 2025 wurden entlang des Inns zwischen den Kraftwerken Nussdorf und Ering-Frauenstein über 2.100 Befischungen durchgeführt. Dabei konnten mehr als 150.000 Fische aus 45 Arten nachgewiesen werden. In den zwölf untersuchten Fischwanderhilfen wurden knapp 38.000 Individuen aus 36 Arten erfasst.

### Wirksamkeit der Maßnahmen

Besonders bemerkenswert sind Nachweise geschützter und seltener Arten wie Huchen, Mühlkoppe, Strömer, Steingressling und Schlammpeitzger. Studien belegen zudem eine erfolgreiche natürliche Reproduktion von Arten wie Nase, Äsche und Huchen in renaturierten Bereichen und naturnahen Fischwanderhilfen. Ein

aktueller Nachweis von 15 Huchenlaichgruben in der Ausleitungsstrecke des Kraftwerks Töging unterstreicht die Wirksamkeit der Maßnahmen.

VERBUND investierte rund 100 Millionen Euro in Renaturierungen und Fischwanderhilfen in Bayern und an der Grenze zu Österreich. Heute sind bereits 75 Prozent der VERBUND-Kraftwerke passierbar. Das Unternehmen will das wissenschaftliche Monitoring fortsetzen, um die ökologische Wirksamkeit langfristig zu sichern.

Die Forschung zeigt außerdem: Renaturierung endet nicht mit dem Bau. Für regulierte Flusssysteme wie den Inn sind langfristiges Management und regelmäßige Pflege entscheidend, um die ökologische Funktion der Maßnahmen dauerhaft zu erhalten. **□**

## Krisenvorsorge und Energiewende:

# Sicherheit entsteht in den Kommunen

„Wir können Kommunen und kommunale Unternehmen in Bayern resilienter aufstellen“

Gastbeitrag von Gunnar Braun, Geschäftsführer, und Moritz Englberger Maluska, Senior-Fachgebietsleiter, VKU-Landesgruppe Bayern

Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt: Unsere Kommunen stehen vor vielfältigen Herausforderungen: von geopolitischen Krisen über die Energie- und Wärmewende bis hin zu den spürbaren Folgen des Klimawandels. Für die kommunale Wärmeplanung oder die Klimaanpassung vor Ort entwickeln Kommunen gemeinsam mit ihren Unternehmen und weiteren Akteuren konkrete Konzepte. Manche Projekte sind bereits umgesetzt und sparen Energie sowie Kosten. Zugleich schaffen sie Sicherheit auf neue Weise. Entscheidend ist dabei eine enge Abstimmung zwischen Kommunen und kommunalen Unternehmen, um die Umsetzbarkeit zu gewährleisten. Grundlegend bleibt eine solide Finanzierung.

Die gegenwärtige Situation bietet mit der Energie- und Wärmewende sowie der Transformation vieler Wirtschaftsbeiräte zugleich die Chance, bestehende Schwachstellen in Sicherheitsfragen zu beheben. Kommunen können sich resilienter aufstellen: Dort, wo weiterhin starke Abhängigkeiten von fossilen Energielieferungen bestehen, können Brüche in Lieferketten zu erheblichen Preissprüngen oder im schlimmsten Fall zu echten Lieferengpässen führen. So wird etwa kritisch auf die Füllstände der Gasspeicher in Bayern und die Frage geblickt, welche davon dauerhaft betrieben werden.

### Frage nach der Krisenfestigkeit

Umso widersprüchlicher erscheint es, dass aktuelle Maßnahmen zur Krisenvorsorge vielerorts weiterhin stark auf fossile Lösungen setzen. In Bayern fördert das Landesamt für Umwelt Notstromaggregate für die Wasserversorgung, die mit Diesel betrieben werden. Dieses Förderprogramm ist grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie krisenfest diese Lösung tatsächlich ist. Was geschieht, wenn eine Krise nicht durch ein Hochwasser ausgelöst wird, sondern durch eine Situation, in der Diesel nicht binnen weniger Tage als Nachschub verfügbar ist?

### Dezentrale Versorgung ist Sicherheitsstrategie

In einigen kommunalen Unternehmen sind Wasserversorgungen bereits durch regenerative Eigenstromversorgung resilient aufgestellt. Anderenorts scheitern Photovoltaik-Anlagen auf eigenen Liegenschaften und in räumlicher Nähe zum Wasserwerk jedoch daran, dass entsprechende Vorhaben nicht genehmigt werden. Teilweise fehlen auch die notwendigen Flächen. Gerade mit Blick auf die Versorgungssicherheit ist hier ein Umdenken erforderlich,

wie zuletzt auch Gespräche mit ukrainischen Gästen verdeutlichen. Dort gilt dezentrale Versorgung als zentraler Bestandteil der Sicherheitsstrategie.

### Betrieb in Krisensituationen sicherstellen

Positive Beispiele zeigen zudem, dass ein Großteil kommunaler Fahrzeugflotten elektrifiziert werden kann und vielerorts bereits elektrifiziert ist. Entscheidend ist nun, den Betrieb dieser Fahrzeuge auch in Krisensituationen sicherzustellen, etwa durch Batteriespeicher, die intelligent mit Wasser-, Windkraft, Photovoltaik und gegebenenfalls Biomasse gekoppelt sind. Solche Lösungen können auch für Krankenhäuser oder Wärmeräume eine sinnvolle Ergänzung bestehender Konzepte zur Krisenvorsorge und Resilienz vor Ort sein.

### Zentrale Rolle

Kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie die Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen spielen eine zentrale Rolle dabei, die Widerstandsfähigkeit ihrer Kommunen langfristig zu stärken. Damit verbunden ist nicht zuletzt die Frage, wie lebenswert Kommunen künftig für ihre Bürgerinnen und Bürger bleiben.

### Kostenlose Web-Seminare für neue Mandatsträger

Über aktuelle Themen der kommunalen Daseinsvorsorge informiert die VKU-Landesgruppe Bayern am 17. Juni von 08:30 bis 10:00 Uhr sowie am 25. Juni 2026 von 16:30 bis 18:00 Uhr in zwei kostenlosen Web-Seminaren. Die Veranstaltungen richten sich insbesondere an kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Bayern, die in den kommenden Jahren in Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen tätig sein werden. Anmeldungen sind per E-Mail an [lg-bayern@vku.de](mailto:lg-bayern@vku.de) möglich. **□**



Im Mittelpunkt eines parlamentarischen Frühstücks der VKU-Landesgruppe Bayern mit Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag stand u.a. das Thema Resilienz. Im Bild v.l. Rainer Nauert, Geschäftsführer Stadtwerke Augsburg Holding GmbH, Silvia Dollinger, stellv. Vorsitzende und Geschäftsführerin der Stadtwerke Eichstätt GmbH, sowie Gunnar Braun, Geschäftsführer VKU-Landesgruppe Bayern. **Bild: VKU**

# Holzenergie – Nachhaltiger Baustein der kommunalen Wärmewende?

Gastbeitrag von Jolanda Webersinn und Prof. Dr. Andreas Rothe

Die Wärmewende stellt Kommunen vor die Herausforderung, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung miteinander zu verbinden. Im bayerischen Oberland (Landkreise Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen) wurde die Nutzung von Holz zur Wärmegewinnung in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich ausgebaut. Eine aktuelle Studie hat nun untersucht, ob diese Entwicklung nachhaltig war und auch künftig ausreichend Energieholz zur Verfügung steht. Die Ergebnisse zeigen: Holzenergie kann in ländlichen Regionen weiterhin einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Energiewende leisten.

Holz ist ein nachwachsender, aber kein unbegrenzt verfügbarer Rohstoff. Für eine nachhaltige Nutzung ist daher entscheidend, wie viel Energieholz langfristig bereitgestellt werden kann. Die Bürgerstiftung Energiewende Oberland ließ bereits im Rahmen des Projekts „Bioenergieregion Oberland“ zwischen 2009 und 2015 eine umfassende Energieholzpotenzialstudie erstellen. Auf Grundlage dieser Untersuchung entstanden zahlreiche Biomasseheizwerke, wodurch die energetische Nutzung von Holz in der Region deutlich zunahm. Im Rahmen einer Masterarbeit an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (Webersinn, 2026) wurde die Studie nun aktualisiert und erstmals auch der tatsächliche Energieholzverbrauch berücksichtigt.

Die [Onlineversion](https://t1p.de/holzenergie) dieses Beitrags enthält ergänzende Daten, Grafiken und Literaturquellen und kann hier abgerufen werden: <https://t1p.de/holzenergie>.

## Vierte Bundeswaldinventur

In der neuen Untersuchung wurden das potenziell verfügbare Energieholz, der tatsächliche Holzeinschlag und der Energieholzverbrauch miteinander verglichen. Grundlage für die Berechnung des Nutzungspotenzials waren die Daten der vierten Bundeswaldinventur. Berücksichtigt wurden dabei Nutzungseinschränkungen wie nicht erschlossene Waldflächen ebenso wie ökologische Anforderungen, etwa Naturschutzgebiete oder die notwendige Bereitstellung von Tot-

holz. Die tatsächlich verfügbare Energieholzmenge wurde anschließend über den Energieholzanteil am Einschlag ermittelt. Die Nutzung wurde anhand des Energieholzeinschlags und des realen Verbrauchs auf Basis von Kaminkehrerdaten abgeschätzt.

## Studie sieht zusätzliches Energieholzpotenzial

Die Ergebnisse zeigen: Das jährliche Energieholzpotenzial im Oberland liegt bei rund 410.000 Festmetern. Dabei beträgt der Energieholzanteil am Einschlag im Privat- und Körperschaftswald 47 Prozent, im Staatswald 27 Prozent. Dem stehen ein aktueller Verbrauch an Waldholz von rund 370.000 Festmetern sowie ein Energieholzeinschlag von rund 350.000 Festmetern gegenüber. Die derzeitige Nutzung bewegt sich damit innerhalb nachhaltiger Grenzen. Trotz des bereits erfolgten Ausbaus besteht weiterhin ein zusätzliches Potenzial von rund 50.000 Festmetern pro Jahr.

Dominierende Baumart im Oberland ist die Fichte. Die massiven Schäden durch Sturmeignisse und Borkenkäfer insbesondere in Mittel- und Norddeutschland haben gezeigt, wie wichtig der Umbau hin zu stabileren Mischwäldern mit höheren Laubbaumanteilen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint auch ein moderater Abbau der hohen Holzvorräte sinnvoll. Mit durchschnittlich 440 Festmetern je Hektar liegen die Vorräte im Oberland über dem bayerischen Durchschnitt von 405 Festmetern je Hektar. Ein über zwanzig Jahre verteilter Vorratsabbau von fünf Prozent würde zusätzlich rund 50.000 Festmeter Energieholz pro Jahr bereitstellen. Insgesamt ergibt sich damit ein zusätzliches Potenzial von rund 100.000 Festmetern jährlich.

## Kritik an Holzenergie bleibt umstritten

Die energetische Nutzung von Holz wird in der öffentlichen Diskussion häufig kontrovers bewertet. Kritiker verweisen auf mögliche Übernutzung, Zweifel an der Klimaneutralität aufgrund der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Verbren-

nung, Konkurrenz zur stofflichen Nutzung oder Schadstoffemissionen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass im Oberland ausreichend Holz zur Verfügung steht, obwohl bei den Kalkulationen rechnerisch rund 50 Prozent des gesamten Holzzuwachses im Wald verbleiben. Wichtige ökologische Funktionen des Waldes – etwa ausreichende Totholz-mengen, Nährstoffnachhaltigkeit und die Schonung von Naturschutzgebieten – sind somit mit der Energieholznutzung vereinbar. Die bei der Verbrennung entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen werden im Holzzuwachs wieder gebunden, sodass Holzenergie bei nachhaltiger Waldbewirtschaftung bilanziell klimaneutral genutzt werden kann. Ein vollständiger Nutzungsverzicht in fichtendominierten Wäldern wäre dagegen kaum sinnvoll, da mit hoher Wahrscheinlichkeit Kalamitäten auftreten und diese zu erheblichen Kohlenstofffreisetzung durch Holzzerstörung führen, wie die aktuelle Bundeswaldinventur eindrücklich zeigt.

## Klimaschutz und Wertschöpfung

Aus Sicht des Klimaschutzes und der Wertschöpfung bleibt eine Kaskadennutzung sinnvoll, bei der Holz vorrangig stofflich verwendet wird. Allerdings bestehen im Oberland nur begrenzte regionale Verarbeitungsmöglichkeiten für Industrieholz. Unter diesen Bedingungen kann die regionale energetische Nutzung sinnvoller sein als lange Transportwege zur stofflichen Verwertung. Zudem eignen sich bestimmte Holzsortimente ausschließlich für die thermische Nutzung.

## Flexible Ergänzung

Insgesamt zeigt die Studie, dass Holz als nachwachsender, regional verfügbarer und speicherbarer Energieträger auch künftig ein wichtiger Baustein der kommunalen Wärmewende sein kann. Moderne Biomasseheizwerke verfügen über leistungsfähige Filtertechnik und verursachen nur geringe Schadstoffemissionen. Besonders in Kombination mit anderen erneuerbaren Wärmequellen wie Wärmepumpen und Solarthermie können die Vorteile von Holz genutzt werden. Aufgrund seiner guten Lagerfähigkeit eignet sich Energieholz insbesondere zur flexiblen Abdeckung

von Spitzenlasten im Winter und ergänzt damit andere erneuerbare Energien sinnvoll. Dadurch kann der begrenzte Rohstoff effizient eingesetzt und eine nachhaltige, klimafreundliche Wärmeversorgung sichergestellt werden.

**Details zur Studie:** Webersinn, J. (2026). Energieholzpotenzial im Oberland – Aktualisierung und Erweiterung der bestehenden Daten auf Aufkommens- und Verbrauchsseite. Masterarbeit an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, Freising.



## Energie und Rohstoffe der Zukunft

C.A.R.M.E.N.-Symposium 2026 in Straubing

Unter dem Motto „Nachhaltig. Innovativ. Vernetzt.“ lädt C.A.R.M.E.N. e.V. am 6. und 7. Juli 2026 zum 34. C.A.R.M.E.N.-Symposium nach Straubing ein. Die Fachveranstaltung widmet sich aktuellen Entwicklungen rund um erneuerbare Energien, Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Ressourcennutzung.

Das zweitägige Symposium bringt Vertreter aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis zusammen. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Zukunft von Wald und Holz, flexible Wärmesysteme, Biogas, Lastmanagement im Energiesystem sowie innovative Ansätze der Bioökonomie. Ergänzt wird das Programm durch Vernetzungsformate und Praxisbeispiele für Kommunen und landwirtschaftliche Betriebe.

## 25 Jahre KoNaRo

Zum Auftakt findet ein Fachplenum mit einer Podiumsdiskussion zum 25-jährigen Bestehen des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe (KoNaRo) statt. Die Moderation übernimmt Constanze von Hassel von der Bayerischen Gemeindezeitung. Zu den Teilnehmern zählen unter anderem Vertreter der Stadt Straubing, des Landkreises Straubing-Bogen, des TFZ Straubing sowie des TUM Campus Straubing.

Ein weiterer Höhepunkt ist die Festveranstaltung im Straubinger Herzogsschloss am Montagabend. Erwartet werden unter anderem Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Zudem werden der Ernst-Pelz-Preis und der Förderpreis Nachwachsende Rohstoffe verliehen.

## Weitere Infos und Anmeldung:

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an kommunale Entscheider, Fachbehörden, Energieakteure, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Anmeldungen sind bis 22. Juni 2026 möglich: [www.carmen-ev.de](http://www.carmen-ev.de).



Jolanda Webersinn.



Prof. Dr. Andreas Rothe.

## Zu den Autoren

- Jolanda Webersinn verfasste ihre Masterarbeit im Studiengang „Climate Change Management“ an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf.
- Dr. Andreas Rothe ist Professor an der Fakultät Wald und Forstwirtschaft der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und betreute die Arbeit.

# C.A.R.M.E.N.-Symposium 2026

Nachhaltig. Innovativ. Vernetzt. – Energie und Rohstoffe der Zukunft

06. & 07. Juli 2026 in Straubing

2 Tage | 8 Fachblöcke | 32 Vorträge



Jetzt anmelden unter [www.carmen-ev.de](http://www.carmen-ev.de)



C.A.R.M.E.N.

## Klimaneutrale Wärme für Dillingen

energie schwaben betreibt Wärmenetz auch die nächsten 20 Jahre  
Neues Pumpenhaus, weitere Investitionen und innovative Technologien

Zuverlässige klimaschonende Wärmeversorgung für die Stadt Dillingen: Auch für die kommenden 20 Jahre übernimmt energie schwaben die Verantwortung für Weiterentwicklung, Ausbau und Betrieb des Wärmenetzes in der Stadt. Mitte Mai unterzeichneten Frank Kunz, Oberbürgermeister in Dillingen, und Markus Last, Geschäftsführer energie schwaben, den Vertrag offiziell im neuen Pumpenhaus am Biomasse-Heizkraftwerk.

### Gemeinsam zur Energie- und Wärmewende

„Das Wärmenetz hat sich in mehr als 15 Jahren bewährt und als zuverlässig erwiesen. Damit bekommen die Bürgerinnen und Bürger in Dillingen auch eine Perspektive für die nachhaltige Wärmeversorgung der Zukunft“, erklärte Oberbürgermeister Kunz bei der Vertragsunterzeichnung. „Unsere Industriebetriebe und kommunalen Einrichtungen, die angeschlossen sind oder noch

werden, profitieren davon. Nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sowie den Gewerbetreibenden gelingt uns die Energie- und Wärmewende.“

### In die Zukunft gedacht: Kapazität verdoppelt

Mit der Vertragsverlängerung schafft energie schwaben die Grundlage, die Wärmeerzeugung in den kommenden Jahren schrittweise weiter zu transformieren. Um das Wärmenetz wei-

terentwickeln zu können, errichtete energie schwaben jetzt ein neues Pumpenhaus mit insgesamt fünf Pumpen. Die Kapazität wurde damit verdoppelt, Wärmenetz und Heizkraftwerk sind damit auch für die Zukunft optimal ausgerüstet. Weitere Gebäude und Liegenschaften können angeschlossen werden.

Geplant ist, das Wärmenetz kontinuierlich auszubauen und dabei auch neue Technologien wie Wärmepumpen sowie weitere erneuerbare Wärmequellen in die Versorgung zu integrieren.

### Zuverlässige und klimaschonende Wärme

„Mit dem Wärmenetz in Dillingen stellen wir die zuverlässige und nachhaltige Versorgung von Haushalten, kommunalen Institutionen und Gewerbebetrieben sicher“, erklärte Markus Last, Geschäftsführer energie schwaben. „Unsere Kundinnen und Kunden sind damit bestens für die Energiezukunft gerüstet, denn unsere Wärmenetze schonen das Klima.

Um den Betrieb und die Erweiterung kümmern wir uns.“ Sowohl Bauherren als auch Eigentümer von Bestandsbauten seien so auf jeden Fall auf der sicheren Seite.

Die Wärme für das Netz wird in Dillingen hocheffizient in einem Biomasse-Heizkraftwerk erzeugt. Die Holzhackschnitzel, die für den Betrieb verwendet werden, kommen aus der unmittelbaren Umgebung.

Der gleichzeitig erzeugte Strom wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist und leistet ebenfalls einen wichtigen Teil zum Gelingen der Energiewende. Die Wärme transportiert energie schwaben über Wärmeleitungen zu den Kunden vor Ort. Diese Art von Heizkraftwerk zählt mit einem Wirkungsgrad von bis zu 95 Prozent zu den effizientesten Energieerzeugungsanlagen, da sie Strom und Wärme gleichzeitig bereitstellen.

### Zahlen und Fakten

- Holzkessel mit ORC-Turbine
- Elektrische Leistung: 875 kW
- Thermische Leistung: 6.000 kW
- Nutzung Strom: öffentliches Stromnetz
- Nutzung Wärme: Einspeisung ins Wärmenetz

Mehr Information unter [www.energie-schwaben.de](http://www.energie-schwaben.de).



Auszeichnung als „Gestalter im Team Energiewende Bayern“ für eine sanierte Doppelhaushälfte aus dem Jahr 1921. Bild: Josef Hochhuber

## Projekt „Windheizung 2.0“ erfolgreich abgeschlossen

Mit dem Forschungsprojekt „Windheizung 2.0“ wurde in Bayern ein Ansatz entwickelt, um Gebäude als flexible Wärmespeicher für erneuerbare Energien zu nutzen. Ziel war es, Stromüberschüsse aus Wind- und Solarenergie über strombasierte Heizsysteme („Power-to-Heat“) in Wärme umzuwandeln und für Engpasszeiten zu speichern.

Im Projekt wurden unterschiedliche Speichertechnologien wie Betonkernaktivierung, Hochtemperatur-Steinspeicher und große Wasserspeicher in bewohnten Gebäuden erprobt. Eine sanierte Doppelhaushälfte aus dem Jahr 1921 in München wurde dafür sogar als „Gestalter im Team Energiewende Bayern“ ausgezeichnet.

Neben technischen Lösungen standen intelligente Steuerungs- und Regelungssysteme im Fokus. Die Erkenntnisse sollen künftig auch für Gebäudekühlung oder netzfreundliches Laden von Elektrofahrzeugen genutzt werden können.

Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unter Beteiligung des Bayerischen Landesamts für Umwelt und des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Weitere Partner waren Fraunhofer Institut für Bauphysik, Zentrum für Innovative Energiesysteme, Lechwerke AG, TenneT TSO GmbH, Klima-Top GmbH, Klöpfer-Therm GmbH & Co. KG, tekmar Regelsysteme GmbH, C3rolutions GmbH, RBW Rohrdorfer Betonwerke GmbH & Co. KG sowie der Bundesverband Kalksandsteinindustrie e. V.

## Weniger Bürokratie bei der Wärmeplanung

Kleine Kommunen sollen bei der kommunalen Wärmeplanung künftig deutlich entlastet werden. Das Bundeskabinett hat dazu eine Novelle des Wärmeplanungsgesetzes beschlossen. Kernstück ist die Einführung einer freiwilligen „kleinen Wärmeplanung“ für Gemeinden mit bis zu 15.000 Einwohnern.

Das vereinfachte Verfahren soll den Aufwand für kleinere Kommunen erheblich reduzieren. Umfangreiche Bestands- und Potenzialanalysen, detaillierte Zielszenarien sowie große Teile der Dokumentation können entfallen. Ziel ist es, Wärmepläne innerhalb weniger Monate praxisnah und mit vertretbarem Aufwand erstellen zu können. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche sprach von einer „spürbaren Entlastung des ländlichen Raums“. Die Wärmeplanung bleibe ein wichtiges Instrument, um Kommunen, Bürgern und Unternehmen Orientierung für die zukünftige Wärmeversorgung zu geben.

Auch die Digitalisierung der Wärmeplanung soll vorange-

bracht werden. Geplant ist ein neuer „Datenraum Wärmeplanung“, der den Austausch und die Nutzung von Daten zwischen Bund, Ländern und Kommunen erleichtern soll.

### EU-Energieeffizienzrichtlinie

Zudem setzt die Bundesregierung mit der Gesetzesnovelle Vorgaben der EU-Energieeffizienzrichtlinie um. Städte und Gemeinden mit mehr als 45.000 Einwohnern müssen künftig bei der Fortschreibung ihrer Wärmepläne auch die Kälteversorgung berücksichtigen.

Die kommunale Wärmeplanung ist seit dem 1. Januar 2024 bundesweit verpflichtend.

genen Kosten Rechnung zu tragen.

3. Sicherung des Netzzugangs für Biogasanlagen: Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass Biogasanlagen einen zügigen und effizienten Netzzugang erhalten, um ihre volle Kapazität ausschöpfen und flexibel auf die Bedürfnisse des Energiemarktes reagieren zu können.

4. Angleichung der Vorgaben zum Maisdeckel an das landwirtschaftliche Fachrecht: Die Bundesregierung soll die Reduzierung des sogenannten Maisdeckels für Biogasanlagen zurücknehmen, da dies zu einer erhöhten Flächenbeanspruchung durch Erzeugnisse führen würde. Zudem sind entsprechende Fruchtfolgenregelungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie der guten fachlichen Praxis einzuhalten.

5. Flexibilisierung von Güllekleinanlagen: Die Bundesregierung soll die Vorgaben für die Vergütung von Güllekleinanlagen von der installierten Leistung auf die Bemessungsleistung umstellen, um diese Anlagen flexi-

bel betreiben zu können und ihre Marktconformität zu verbessern.

6. Aufnahme von Biogas in die Kraftwerksstrategie: Biogas hat enorme Bedeutung als flexible, bedarfsgerecht einsetzbare Energiequelle. Die Bundesregierung soll deshalb Biogas in geeigneter Weise in die Kraftwerksstrategie aufnehmen, um diesen Vorteil voll zur Geltung zu bringen. Damit könnte in erheblichem Umfang fossiles Erdgas eingespart und Importabhängigkeiten reduziert werden.

7. Entwicklung einer umfassenden nationalen Strategie für grüne Gase: Die Bundesregierung soll unter enger Einbindung der Länder eine umfassende nationale Strategie für grüne Gase entwickeln, die neben Wasserstoff auch alle biogenen Gase sowie gasförmige Wasserstoffderivate umfasst.

„Ich bin davon überzeugt: Biogas ist Zukunft. Unsere Biogasanlagen sind Herzstück lebendiger ländlicher Räume und für viele unserer bäuerlichen Familienbetriebe ein zweites Standbein“, so Ministerin Kaniber abschließend. **DK**

## Austausch mit Kraftwerksbetreibern und Fischerei

Aiwanger: „Wasserkraft und Fischerei schließen sich nicht aus, wir müssen intelligente Lösungen für beide Seiten finden“ MÜNCHEN Die Zusammenarbeit von Wasserkraft und Fischerei in Bayern soll künftig noch gezielter optimiert werden, so Energieminister Hubert Aiwanger nach einem Gespräch mit Vertretern aus der bayerischen Fischerei, dem Kraftwerksbetreiber Uniper sowie dem Bayerischen Umweltministerium und der Wasserwirtschaft in München.

Aiwanger: „Wasserkraft und Fischerei in Einklang zu bringen, ist eine Herausforderung, der wir uns stellen. Dazu müssen alle Beteiligten an einen Tisch und gute Kompromisse erarbeiten. Die Wasserkraft ist unverzichtbar für Bayerns Energieversorgung und hat in der Vergangenheit schon viel in Ökologie und Fischschutz investiert. Oft haben auch kleine Maßnahmen große Wirkung und kosten gar nicht so viel. Es geht also nicht um Grundsatzentscheidungen, sondern darum, wie mit schnellen günstigeren Maßnahmen viel erreicht werden kann. Mir war und ist wichtig, Praktiker mit Sachverstand zusammenzubringen und gemeinsam einen Weg zu finden, wie wir hier ans Ziel kommen. Um die Lebensräume von Fischen im Umfeld von Wasserkraftanlagen zu erhalten und zu verbessern, können oft schon kleinere Maßnahmen, die nicht immer gleich Millionen kosten müssen, bei der Flussgestaltung Großes bewirken: Hilfen für Fischbrutplätze, Ufergestaltung, Altwasserentschlammung und vieles mehr. Viele sinnvolle Maßnahmen sind noch denkbar, wenn die Zusammenarbeit aller Beteiligten weiter optimiert wird. Ich danke allen Beteiligten für den offenen Dialog. Daran werden wir anknüpfen.“

Im Gespräch wurde deutlich, dass die Interessen von Stromerzeugung und Fischerei kein grundsätzlicher Widerspruch sind. Vielmehr sehen sich beide Seiten als Partner, die gemeinsam und mit Weitblick viel zum Schutz der Fischpopulation beitragen kön-

nen. Der größte Gewinn, da waren sich alle einig, könne erreicht werden, wenn statt einer punktuellen Betrachtung rund um einen Kraftwerksstandort der Lebensraum Fließgewässer im Gesamtzusammenhang betrachtet wird. Aiwanger kündigte an, bei der Fortsetzung des Dialogs auch weitere Akteure mit ins Boot zu holen. „Unser Ziel ist es, miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die eine zukunftsfähige Ausgestaltung bayerischer Wasserkraftanlagen zulassen und gleichzeitig den Lebensraum für Fische erhalten oder verbessern.“

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber unterstützt diesen Ansatz: „Wasserkraft ist in Bayern eine zentrale Säule der Energieversorgung. Die Wasserkraft ist als grundlastfähige Energie im Energiemix der Zukunft unverzichtbar. Bayern setzt auf eine naturverträgliche Wasserkraft. Unser Ziel ist ein ganzheitlicher Ansatz bei der Wasserkraftnutzung, der Hochwasserschutz, Naturschutz und nachhaltige Energieversorgung verbindet. Wichtig ist dazu ein offener Austausch zwischen allen Beteiligten.“

Rund 22 Prozent der Stromerzeugung in Bayern (ca. 13,2 Mrd. kWh) stammen aus Wasserkraft, etwa 60 Prozent des deutschen Wasserkraftstroms werden im Freistaat erzeugt. Uniper betreibt bundesweit rund 110 Anlagen mit einer Leistung von etwa 2 Gigawatt und einer Jahreserzeugung von rund 5 Milliarden Kilowattstunden – der Großteil in Bayern. **□**



Im Biomasseheizkraftwerk in Dillingen (v.l.): Markus Last, Geschäftsführer energie schwaben, Frank Kunz, Oberbürgermeister in Dillingen, und Ralf Oldenburg, Bereichsleiter Innovative Wärmelösungen energie schwaben. Bild: energie schwaben GmbH

### Süddeutscher Biogasgipfel in Ulm:

## Kaniber und Hauk fordern Biomassepaket 2.0

In Bayern und Baden-Württemberg sind aktuell insgesamt mehr als 3.700 Biogasanlagen in Betrieb. Damit stehen fast 40 Prozent der deutschen Biogasanlagen in Süddeutschland. In den kommenden Jahren läuft für mehr als ein Drittel der süddeutschen Biogasanlagen der 20-jährige Vergütungszeitraum nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz aus. Wie Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber und ihr baden-württembergischer Amtskollege Peter Hauk beim Süddeutschen Biogasgipfel in Ulm betonten, drohten ohne verlässliche Anschlussperspektiven intakte Anlagen stillgelegt zu werden. Beide Minister sehen deshalb akuten Handlungsbedarf in Berlin.

Laut Staatsministerin Kaniber ist Biogas für viele Höfe eine tragende Säule. Es sorge für Einkommen, schaffe regionale Wertschöpfung, liefere gleichzeitig erneuerbare Energie und sorge für mehr Krisenresilienz. Peter Hauk zufolge ist Biogas „ein Garant für Strom und Wärme – und das auch, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint“. Das Biomassepaket vom Januar 2025 sei deshalb ein wichtiger Schritt in die richtige

Richtung gewesen. Jetzt müsse ein Biomassepaket 2.0 folgen. Der aktuelle Entwurf zum EEG 2027 reiche nicht einmal dafür aus, den Bestand zu erhalten.

Mit der „Ulmer Erklärung“ geben Bayern und Baden-Württemberg ein Signal an den Bund, längst überfällige Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit von Biogasanlagen und deren Integration in den Energiemarkt zu schaffen. Dabei stehen folgende Forderungen im Mittelpunkt:

1. Erhöhung der Ausschreibungsvolumina für Biogas: Die Bundesregierung soll zusätzlich zu den bestehenden Verlängerungsoptionen die Ausschreibungsvolumina für Biogas im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für die Jahre ab 2027 massiv erhöhen, um sicherzustellen, dass diese mit den neuen Flexibilitätsanforderungen weiter betrieben werden können.

2. Flexibilisierungs-Zuschlag: Die Bundesregierung soll den Flexibilisierungs-Zuschlag auf 130 Euro pro kW erhöhen, um einen höheren Anreiz für Investitionen in die Flexibilisierung von Biogasanlagen zu schaffen und den gestie-



Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger hat sich im Gespräch mit Vertretern aus der bayerischen Fischerei, dem Kraftwerksbetreiber Uniper sowie dem Bayerischen Umweltministerium und der Wasserwirtschaft in München dafür ausgesprochen, die Zusammenarbeit zwischen Wasserkraft und Fischerei künftig noch gezielter zu optimieren. Bild: StMWi/Bastian Brummer

## Bundeskabinett beschließt Heizungsreform

Die Bundesregierung hat eine weitreichende Reform des bisherigen Gebäudeenergiegesetzes beschlossen und damit zentrale Regelungen der früheren Ampel-Koalition auf den Prüfstand gestellt. Das künftig unter dem Namen „Gebäudemodernisierungsgesetz“ firmierende Regelwerk soll den Einbau neuer Heizungen flexibler gestalten und insbesondere den weiteren Einsatz von Gas- und Ölheizungen ermöglichen. Der Gesetzentwurf wurde nun vom Kabinett verabschiedet und geht zur weiteren Beratung in den Bundestag.

Kern der Reform ist die Abkehr von den bislang umstrittenen Vorgaben zum Heizungsaustausch. Nach den Plänen der schwarz-roten Bundesregierung sollen Hauseigentümer künftig deutlich mehr Wahlmöglichkeiten erhalten. Neben Wärmepumpen, Fernwärmeanschlüssen, Hybridheizungen und Biomasseanlagen dürfen auch weiterhin neue Gas- und Ölheizungen installiert werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass diese schrittweise mit klimafreundlichen Brennstoffen betrieben werden.

### Bio-Treppe

Vorgesehen ist eine sogenannte Bio-Treppe. Demnach müssen Heizungen ab dem 1. Januar 2029 mindestens zehn Prozent klimaneutrale Energieträger wie Biomethan nutzen. Ab 2030 steigt der vorgeschriebene Anteil auf 15 Prozent, ab 2035 auf 30 Prozent und ab 2040 schließlich auf 60 Prozent. Ziel der Bundesregierung ist es, den Übergang zu klimafreundlicheren Heizsystemen schrittweise zu gestalten und gleichzeitig Eigentümer finanziell und technisch nicht zu überfordern.



Katherina Reiche, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Bild: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

### Technologieoffenheit, Investitionssicherheit und Flexibilität

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche betonte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs, ein verpflichtender Austausch funktionierender Heizungen werde künftig ausgeschlossen. Die Regierung setze stattdessen auf „Technologieoffenheit, Investitionssicherheit und Flexibilität“. Hauseigentümer sollten selbst entscheiden können, welche Heiztechnik für ihre Gebäude wirtschaftlich sinnvoll sei.

Parallel zur Heizungsreform brachte das Kabinett auch den Ausbau neuer Gaskraftwerke auf den Weg. Diese sollen eine zentrale Rolle bei der Sicherung der Stromversorgung übernehmen, insbesondere während sogenannter „Dunkelflauten“, wenn Wind- und Solarenergie nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Hintergrund ist der geplante Kohleausstieg bis spätestens 2038 sowie der weitere Ausbau erneuerbarer Energien.

Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sollen neue Gaskraftwerke spätestens ab 2031 bereitstehen, um mögliche Versorgungslücken zu verhindern. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent steigen. Im ersten Quartal 2026 lag dieser Anteil allerdings erst bei rund 53 Prozent. Szenarien der Bundesnetzagentur hätten gezeigt, dass ohne zusätzliche Kraftwerkskapazitäten ab 2031 Engpässe in der Stromversorgung drohen könnten.

Geplant sind zunächst Ausschreibungen für neue Kraftwerkskapazitäten von insgesamt elf Gigawatt ab Sommer 2026. Ein Großteil dieser Anlagen soll über

Gewerbe als auch zur Erzeugung von Strom und Wärme in kommunalen Einrichtungen und Privathaushalten.

### Information Zusmarshausen

Mehr als 6600 Menschen leben in Zusmarshausen und seinen 15 Gemeindeteilen. Der Anschluss an die Autobahn A8 macht Zusmarshausen attraktiv für Gewerbeansiedlung. Gleichzeitig genießen die Bewohnerinnen und Bewohner den hohen Wohn- und Freizeitwert, der durch die Lage im Naturpark Westliche Wälder und die Nähe zu Augsburg entsteht.

### Information energie schwaben

Aktuell sind 212 Städte und Gemeinden an 7.200 Kilometer Rohrnetzleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von energie schwaben und der hundertprozentigen Tochter schwaben netz. Mehr Informationen unter [energie-schwaben.de](http://energie-schwaben.de) und [schwaben-netz.de](http://schwaben-netz.de). □

längere Zeiträume hinweg kontinuierlich Strom liefern können, um Versorgungssicherheit auch in kritischen Wetterlagen zu gewährleisten. Laut Wirtschaftsministerium sollen die Kraftwerke so gebaut werden, dass sie künftig auf Wasserstoff umgestellt und spätestens ab 2045 vollständig treibhausgasneutral betrieben werden können.

### Zusätzliche Umlage für Stromkunden

Zur Finanzierung der neuen Kraftwerke plant die Bundesregierung ab 2031 eine zusätzliche Umlage für Stromkunden. Über diese sollen unter anderem Förderkosten und Vergütungen für Betreiber finanziert werden. Wie hoch die Belastung für Verbraucher ausfallen wird, ist bislang offen.

### Reaktionen

Unterschiedlich fielen die Reaktionen auf die Reformpläne aus. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßte insbesondere die Abkehr von der bisherigen 65-Prozent-Regel für erneuerbare Energien beim Heizen. Diese habe faktisch zu einer Wärmepumpenpflicht geführt. Positiv bewertete Aiwanger außerdem, dass eine ursprünglich diskutierte sogenannte Kaskadennutzung von Brennholz nicht Bestandteil des Gesetzes wurde.

Nach dem ursprünglichen Vorschlag hätte Holz zunächst vorrangig industriell genutzt und erst am Ende seines Lebenszyklus energetisch verwertet werden dürfen. Aiwanger sprach in diesem Zusammenhang von einem „schweren Fehler“ und wies auf ausreichende Holzressourcen in Deutschland. Holzreste könnten sinnvoll direkt zur

Energiegewinnung genutzt werden. Der Protest aus Bayern sowie aus der Wald- und Holzbranche habe maßgeblich dazu beigetragen, dass die Regelung nun gestrichen wurde.

Kritisch sieht Aiwanger dagegen weiterhin die geplante Beteiligung von Vermietern an CO2-Kosten sowie an Mehrkosten für klimafreundliche Brennstoffe bei Öl- und Gasheizungen. Dies führe zu zusätzlicher Bürokratie, belaste den Wohnungsbau und könne langfristig steigende Mieten verursachen.

Auch der Deutsche Städtetag äußerte sich zurückhaltend zu dem Gesetzentwurf. Hauptgeschäftsführer Christian Schuchardt erklärte, die Kommunen benötigten dringend Planungssicherheit für die Umsetzung der Wärmewende. Viele Städte arbeiteten bereits intensiv an kommunalen Wärmeplänen und hätten dafür erhebliche Investitionen vorbereitet.

### Warnung vor Doppel- und Dreifachstrukturen

Besonders kritisch sehen die Städte mögliche Auswirkungen auf den Ausbau der Fernwärme. Schuchardt warnte davor, gleichzeitig Gasnetze weiterzubetreiben, Stromnetze für zusätzliche Wärmepumpen auszubauen und parallel Fernwärmesysteme zu erweitern. Solche Doppel- und Dreifachstrukturen seien volkswirtschaftlich kaum sinnvoll und würden erhebliche Kosten verursachen.

Zudem befürchtet der Städtetag, dass die CO2-Einsparungen im Wärmebereich geringer ausfallen könnten als bislang geplant. Dadurch drohten zusätzliche Unsicherheiten bei der Erreichung der deutschen Klimaziele.

Die Bundesregierung müsse deshalb zeitnah klarstellen, mit welchen weiteren Maßnahmen sie ihre Klimaschutzverpflichtungen erfüllen wolle.

Auch der Verband kommunaler Unternehmen begrüßte zwar grundsätzlich die Einigung der Bundesregierung, sieht jedoch erheblichen Nachbesserungsbedarf. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sprach von einer wichtigen Grundlage für mehr Klarheit bei der Wärmewende, warnte aber zugleich vor offenen Fragen bei der praktischen Umsetzung.

Positiv bewertet der Verband unter anderem den Abbau bürokratischer Vorgaben etwa bei Übergangsfristen oder geplanten Fernwärmeanschlüssen. Gleichzeitig kritisierte der VKU die sehr kurze Frist zur Prüfung des umfangreichen Gesetzentwurfs. Viele Regelungen hätten erhebliche Auswirkungen auf kommunale Wärmeplanung, Infrastruktur und Investitionen.

Besondere Sorge bereitet dem Verband die Finanzierung paralleler Wärmeinfrastrukturen. In vielen Kommunen müssten gleichzeitig Gasnetze erhalten, Stromnetze verstärkt und Fernwärmesysteme ausgebaut werden. Dies sei langfristig weder wirtschaftlich noch für Verbraucher bezahlbar.

Der VKU fordert deshalb zusätzliche gesetzliche Maßnahmen, darunter eine Biomethan-Strategie, eine Reform der Fernwärmeregelungen sowie eine langfristige Absicherung der Kraft-Wärme-Kopplung. Nur so könne die Wärmewende verlässlich umgesetzt werden und Heiztechnologien wie Wärmepumpen, Fernwärme oder klimafreundliche Gase tatsächlich praxistaugliche Alternativen bleiben. **DK**



Bernhard Uhl, ehemaliger 1. Bürgermeister in Zusmarshausen, unterzeichnete im April den neuen Wegenutzungsvertrag mit schwaben netz, 100-prozentige Unternehmenstochter von energie schwaben. Links: Gabriele Krybus, Konzeptionsmanagement schwaben netz. Rechts: Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz.

Bild: Annette Zoepf, energie schwaben

### In Zukunft grünes Gas für Zusmarshausen:

## Wegenutzungsvertrag mit schwaben netz

Zuverlässige klimaschonende Energieversorgung für die Marktgemeinde Zusmarshausen: schwaben netz ist auch während der kommenden 20 Jahre für Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes verantwortlich. schwaben netz ist die 100-prozentige Tochter von energie schwaben. Anfang April 2026 unterzeichnete Bernhard Uhl, bis Ende April 1. Bürgermeister in Zusmarshausen, den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus.

„Mit dieser Perspektive können nicht nur die Gewerbebetriebe in Zusmarshausen planen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, denn zuverlässige Energieversorgung ist für alle wichtig. Unser bewährter Partner schwaben netz gibt der Marktgemeinde und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern die Sicherheit, dass sie langfristig und nachhaltig versorgt werden“, erklärte Bürgermeister Uhl bei der Vertragsunterzeichnung. „Wir als Kommune haben schwaben netz in den vergangenen Jahrzehnten als verlässlichen Partner erlebt und in allen Fragen gut zusammengearbeitet. Ich freue mich deshalb, dass die Marktgemeinde Zusmarshausen und schwaben netz auch in Zukunft eng zusammenarbeiten. Für meinen Nachfolger Ben Matthes und den neu gewählten Marktgemeinderat haben wir in puncto Infrastruktur und Energieversorgung eine gute Grundlage geschaffen, auf der sie aufbauen können.“

### Biomethan und Wasserstoff

„Wasserstoff in Gasnetzen verbindet Zukunft und Sicherheit: Mit klarem Blick auf Effizienz, Transparenz bei der Infra-

struktur und verantwortungsvolle Planung bringen wir ein emissionsarmes Gas sicher zu den Türen der Verbraucherinnen und Verbraucher“, sagte Gabriele Krybus, Kommunalkundenmanagement schwaben netz. „Wir arbeiten intensiv an der Umstellung der Verteilnetze und treiben die Energiewende in der Region voran.“

### 95 Prozent Wasserstoff-ready

Bereits heute sind mehr als 95 Prozent Gasverteilsnetzes von schwaben netz Wasserstoff-ready, sodass es in der Zukunft auch für den Transport von reinem Wasserstoff genutzt werden kann.“

### Vielfältige Anwendungsmöglichkeiten

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und umweltschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden und findet vielfältige Anwendungen, sowohl in Industrie und

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:  
**engagierte Menschen, die gestalten, tüfteln, anstoßen ...**

... und sich für die Energiezukunft stark machen.

Ausgezeichnet werden Projekte, die sich vorbildlich für Umwelt, Klima und Energieeffizienz einsetzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



**bayernwerk**



„Die Energiewende in die Realität umsetzen!“

## Rekordbudgets für Netzausbau bei der Bayernwerk Netz GmbH

Eine sichere und zuverlässige Energieversorgung ist heute – auch und besonders mit Blick auf die Energiewende und die Abkehr von fossilen Energien – eine zentrale Aufgabe der in diesem Feld tätigen Player. In der Oberpfalz wendet die Bayernwerk Netz GmbH im Jahr 2026 mehr als eine Viertel Milliarde Euro auf, um hier das Stromnetz für die Zukunft fit zu machen. Bei einem Pressegespräch im Zentrallager der Bayernwerk Netz GmbH in Ponholz (Maxhütte-Haidhof) standen neben den Investitionen insbesondere die aktuellen Rahmenbedingungen sowie die in den Einzugsgebieten der Kundencenter schon laufenden oder geplanten Maßnahmen im Mittelpunkt.

Als Ort hatte man die im Jahr 1963 gebaute Halle gewählt. Diese wurde nun erstmals kernsaniert, in ihr findet eine auf neuestem technischen Stand befindliche Regal-Anlage für die vielen Materialien, Gegenstände und Geräte Platz, die für die Energieversorgung gebraucht werden. „Die Versorgungssicherheit für die Baustellen und Bauprojekte ist sehr wichtig. Hier geschieht auch die Qualitätsprüfung der Waren“, betonte Georg Wallaschek, der Leiter des Zentrallagers Ponholz. In Bayern gibt es noch drei weitere solche Lager.

Die dezentrale Struktur (Lager, drei Kundencenter, Netzwerkstelle, Unternehmensleitung) beschrieb einleitend Dr. André Zorger, der Leiter des Kommunalmanagements Ostbayern. Gestiegen seien sowohl die Stromspeisung als auch die Bezugsanfragen (unter anderem durch Rechenzentren). Man verfüge über ein stabiles Netz, das ständig ausgebaut werde. Zorger nannte auch Zahlen für die Bayernwerk Netz GmbH: 640.000 Energieanlagen, 24.000 MW Leistung im Netz, 162.000 km Stromnetz und über 4000 Mitarbeiter.

Den Blick auf die Region warf Peter Ketterl, Leiter Technik Ost-

bayern. Betrug laut seines Beitrags die Investitionen im letzten Jahr bereits 220 Millionen Euro für die Oberpfälzer Mittel- und Niederspannungsnetze des Bayernwerks, so werde heuer ein „Rekordbudget“ in Höhe von 280 Millionen erreicht. „Die Elektrifizierung steigt, und damit der Bedarf an Einspeisung – auch im Wärmemarkt“, erläuterte Ketterl. Kapazitätserweiterungen gingen damit einher – beim Bayernwerk selbst und auch bei Partnerfirmen. Anhand detaillierter Zahlen skizzierte er die Zunahmen und Steigerungen in den einzelnen Segmenten. Auch verwies Ketterl auf die Unterstützung durch die Kommunen, mit denen bei Bauprojekten gute Kooperationen bestehen. Ebenso nannte er den Ausbau bei der Photovoltaik und den Wärmepumpen. Die Leistungsfähigkeit der Stromnetze werde durch Sensorik gestärkt, die Messwerte könnten so genau erfasst werden. Es handle sich, so Ketterl bilanzierend, um „hochautomatisierte Netzbetriebssysteme“.

Die Leiter der drei oberpfälzischen Bayernwerk-Kundencenter (Daniel Liegl/Schwandorf, Markus Segerer/Parsberg, Stefan Dobmeier/Weiden) stellten aus ihren Regionen jeweils mehrere

Baumaßnahmen mit ihren technischen Besonderheiten sowie den Investitionen vor. Die Spannweite lag dabei von 440.000 bis 9 Mio. Euro. Weit höher liegen die Kosten bei den Bauvorhaben im Hochspannungsbereich, dem „Rückgrat der Energiewende“, wie aus den Erläuterungen von Aaron Gottardi, Pressesprecher Hochspannungsprojekte, deutlich wurde. Umspannwerke, Freileitungen, teils auch Erdkabelleitungen machen diesen Bereich aus, im vergangenen Jahr wurden über 300 km Hochspannungsleitungen und 15 Umspannwerke neu geschaffen. Die Zunahme an Speicher, Rechenzentren und Erzeugungsanlagen macht diesen Ausbau nötig. „Die Funktion des Hochspannungsnetzes steigt“, fasste Gottardi zusammen, die Kosten der von ihm präsentierten Projekte bewegen sich zwischen 12 und 34 Mio. Euro.



Zentrallagerleiter Georg Wallaschek erläuterte die Beschaffenheit und Technik der Kabel. Bild: Markus Bauer

Bei der anschließenden Führung gab Zentrallagerleiter Georg Wallaschek einen Einblick in die Praxis. „Das Kernelement ist das Kabel. 3000 km Kabelumschlag sind heuer geplant“, erklärte er. Auf einer Trommel befinden sich ein Kilometer Kabel, pro Jahr werden ca. 4000 Trommeln verbraucht. Mit den weiteren Lagern kommen dann 6000 bis 7000 Kilometer zusammen. Gelagert sind hier aber auch Rohre für das Gasnetz – auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit – und Teile für Straßenbeleuchtung. „Das Bayernwerk ist ja auch Deutschlands größter Straßenbeleuchtungsnetzbetreiber“, informierte Wallaschek. Er wies zudem darauf hin, dass der Bayernwerk-Standort Ponholz in Sachen Energie auf Strom umgestellt wird. Im Lager werden etwa 6000 Bestandsartikel verwaltet, mit ca. 60 Baufirmen arbeitet die Bayernwerk Netz GmbH zusammen. Fünf bis zehn Firmen kommen pro Tag, weshalb eine „saubere Lagerbestandsverwaltung“ nötig ist. „Wir wollen die Energiewende in die Realität umsetzen“, schloss der Zentrallagerleiter seine Führung. **Markus Bauer**



Die am Pressegespräch beteiligten Mitarbeiter der Bayernwerk Netz GmbH. Bild: Markus Bauer

VKU-Studie „VNB-Roadmap 2045“:

## Kooperationen als Schlüssel für erfolgreiche Energiewende

Die Energiewende stellt die deutschen Verteilnetzbetreiber vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig kommt ihnen beim Umbau des Energiesystems eine zentrale Rolle zu. Zu diesem Ergebnis gelangt die Studie „Kooperationen von Verteilnetzbetreibern – VNB-Roadmap 2045“, die vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) bei der BET Consulting GmbH in Auftrag gegeben wurde.

Die Untersuchung zeigt, dass Kooperationen zwischen Verteilnetzbetreibern künftig eine entscheidende Voraussetzung dafür sein werden, den umfassenden Aus- und Umbau der Stromnetze wirtschaftlich und effizient zu bewältigen. Die Verteilnetzbetreiber gelten als Rückgrat der Energiewende, da sie die Integration erneuerbarer Energien, die Elektrifizierung von Wärme und Mobilität sowie die Digitalisierung des Energiesystems vor Ort ermöglichen.

### Steigende Anforderungen

Nach Einschätzung der Autoren steigen die Anforderungen an die Netzbetreiber seit Jahren kontinuierlich. Der Wandel hin zu stärker dezentralen, flexiblen und erneuerbaren Energiestrukturen erhöhe die Komplexität erheblich. Gleichzeitig wachse der Druck durch regulatorische Vorgaben, steigende Erwartungen an Versorgungssicherheit sowie den Bedarf an Transparenz und Steuerbarkeit der Netze.

Besonders deutlich wird die Dimension der anstehenden Aufgaben beim Blick auf die notwendigen Investitionen. Bis zum Jahr 2045 seien mehr als 235 Milliarden Euro für den Ausbau und die Modernisierung der Stromverteilnetze erforderlich. Hinzu kämen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, steigende Anforderungen an Cybersicherheit sowie die zunehmende Digitalisierung der Infrastruktur.

Die Studie betont dabei die besondere Bedeutung kommunaler und regional verankerter Verteilnetzbetreiber. Diese verfügten über detaillierte Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten, seien nah an Erzeugern und Verbrauchern und könnten deshalb bedarfsgerechte Lösungen entwickeln. Gerade die dezentrale Struktur der Branche werde als wesentlicher Erfolgsfaktor der Energiewende bewertet.

### Netzbetreiber stoßen an Grenzen

Nach Auffassung der Autoren stoßen viele Netzbetreiber mit isolierten Lösungsansätzen zunehmend an organisatorische und wirtschaftliche Grenzen. Kooperationen könnten deshalb helfen, Ressourcen effizienter einzusetzen, Know-how zu bündeln und Skaleneffekte zu erzielen. Dies gelte insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen.

Als besonders geeignete Kooperationsfelder nennt die Untersuchung unter anderem IT-

und Digitalisierungsstrukturen, Netzplanung und Netzbetrieb, intelligente Messsysteme, Netzanträge sowie Investitions- und Finanzierungssteuerung. Kooperationen müssten jedoch freiwillig erfolgen und an die jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen angepasst werden.

### Stärkere Standardisierung

Eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Zusammenarbeit sehen die Experten in einer stärkeren Standardisierung. Einheitliche Prozesse, harmonisierte Datenstrukturen und kompatible IT-Systeme seien notwendig, damit Kooperationen effizient funktionieren und wirtschaftliche Vorteile tatsächlich genutzt werden können. Standardisierung dürfe dabei nicht als Einschränkung regionaler Besonderheiten verstanden werden, sondern als Grundlage für eine funktionierende Zusammenarbeit dezentraler Akteure.

Der Verband kommunaler Unternehmen fordert deshalb einen regulatorischen Rahmen, der Kooperationen erleichtert und bestehende Hemmnisse abbaut. Gleichzeitig brauche die Branche langfristige Investitions- und Planungssicherheit. Diskussionen über pauschale strukturelle Eingriffe oder Zwangsfusionen würden den tatsächlichen Herausforderungen nicht gerecht.

### Hybride Strukturen für die Zukunft

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die zukünftige Verteilnetzlandschaft von hybriden Strukturen geprägt sein wird. Dezentrale und regional verankerte Netzbetreiber würden demnach weiterhin eine zentrale Rolle spielen, gleichzeitig aber verstärkt in funktionalen Kooperationen zusammenarbeiten. Die Autoren sehen darin keinen Widerspruch, sondern einen notwendigen Entwicklungsschritt. Die Energiewende könne nur gelingen, wenn die Akteure der Verteilnetzebene ihre Gestaltungsspielräume aktiv nutzen und die Transformation des Energiesystems gemeinsam vorantreiben.

Nach Einschätzung der Gutachter wird der Anpassungsdruck auf die Branche weiter steigen. Umso wichtiger sei es, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln, neue Formen der Zusammenarbeit zu etablieren und leistungsfähige, skalierbare sowie zugleich regional anschlussfähige Lösungen zu schaffen. **DK**

KLIMA<sup>3</sup>-Regionalkonferenz in Windach:

## Kommunen gestalten die Energie- und Wärmewende vor Ort

Rund 60 Teilnehmer bei der KLIMA<sup>3</sup>-Regionalkonferenz in Windach

Die Kommunale Wärmeplanung macht die Energie- und Wärmewende zur konkreten Aufgabe vor Ort. Gleichzeitig stehen die Städte und Gemeinden unter wachsendem Druck durch neue gesetzliche Vorgaben, offene Fragen der Versorgungssicherheit und weitreichende Infrastrukturentscheidungen. Mit der Regionalkonferenz im Mai in Windach hat die Energieagentur KLIMA<sup>3</sup> einen Blick auf die aktuellen energiewirtschaftlichen Entwicklungen genommen und gezeigt, wie die Umsetzung der Energiewende vor Ort gelingen kann: von strategischen Ansätzen bis hin zu konkreten Projekten.

Rund 60 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Klimaschutzverantwortliche und Verwaltungsmitarbeitende aus den KLIMA<sup>3</sup>-Landkreisen Starnberg, Fürstfeldbruck und Landsberg am Lech nahmen an der Konferenz teil. Nach der Begrüßung durch Windachs Bürgermeisterin Christiane Freisleder gab Anna Gruber von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft München einen Überblick über den Stand der

Energiewende. Demnach hat Deutschland bei den Erneuerbaren Energien im Bereich der Stromerzeugung „einen guten Job gemacht“. Der Anteil aus Erneuerbaren Energien hat sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt. Allerdings macht der Strom nur etwa ein Viertel des Endenergiebedarfs aus. In den Bereichen Wärme und Transport dagegen gab es keine signifikante Verbesserung.

### Kommunale Wärmeplanung als Motor der Energiewende

Christine Pabst, Klimaschutzmanagerin der Gemeinde Krailing, berichtete in ihrem Vortrag über die Maßnahmen, die die Gemeinde aus den Erkenntnissen der Kommunalen Wärmeplanung abgeleitet hat. So werden z.B. Liegenschaften mittels eines Smart-Pacht-Modells mit Photovoltaik ausgestattet. Dabei stellt die Gemeinde eine Dachfläche zur Verfügung, ein Dienstleister oder eine Genossenschaft, in diesem Fall die Energiegenossenschaft Fünfseenland, installiert eine PV-Anlage und verpachtet diese zu einem festgelegten Zins an die Gemeinde – ein Beispiel, wie eine Kommune auch in Zeiten knapper Finanzmittel die Energiewende vorantreiben kann.

Doris Kömmling, KLIMA<sup>3</sup>-Projektmanagerin, und Leonie Kühler, Praktikantin in der Energieagentur, gaben einen Einblick in das Kommunale Energiemanagement. So lassen sich mit einem systematischen Energiemanagement bis zu 20 Prozent der Energiekosten in einer Kommune einsparen. „Das Verhält-

nis zwischen Energiekosteneinsparung und Personal- und Sachkosten ist 3:1“, erklärte Doris Kömmling. „Dafür lohnt es sich, Personal für das Energiemanagement einzusetzen.“

### Praxisbeispiele und Projekte aus den Kommunen

Wie es gelingen kann, die Wärmewende in Bestandsgebäuden zu beschleunigen und gleichzeitig mehr Wohnraum zu schaffen, wird aktuell im Forschungsprojekt „EFH-Trafo“ untersucht, in dem die Energieagentur mitwirkt. „Wir suchen in den Regionen Fokusquartiere mit Potenzial für mehr Wohnraum“, erklärt Katrin Schaber, die das Projekt an der Hochschule Biberach leitet. Mit interessierten Eigentümerinnen und Eigentümern werden Gespräche über die verschiedenen Veränderungsoptionen geführt. „Wir entwickeln als Forschungsprojekt eine Handreichung“, betont Katrin Schaber. „Die Umsetzung muss dann mit Akteuren vor Ort passieren.“

Im Anschluss an den Vortragsteil konnten sich die Teilnehmenden an fünf Stationen zu den Themen „Datenbasierte Energie- und Wärmewende“, „Forschungsprojekt EFH-Trafo“, „EU-Projekt EnTranC: Energy Transition in Citizens' Hands“, „Kommunen in der Transformation: Projekt Komm:Transform“ und „Umsetzungsbeispiele für kommunale Nahwärme“ informieren und austauschen. Mit einem gemeinsamen Imbiss und Gesprächen ist die Veranstaltung ausgeklungen.

Andreas Weigand, KLIMA<sup>3</sup>-Geschäftsführer, zog eine positive Bilanz der Konferenz. „Der offene Austausch mit den Entscheidern und Umsetzern der Region hat wichtige Impulse gesetzt – besonders in einer Zeit, in der Kontinuität und gemeinsames Handeln wichtiger sind denn je.“ **□**



KLIMA3-Regionalkonferenz Windach 2026.

Bild: KLIMA<sup>3</sup>

Jahrespressekonferenz 2026 der Bayernwerk AG:

## Neue Spielregeln im Energiesystem

Trotz wachsender Herausforderungen sieht die Bayernwerk AG den Freistaat bei der Energiewende auf einem stabilen Kurs. Auf der Jahrespressekonferenz 2026 wies Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal darauf hin, dass eine sichere, resiliente und nachhaltige Energieversorgung zunehmend zur Grundlage für Wirtschaftskraft, Digitalisierung und gesellschaftliche Entwicklung im Freistaat werde. Die Energiewende sei längst kein reines Branchenthema mehr, sondern eine zentrale Zukunftsfage für Bayern.

Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet nach Angaben des Unternehmens weiter mit hohem Tempo voran. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 2.330 Megawatt neue Photovoltaik-Leistung an das Bayernwerk-Netz angeschlossen. Insgesamt speisen inzwischen rund 640.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen mit fast 24.000 Megawatt Leistung direkt in das Netz ein. Der Schwerpunkt liegt weiterhin auf Solarenergie. Gleichzeitig gewinnt auch die Windkraft an Bedeutung: Für neue Windkraftprojekte mit rund 5.500 Megawatt Leistung wurden bereits Einspeisezusagen erteilt.

Parallel dazu investiert das Bayernwerk massiv in den Ausbau der Netzinfrastruktur. 15 neue Umspannwerke sowie insgesamt rund 3.400 Kilometer neue Stromleitungen wurden 2025 errichtet. Zudem schreitet die Digitalisierung des Stromnetzes voran. Tausende digitale Ortsnetzstationen und Smart Meter sollen helfen, Stromflüsse besser zu steuern und Netzkapazitäten effizienter zu nutzen.

### Versorgungssicherheit

Nach Einschätzung des Unternehmens ist die Versorgungssicherheit derzeit gewährleistet. Trotz immer höherer Einspeisemengen arbeite das Stromnetz stabil. Einspeisespitzen von rund 13.000 Megawatt könnten zwischen bewältigt werden, obwohl die bisherige Höchstlast im Netzgebiet bei etwa 8.000 Megawatt liege. Befürchtungen über regionale Stromabschaltungen („Brown-Outs“) sieht das Bayernwerk aktuell nicht.

Westphal zufolge tritt die Energiewende nun in eine entschei-

dende neue Phase ein. Während die erste „Halbzeit“ vom massiven Ausbau erneuerbarer Energien geprägt gewesen sei, beginne nun der Umbau des gesamten Energiesystems. Dabei werde die Herausforderung deutlich komplexer. „In der zweiten Halbzeit wollen wir unsere Rolle als Spielgestalter und Spielmacher der bayerischen Energiezukunft weiter ausbauen“, erläuterte der Vorstandschef.

### Strombedarf wächst

Bis 2045 erwartet das Bayernwerk eine Verdreifachung der erneuerbaren Erzeugungslleistung im Freistaat. Gleichzeitig werde sich der Stromverbrauch nach Einschätzung des Unternehmens verdoppeln. Gründe dafür seien vor allem die zunehmende Elektrifizierung von Industrie, Verkehr und Wärmeversorgung sowie der wachsende Energiebedarf der Digitalisierung.

Besonders dynamisch entwickelt sich laut Westphal der Bereich der Rechenzentren. Derzeit lägen rund 40 Anfragen für neue Rechenzentren mit einem Gesamtleistungsbedarf von etwa 6.000 Megawatt vor. Schwerpunkte seien vor allem die Regionen München sowie Würzburg und Aschaffenburg. Exemplarisch nannte der Vorstand das geplante Projekt „Blue Swan“, eine KI-Gigafactory, mit der Bayern sich um ein europäisches Förderprojekt bewerben wolle.

Eine Schlüsselrolle im neuen Energiesystem sollen Speichertechnologien übernehmen. „Wir haben aktuell 79 Zusagen mit einer Leistung von 540 Megawatt für größere Grünstromspeicher erteilt. In Summe haben wir heute bereits über 3.000 Mega-

watt Speicherleistung an unserem Netz, vom Kleinspeicher bis zum Großspeicher. Bei Speicherleistung gehen wir stramm auf 50 Prozent unserer 8.000 Megawatt-Spitzenlast im gesamten Bayernwerk-Netzgebiet zu. Im Verhältnis zwischen Speicherleistung und der Spitzenlast im Bezug ist das ein höherer Wert als im Energieland Kalifornien, das häufig als Vorbild genannt wird. Das Speicherland Bayern blüht auf“, unterstrich Westphal, warnte aber auch vor überzogenen Erwartungen: Beim Ausbau von Großspeichern im öffentlichen Netz müsse man sorgfältig vorgehen, da diese mit dem Netz interagieren. Hier seien noch Regelungen erforderlich, die über das Bayernwerk hinausgehen.

Künftig muss aus Westphals Sicht stärker unterschieden werden, ob Anlagen netzdienlich, netzneutral oder netzbelastend wirken. Zudem sprach er sich für eine klare Priorisierung bei der Vergabe von Netzkapazitäten aus. Das bisherige „Windhundprinzip“ – wer zuerst kommt, erhält den Zuschlag – sei angesichts knapper Netzressourcen nicht mehr zeitgemäß.

Auch neue technische Konzepte sollen helfen, vorhandene Infrastruktur effizienter zu nutzen. Dazu zählen sogenannte Einspeisesteckdosen sowie die „Überbauung“ bestehender Netzanschlüsse. Letzteres ermöglicht beispielsweise, zusätzliche Windkraftanlagen an bereits vorhandene Anschlusspunkte von Solaranlagen anzubinden. Mit dem digitalen Tool „Snap Pro“ vermittelt Bayernwerk dafür passende Partner und Netzanschlüsse. Nach Unternehmensangaben sind bereits 60 Megawatt überbaute Leistung in Betrieb.

Ein weiteres Zukunftsthema ist das bidirektionale Laden von Elektroautos. Gemeinsam mit BMW testet Bayernwerk derzeit Fahrzeuge, die Strom nicht nur laden, sondern bei Bedarf auch wieder ins Netz zurückspeisen können. Dadurch könnten Elektroautos künftig als flexible Speicher Teil des Energiesystems werden.

Wärmeprojekte im ländlichen Raum bleiben herausfordernd. Auch Wasserstoff wird weiterhin als Zukunftsthema gesehen, eine belastbare wirtschaftliche Bewertung ist derzeit jedoch nur eingeschränkt möglich. Die KERL verfolgt weiterhin ihren Anspruch, die Städte und Gemeinden im Landkreis auch künftig verlässlich bei Energieprojekten zu unterstützen. Die Genossenschaft versteht sich dabei als Instrument kommunaler Zusammenarbeit und regionaler Wertschöpfung.

Landrätin Tanja Schweiger, Vorstandsvorsitzende der KERL eG, betont: „Für unsere Städte und Gemeinden ist die KERL ein wichtiges Unterstützungsinstrument. Gerade bei komplexen Energieprojekten ist es entscheidend, dass Know-how vor Ort gebündelt wird und die Kommunen auf verlässliche fachliche Unterstützung zurückgreifen können.“

Maximilian Köckritz, Wirtschaftsreferent des Landkreises Regensburg sowie Geschäftsführer der KERL eG und der Projekt GmbH, erklärt: „Die KERL ist auf einem guten Weg. Mit einer begrenzten Personal- und Kapitalausstattung haben wir bereits Beachtliches für die Region geleistet. Dafür gilt auch den Städten und Gemeinden unser ausdrücklicher Dank für die gute Zusammenarbeit und die verlässliche Unterstützung.“

Markus Oberhoff, Vorstand von re-sult, sagt: „Die Marktbedingungen verändern sich laufend. Deshalb ist es richtig, die Rahmenbedingungen regelmäßig zu überprüfen.“

Grundsätzlich sieht Bayernwerk große Chancen in einem dezentralen Energiesystem. „Wir brauchen eine klare und neue Rollenverteilung. Und das machen wir mit unserem Gartenzaun-Prinzip. Damit erweitern wir unser Flower-Power-Konzept und bringen Ordnung ins Spiel zurück“, erklärte Westphal. „Vor dem Gartenzaun ist das öffentliche Netz. Innerhalb des Gartenzauns ist die Spielwiese der Kunden. Diese können sich dort energetisch nach ihren Plänen aufstellen und optimieren. Aber nur bis zum Gartenzaun. Dort beginnt mit dem Netzanschlusspunkt das öffentliche Netz. Ab hier gelten die technischen Spielregeln des öffentlichen Energiesystems.“ Dies schaffe Freiheiten auf Kundenseite, klare Schnittstellen und klare Verantwortlichkeiten im Energiesystem.

### Milliardeninvestitionen

Nach Angaben von Finanzvorständin Daniela Groher hat die Bayernwerk AG bereits im Jahr 2022 auf die wachsenden Anforderungen der Energiewende mit einem konsequenten Wachstumskurs reagiert und setzt diesen nun weiter fort. „Schon im vergangenen Jahr haben wir beim Budget die Marke von zwei Milliarden Euro überschritten“, erklärte Groher. Für das Jahr 2026 plane das Unternehmen Investitionen von knapp 2,2 Milliarden Euro. In den Folgejahren sollen die Ausgaben weiter steigen.

Insgesamt plant die Bayernwerk-Gruppe zwischen 2026 und 2030 Investitionen von rund zwölf Milliarden Euro in die Energieinfrastruktur und die Energiewende in Bayern. Das Wachstum des Unternehmens habe zugleich positive Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft. Laut einer unternehmenseigenen Studie fließen durch die Geschäftstätigkeit des Bayernwerks jähr-



Präsentierten moderne Stromnetz-Technik zum Anfassen: Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG (Mitte), Finanzvorständin Dr. Daniela Groher und Albert Zettl, Vorstand Markt und Personal. Bild: Uwe Moosburger, altro Fotoagentur/ Bayernwerk AG

lich rund 300 Millionen Euro in die öffentlichen Haushalte Bayerns. Zudem vererbe das Unternehmen nach Möglichkeit Aufträge an Firmen aus dem Freistaat. „Von jedem Euro, den wir ausgeben, bleiben 64 Cent in Bayern“, bemerkte Groher.

Wie Personal- und Marktstand Albert Zettl darlegte, baue das Unternehmen seine Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz angesichts wachsender klimatischer, politischer und sicherheitsrelevanter Herausforderungen weiter aus. „Wir erleben die Auswirkungen des Klimawandels etwa durch das extreme Hochwasser 2024 in den Landkreisen Pfaffenhofen a. d. Ilm und Neuburg-Schrobenhausen. Gleichzeitig sehen wir Angriffe auf kritische Infrastrukturen wie zuletzt in Berlin. Sicherheit, Stabilität und Resilienz gehören daher zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit“, so Zettl.

Das Unternehmen betrachte das Thema Resilienz dabei nicht nur unter dem Aspekt des Kli-

maschutzes, sondern auch mit Blick auf mögliche physische Angriffe auf die Energieversorgung. Bayernwerk arbeite dazu eng mit Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr sowie Einsatz- und Hilfsorganisationen zusammen, überprüfe bestehende Schutzkonzepte und setze verstärkt auf Schulungen und Präventionsmaßnahmen. Zudem trage die regionale Verankerung vieler Beschäftigter, unter anderem durch ehrenamtliches Engagement bei Feuerwehr oder THW, wesentlich zur Krisenvorsorge bei.

Zettl informierte schließlich über die Aktivitäten der wettbewerblichen Tochtergesellschaften des Bayernwerks. Diese unterstützen Industrie, Gewerbe und Kommunen bei der Transformation in die neue Energiewelt. Zu den aktuellen Projekten zählen unter anderem ein Biomasseheizwerk für BMW in Dingolfing, Dekarbonisierungsvorhaben an Standorten der Bundeswehr sowie kommunale Wärmeprojekte wie die neue Wärmeversorgung in Haar. DK

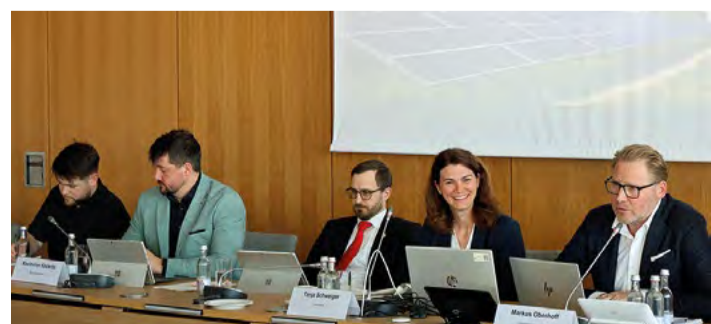
## KERL setzt auf wirtschaftlich tragfähige Energieprojekte

Die Kommunale Energie Regensburger Land eG (KERL) hat in ihrer Generalversammlung am 23. April im Landratsamt die weitere Ausrichtung ihrer Energieprojekte im Landkreis Regensburg beraten und festgelegt. Ziel bleibt es, die kommunale Energiewende im Landkreis zu begleiten und wirtschaftlich tragfähige Projekte umzusetzen.

Grundlage war eine Bewertung der bisherigen und potenziellen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund veränderter Marktbedingungen. Dabei wurde die KERL durch das Beratungsunternehmen re-sult begleitet, welches die Genossenschaft und die kreisangehörigen Gemeinden auch künftig bei der Entwicklung und Umsetzung von Energieprojekten unterstützen wird. Ein Schwerpunkt bleibt die Dach-Photovoltaik, die aus Sicht der KERL weiterhin ein tragfähiges Geschäftsfeld darstellt. Auch die Windkraft im Landkreis Regensburg wird weiterhin als wirtschaftlich interessantes Handlungsfeld bewertet,

wenngleich entsprechende Projekte mit einem hohen Kapitalbedarf verbunden sind.

Bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit anspruchsvoll. Gleichzeitig sieht die KERL bei gesicherten Flächen weiterhin Entwicklungschancen. In diesem Zusammenhang wird eine Kooperation mit Ørsted angestrebt, um auch künftig wirtschaftlich tragfähige Projekte umsetzen zu können. Der dänische Energiekonzern Ørsted ist eines der weltweit führenden Unternehmen für erneuerbare Energien an Land und gehört zu den Weltmarktführern in der Offshore-Windenergie.



V.r. Markus Oberhoff, Vorstand von re-sult, Landrätin Tanja Schweiger, Vorstandsvorsitzende der KERL eG; Maximilian Sedlmeier, Geschäftsleiter des Landkreises Regensburg; Maximilian Köckritz, Geschäftsführer der KERL eG sowie Pascal Ferstl, Landratsamt Regensburg. Bild: Christina Massi

## Heimisches Biogas aus Reststoffen

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune vertreten Sie und wie viele Einwohner zählt sie?

Ich darf den Markt Zeitlofs im Landkreis Bad Kissingen in der bayerischen Rhön mit knapp 2.000 Einwohnern vertreten.

Was macht Ihre Heimatkommune besonders lebenswert und was sollten Besucher dort unbedingt gesehen haben?

Der Markt Zeitlofs, aber auch die gesamte Region, ist besonders lebenswert durch die Kombination aus intakter Natur, einem aktiven Vereinsleben und vergleichsweise günstigen Lebenshaltungskosten. Hier kennt man sich, hält zusammen und gestaltet gemeinsam die Zukunft. Nicht umsonst heißt es bei uns oft, in der Rhön sei „die Welt noch ein Stück weit in Ordnung“. Besucher sollten vor allem die reiz-



## Matthias Hauke

Erster Bürgermeister  
Markt Zeitlofs

volle Landschaft der Rhön mit ihrem dichten Netz an Wander- und Radwegen erleben. Besonders empfehlenswert ist eine Tour auf dem Rhönexpress-Bahnradweg mit Halt am Gleispark Rupboden mit historischem Schienenbus sowie ein Abstecher zum Deutschen Fahrradmuseum im Staatsbad Bad Brückenau. Auch die „Strecke 46“ als längste historische Autobahnruine Deutschlands ist ein spannendes Ausflugsziel. Für den besonderen Abschluss lohnt sich ein Besuch unseres Himmelsschauplatzes im Sternpark Rhön im Ortsteil Dettler, ein beeindruckender Ort für die Beobachtung des Nachthimmels.

Seit wann sind Sie im Amt? Und sind Sie haupt- oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit dem 01.05.2020 als hauptamtlicher Bürgermeister im Amt und habe am 01.05.2026 meine zweite Amtszeit angetreten.

Welchen Beruf übten Sie vor Amtsantritt aus?

Ursprünglich habe ich den Beruf des Informationselektronikers erlernt. Nach rund zehn Jahren im Elektrobereich und der Ableistung der Wehrpflicht konnte ich 2011 die Stelle als Wasserwart in meiner Heimatgemeinde übernehmen. Diese Tätigkeit habe ich bis zu meinem Amtsantritt ausgeübt und mich in dieser Zeit berufsbegleitend erfolgreich mit der Ausbildung zur Fachkraft für Wasserversorgungstechnik weiterqualifiziert.

Was hat Sie persönlich motiviert in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich war bereits seit 2008 Mitglied im Gemeinderat und konnte so schon in jungen Jahren die Kommunalpolitik kennenlernen und wertschätzen. Parallel dazu war ich früh ehrenamtlich engagiert, ob als Jugendwart der Freiwilligen Feuerwehr Zeitlofs und später ab dem Jahr 2010 als 1. Kommandant oder auch im örtlichen Sport- und Kulturverein. Das Vereins- und Dorfleben liegt mir schon immer sehr am Herzen. Als mein Vorgänger nach 24 Jahren als ehrenamtlicher Bürgermeister nicht mehr zur Wahl angetreten ist, habe ich die Situation als Chance gesehen, sowohl zur beruflichen Weiterentwicklung als auch, um die eigene Gemeinde aktiv mitzugestalten und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine lebens- und lebenswerte Heimat weiterzuentwickeln.

Wie haben Sie sich auf Ihr Amt vorbereitet?

Die 12-jährige Tätigkeit im Gemeinderat sowie meine langjährige Erfahrung als Mitarbeiter des Marktes Zeitlofs haben mir den Einstieg ins Amt sehr erleichtert. Viele Themen und Projekte waren mir bereits vertraut, sodass ich gut vorbereitet starten konnte.

Ein besonders prägendes und zugleich anspruchsvolles Projekt war und ist die Sanierung unserer Wasserversorgungsanlage, die ich bereits in meiner Zeit als Wasserwart mit auf den Weg bringen konnte und die ich nun als Bürgermeister fachlich weiter begleiten darf.

Welche Herausforderungen standen zu Beginn Ihrer Amtszeit im Vordergrund?

Der Wechsel an der Spitze nach 24 Jahren, ein deutlich veränderter Gemeinderat mit über der Hälfte neuer Mitglieder sowie die schon fast vergessene Corona-Pandemie haben zu besonderen und teils unerwarteten Herausforderungen geführt. Gerade in einer Phase, in der man sich eigentlich besser kennenlernen und gemeinsam Projekte anstoßen wollte, standen Abstand statt Nähe und Unsicherheit statt Routine im Vordergrund. Hinzu kommt die finanzielle Situation, die, wie in vielen Kommunen, angesichts der Vielzahl notwendiger Investitionen eine große Herausforderung darstellt und weiterhin umsichtiges Handeln erfordert.

Auf welches Projekt oder welche Entscheidung Ihrer Amtszeit sind Sie besonders stolz?

Die Neugestaltung des ehemaligen Bahnhofgeländes in Rupboden direkt am interkommunalen Rhönexpress Bahnradweg zum heutigen Gleispark Rupboden ist ein ganz besonderes Projekt. Die Idee wurde noch kurz vor meinem Amtsantritt von einer Bürgerinitiative im Gremium vorgestellt und anschließend vom neuen Gemeinderat aufgegriffen, gemeinsam mit der Bürgerschaft geplant und umgesetzt. Aus der früheren Brachfläche ist ein attraktiver Ort für Erholung, Bewegung und Begegnung für Einheimische wie

Gäste entstanden. Wie bei vielen freiwilligen Leistungen stand auch dieses Projekt immer wieder in der Diskussion, öffentlich wie im Gemeinderat selbst. Umso erfreulicher ist es, dass wir an der Umsetzung festgehalten haben und das Projekt noch zum Ende dieser Amtszeit erfolgreich abschließen konnten.

Welche Themen beschäftigen Sie aktuell besonders?

Wir stehen aktuell vor dem größten infrastrukturellen Projekt in der Geschichte des Marktes Zeitlofs: der Sanierung unserer Wasserversorgungsanlagen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von knapp 10 Millionen Euro. Da es sich um eine kostendeckende Einrichtung handelt, sind wir verpflichtet, die Investitionskosten, abzüglich der vergleichsweise geringen Förderung über die RZWas, vollständig über Beiträge/Gebühren zu refinanzieren. Der Gemeinderat hat sich im vergangenen Jahr nach intensiver und ausgiebiger Diskussion für die, sicher härteste, aber im Hinblick auf weitere anstehende Großprojekte und die angespannte finanzielle Lage notwendige, vollständige Refinanzierung über Verbesserungsbeiträge entschieden. Das hat verständlicherweise zu großen Diskussionen und Unmut in der Bevölkerung geführt, was sich auch in den Wahlergebnissen, insbesondere meiner Wahl, widerspiegelt hat. Parallel dazu planen wir den Neubau eines fünfgruppigen Kindergartens und stehen zudem vor der Aufgabe, bei den neu ausgewiesenen Windvorrangflächen im Gemeindegebiet eine möglichst hohe regionale Wertschöpfung zu erzielen.

Mit welchen Themen möchten oder müssen Sie sich künftig auseinandersetzen?

Neben den bereits genannten Projekten wird die finanzielle Situation bei den vielen weiteren notwendigen Sanierungen und Maßnahmen das zentrale Thema bleiben. Hinzu kommen immer neue Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen übertragen, beispielhaft sei hier der gesetzlich verankerte Anspruch auf Ganztagsbetreuung genannt. Das stellt uns organisatorisch wie finanziell vor erhebliche Herausforderungen und erfordert klare Prioritäten sowie eine sehr sorgfältige Haushaltsführung.

Wie beziehen Sie Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft in Ihre Arbeit und Entscheidungsprozesse ein?

Für mich haben Transparenz und Ehrlichkeit in der gemeinsamen Arbeit oberste Priorität. Wenn man mit Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft auf Augenhöhe arbeitet und alle Beteiligten von Anfang an in Entscheidungsprozesse einbindet, schafft das Vertrauen und führt in der Regel auch zu tragfähigeren Lösungen. Mir ist wichtig, offen zu informieren, Zusammenhänge klar darzustellen und auch die finanzielle Realität nicht auszublenden. Der Gemeinderat ist dabei das zentrale Entscheidungsgremium, die Verwaltung bereitet die Themen fachlich vor. Die Bürgerschaft binde ich je nach Thema über Bürgerversammlungen und verschiedene Informationsformate ein. Das führt zwar auch mal zu mehr Diskussion, erhöht am Ende aber die Akzeptanz deutlich.

Welchen Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird die Kommunalpolitik künftig noch effizienter, transparenter und bürgernäher machen. Sie ist ein wichtiges und notwendiges Instrument für eine moderne Verwaltung. Gleichzeitig dürfen wir den persönlichen Kontakt nicht verlieren. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass digitale Lösungen hilfreich und notwendig sind, der direkte Austausch vor Ort aber durch nichts zu ersetzen ist. Kommunalpolitik lebt vom persönlichen Miteinander, das muss erhalten bleiben.

Welchen Rat geben Sie jungen Kolleginnen und Kollegen?

Aus meiner bisherigen Erfahrung hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, zu seiner Überzeugung zu stehen und das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn der Gegenwind stärker wird. Am Ende gilt auch hier: Ehrlichkeit und Transparenz sind die Grundlage für Vertrauen und erfolgreiche Kommunalpolitik. □



Trotz anfänglichem Starkregen und Graupelschauer waren fast 300 Besucher zum Drei-Franken-Treffen der CSU gekommen. V.l.: Johannes Maciejonczyk, neuer Landrat im Landkreis Bamberg, Bezirksrätin Gerlinde Mathes, Beate Nijkamp, CSU-Bezirksgeschäftsführerin Mittelfranken, MdL Andreas Schalk, Staatsminister Joachim Herrmann, MdB Dr. Anja Weisgerber, MdL Steffen Vogel, MdL Werner Stieglitz, MdB Dr. Konrad Körner, MdEP Stefan Köhler und Reinhold Rott, CSU Bezirksgeschäftsführer Oberfranken. Nicht auf dem Foto, aber mit dabei: Die Bundestagsabgeordneten Thomas Silberhorn und Tobias Winkler, Landtagsabgeordneter Kristian von Waldenfels, Landrat Dr. Christian von Dobschütz, Bezirksrätin Cornelia Griesbeck und die früheren Landtagsabgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf und Heinrich Rudolf. Bild: pmw

Herrman beim „Drei-Franken-Treffen der CSU“ mit großem politischem Aufgebot:

## „Demokratie wichtiger denn je“

„Anpacken und anstrengen“ müsse angesichts der enormen Herausforderungen das Motto für alle sein, so der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann. Nicht zuletzt angesichts der an Grenzen angelangten Staatsfinanzen seien Reformen unabdingbar. „Wir haben anstrengende Zeiten vor uns“ und die Erhaltung des in Generationen hart erarbeiteten Lebensstandards, „von dem 90 Prozent der Weltbevölkerung nur träumen“, funktioniere nicht mit weniger Arbeit.

Dies gelte auch für Bayern, „auch hier leiden wir unter der globalen wirtschaftlichen Problematik“. Gleichwohl verzeichne Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote im Ländervergleich. Notwendig seien „Solidarität, Eigenverantwortung, aber auch Flexibilität“ meinte bei diesem Thema der stellvertretende oberfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Thomas Silberhorn, Mitglied des Deutschen Bundestags und ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär.

### Tradition am Drei-Franken-Stein

Traditionell an Christi Himmelfahrt trifft sich die CSU am Drei-Franken-Stein bei Burghaslach, der Schnittstelle der drei fränkischen Bezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken zum „Drei-Franken-Treffen“. Schmunzelnd meinte der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann: „Wenn viele Franken sich treffen, wird das in anderen Teilen Bayerns oft nicht ohne Argwohn beäugt“.

### Diskussionen in schwierigen Zeiten

Dem unterfränkischen CSU-Bezirksvorsitzenden Steffen Vogel oblag es, die zahlreich anwesenden Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie Bezirks- und Landräte wie auch Bürgermeister in den „drei schönsten Regierungsbezirken Bayerns“ zu begrüßen. Der Landtagsabgeordnete lobte die ehrenamtliche Arbeit von gut 129.000 CSU-Mitgliedern in den Verbänden vor Ort, „in diesen bewegten und schwierigen Zeiten“ eine Herausforderung. Er sprach von anstrengenden aber notwendigen

politischen Diskussionen, die zur Problemlösung aber unabdingbar seien.

In seinem Grußwort hatte der Landrat des Landkreises Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim, Dr. Christian von Dobschütz, für das in Scheinfeld entstehende Naturparkzentrum und die Landesgartenschau 2027 in Bad Windsheim geworben. Pfarrer Hans Gernert aus Rehweiler sprach nicht nur über die Bedeutung des christlichen Feiertages, er beschwor auch das „Mit-

einander und die Einheit der Menschen, ohne Gleichmacherei“. Und er sprach über „Mächtigkeiten, die nicht selten gegen ihr Volk und andere Völker agieren“.

### Leistung muss sich lohnen

Die politischen Redner waren sich einig, dass Leistung sich wieder lohnen und der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren müsse. „Das wird alles nicht einfach“ und gerade deswegen und angesichts einer sich verändernden Parteienlandschaft sei es wichtiger denn je, die Demokratie nicht als solche in Frage zu stellen und sich stattdessen in demokratischen Parteien zu engagieren, „mitzumachen und mitzureden“. Es gehe um nichts weniger als den „Erhalt von Freiheit in Frieden“, so Innenminister Herrmann. pmw

## Neue Führung im Gemeindetag-Kreisverband Rosenheim

Der Bayerische Gemeindetag Kreisverband Rosenheim hat seine Vorstandschaft neu gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Bruckmühls Bürgermeister Richard Richter bestimmt. Ihm zur Seite stehen künftig Christoph Vodermaier (Riedering), Bastian Wernthaler (Wasserburg), Johannes Thusbaß (Prutting), Dr. Matthias Bernhardt (Oberaudorf), Susanne Kunz (Samerberg), Josef Niedermeier (Pfaffing) und Andreas Friedrich (Prien).

Die neue Vorstandschaft kündigte an, die bisherige Arbeit des Kreisverbands fortzuführen und den kommunalen Zusammenhalt im Landkreis weiter zu stärken. Ziel sei es, die Interessen der Städte und Gemeinden gegenüber staatlichen Ebenen weiterhin geschlossen und mit Nachdruck zu vertreten. Angesichts wachsender Herausforderungen und Zukunftsthemen komme der kommunalen Zusammenarbeit besondere Bedeutung zu, waren sich neue und ausscheidende Vorstandsmitglieder einig. Im Rahmen der Kreisverbandsversammlung am Tatzlwurden zudem langjährige Kom-

munalpolitiker verabschiedet. Für ihren Einsatz im Gemeindetag-Kreisverband und für die Kommunen im Landkreis würdigte der Verband Bernd Fessler (Großkarolinenfeld), Peter Kloo (Kolbermoor), Michael Kölbl (Wasserburg) und Rudolf Leitmannstetter (Vogtareuth). Die ehemaligen Rathauschefs waren bei der Kommunalwahl im Mai nicht mehr angetreten. Einen besonderen Abschluss bildete ein musikalisches „Pfidi“ für die ausgeschiedenen Bürgermeisterkollegen, vorgetragen von Bernd Fessler, Peter Kloo, Christoph Vodermaier und Richard Richter. □



Die neue Vorstandschaft des Bayerischen Gemeindetags Kreisverband Rosenheim (v.l.): Christoph Vodermaier (Riedering), Bastian Wernthaler (Wasserburg), Johannes Thusbaß (Prutting), Dr. Matthias Bernhardt (Oberaudorf), Susanne Kunz (Samerberg), Vorsitzender Richard Richter (Bruckmühl), Josef Niedermeier (Pfaffing) und Andreas Friedrich (Prien). Bild: Markt Bruckmühl

## 1250 Jahre Vilshofen:

## Jubiläumsjahr voller Höhepunkte

Vilshofen an der Donau feiert heuer ein besonderes Jubiläum: Vor 1250 Jahren wurde die Stadt erstmals urkundlich erwähnt. Anlass für das Jubiläum ist die Schenkung des Bauerngutes „Vilusa“ an das Kloster Mondsee im Jahr 776. Mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm würdigt die Donaustadt ihre Geschichte und richtet zugleich den Blick in die Zukunft.

Laut Erstem Bürgermeister Florian Gams ist das Jubiläumsjahr ein Höhepunkt für die gesamte Region. Geplant seien zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, darunter Lichtkunstprojekte, Theateraufführungen, historische Vorträge und ein großes Stadtfest.

## Vielfältiges Kulturprogramm im Jubiläumsjahr

Bereits am Neujahrstag begann das kulturelle Programm mit einem besonderen Konzert des Kultur- und Geschichtsvereins. Im Mittelpunkt stand die Uraufführung einer eigens komponierten Hymne an die Stadt Vilshofen mit Chören aus der Region. Ein weiterer Höhepunkt des Jahres war die Schweiklberger Orgelnacht im Mai. Glanzlichter werden zudem das Stadtfest Mitte Juni, die SommerSerenaden von Juni bis August, das Promenadenfest „Donau in Flammen“ im Juli sowie das tra-

ditionelle Volksfest Ende August setzen.

Auch der „Schwimmende Christkindmarkt“ wird wieder zahlreiche Besucher anziehen. Seit seiner Premiere im Jahr 2003 zählt die Veranstaltung zu den bekanntesten Adventsmärkten der Region. Besonderheiten sind unter anderem die neun Meter hohe Glühweinpyramide, die „Größte Brettkruppe der Welt“ sowie ein festlich geschmückter Christbaum mit 1.500 Kugeln.

## Lichtkunst verbindet Vergangenheit und Zukunft

Ein besonderer Schwerpunkt des Jubiläumsjahres liegt auf einem groß angelegten Lichtkunstprojekt. Unter dem Titel „1250 Jahre Vilshofen“ entstehen zwölf Lichtinstallationen an unterschiedlichen Orten im Stadtgebiet. Ziel des Projekts ist es, Vergangenheit, Gegenwart

und Zukunft der Stadt künstlerisch miteinander zu verbinden.

Eine der Installationen wurde im Februar an der Vilsbrücke präsentiert. Dabei verwandelten Licht- und Lasereffekte die Vils in einen symbolischen „Zeitunnel“. Jahreszahlen und historische Ereignisse erschienen auf der Brücke, darunter auch das Jahr 1860 als Erinnerung an den Eisenbahnschluss der Stadt.

## Festakt mit prominenten Gästen

Einen zentralen Höhepunkt des Jubiläumsjahres bildete jüngst der offizielle Festakt zum Stadtjubiläum. Mehr als 100 geladene Gäste nahmen daran teil, darunter als Schirmherr Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. In seiner Ansprache würdigte Söder die Entwicklung der Stadt und die Bedeutung des ländlichen Raums für Bayern: „Aus einer kleinen Siedlung an Donau und Vils ist die größte Stadt im Landkreis Passau und ein echtes Aushängeschild für Niederbayern geworden“, erklärte der Ministerpräsident. Vilshofen sei heute ein bedeutender Standort für Tourismus, Donaukreuzfahrten sowie moderne Einrichtungen wie das Technologie-Transferzentrum, die Landesbauverwaltung und das Schulzentrum. Besonders hob Söder das ehrenamtliche Engagement hervor: „Identität und Innovation, Laptop und Lederhose – genau diese Verbindungen machen Bayern aus. Vergelt's Gott allen, die über ihre Pflicht hinaus anpacken und anderen Freude bereiten.“

Auch Bischof Stefan Oster beteiligte sich an den Feierlichkeiten. Beim Pontifikalgottesdienst hob er die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervor und rief dazu auf, Kirche und Gemeinschaft als tragende Elemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts wahrzunehmen. „Gott segne diese wunderbare Stadt“, wünschte Oster Vilshofen am Ende seiner Predigt. DK

## 650 Jahre Stadt Grafenau:

## Feierlichkeiten erinnern an bewegte Geschichte

Grafenau blickt auf 650 Jahre Stadtgeschichte zurück. Am 13. Mai 1376 wurde der Ort von Kaiser Karl IV. zur Stadt erhoben. Auschlaggebend dafür war die Bedeutung Grafenaus als wichtiger Umschlag- und Handelsplatz im Salzhandel. Zum Jubiläum erwartet die Besucherinnen und Besucher ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm.

## Festakt mit hochrangigen Ehrengästen

Den Auftakt der Feierlichkeiten bildete ein Festakt im Atrium von Knauf Ceiling Solutions mit zahlreichen Ehrengästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Bürgermeister Jonas Höcker begrüßte unter anderem Staatsminister Christian Bernreiter, Bezirksstagspräsident Olaf Heinrich, Landrat Sebastian Gruber sowie Delegationen aus den Partnerstädten Schärzing und Bergreichenstein.

In seiner Ansprache erinnerte der Rathauschef an die Stadterhebung vor 650 Jahren und verwies auf die Entwicklung Grafenaus zu einer modernen und lebendigen Stadt. Einen historischen Überblick über die wichtigsten Stationen der Stadtgeschichte gab Thomas Paringer, Direktor des Staatsarchivs Landshut. Auch Staatsminister Christian Bernreiter würdigte die enge Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat sowie den starken Zusammenhalt in der Region. Grafenau stehe beispielhaft für die positive Entwicklung des Bayerischen Waldes.

## Historischer Festzug begeistert Besucher

Im Anschluss an den Festabend wurde beim Bürgerfest gemeinsam mit der Bevölkerung weitergefeiert. Zu den Gästen zählte auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der dem großen historischen Festzug mit mehr als 40 Gruppen und aufwändig gestalteten Themenwagen beiwohnte. Die Teilnehmer stellten sieben Epochen der Stadtgeschichte dar – von der Stadtgründung und der Burg Bärnstein über den Salzsäumerhandel, Kriegszeiten und Industrialisierung bis hin zur modernen Stadtentwicklung und den heutigen Städtepartnerschaften.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hob die Bedeutung des ländlichen Raums für Bayern hervor: „Die Seele Bayerns liegt im ländlichen Raum. Grafenau ist das Tor zum Nationalpark Bayerischer Wald und ein lebendiges Wirtschaftszentrum.“ Vor 15 Jahren, so Söder, sei die Region noch vor einem schweren Strukturwandel gestanden. Durch den Fleiß der Menschen und die Bereitschaft zu Veränderungen sei die Trendwende geschafft worden. Der Freistaat habe dabei durch Technologie, Wirtschaftsförderung und Behördenverlagerungen wie der Finanzamts-Außenstelle ganz gezielt mitgeholfen. „Diese Unterstützung setzen wir fort, weil Bayern weit mehr als nur seine Zentren ist. Die besondere Stärke des ländlichen Raums sind Zusammenhalt und Ehrenamt. Großer Dank an alle, die diesen einzigartigen Festzug möglich gemacht haben, und herzlichen Glückwunsch an Grafenau zum Jubiläum“, betonte der Ministerpräsident.

## Säumerfest als Symbol gelebter Tradition

Ein wichtiger Bestandteil der Grafenauer Tradition ist das Historische Säumerfest, das jährlich am Wochenende rund um den ersten Samstag im August stattfindet. Mit Säumerzug, Mittelaltermarkt, Gaukelei und historischen Darstellungen erinnert die Veranstaltung an die jahrhundertalte Handelstradition der Region. Im Jubiläumsjahr 2026 führt der Säumerzug erneut von Schärzing nach Grafenau. Anlass ist zugleich das 50-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit Schärzing. Anschließend zieht der Tross weiter nach Kasperské Hory, das seit 35 Jahren Partnerstadt von Grafenau ist. Menschen und Tiere begeben sich dabei erneut auf historische Handelswege und setzen ein Zeichen für die

## GZ PINOS WELT



Jetzt mal eine Frage an alle Leserinnen und Leser, die die zweite Lebenshälfte schon erreicht haben: Möchten Sie heutzutage jung sein?

Nein, es geht nicht um das Bashing der Gen-Z weil man deren Sprache nicht spricht, ihre Musik merkwürdig oder das ewige Social-Media-Gescrolle nervtötend findet. Es geht um den Vergleich zur eigenen Jugendzeit. Natürlich unverkärlich, denn auf ein Früher-war-alles-besser-Niveau sollte man nicht sinken.

Der Bürgermeister hat mir das mal so erklärt: Seine Jugend war für ihn eine Zeit des Aufbruchs, der Pläne, des Vorwärtsdrängens. Man hatte große Ziele, wie man die Welt retten oder wenigstens besser machen könnte – Weltfrieden, Kampf dem Hunger, Sieg über den Krebs. Darunter haben es wenige gemacht. Aber es gab auch die ganz banalen Wünsche und Ziele: Eine

## Zukunft? Bitte nicht stören!

Familie gründen, ein Haus bauen (oder eine Wohnung kaufen, wenn man nichts mit Gartenarbeit anfangen konnte), reisen, insgesamt ein spannendes, aber im Grunde gesichertes Leben. Und die Rahmenbedingungen waren ja da. Eine solide Berufsausbildung oder ein Studium als berufliche Basis, ein Bau- oder sonstiger Sparvertrag als Grundlage für das Eigenkapital zum Hausbau und ein breiter Konsens in der Gesellschaft und Familie: Die Kinder sollen (werden!) es einmal besser haben.

Wer heute jung ist, kann nicht mehr den Eindruck haben, die ganze Gesellschaft arbeite darauf hin, dass die Zukunft für die nachkommenden Generationen besser, sicherer oder angenehmer wird. Ich rede nicht von den vielbeschworenen äußeren Umständen, die zugegebenermaßen derzeit sehr herausfordernd sind. Denn Kriegsgefahr herrschte permanent von 1946 bis 1989, in Korea, Vietnam und den vielen Stellvertreterkriegen im Afrika der 70er Jahre wurde der Kalte Krieg sogar zu Zeiten heiß. Energiekrisen gab es, wie 1973, und was heute die Klimahysterie ist, war früher die Atomangst. Mit Richard Nixon gab es sogar vor Trump schon einmal einen amerikanischen Präsidenten, der die madman theory kultivierte.

Allerdings war das Mindset der Gesellschaft ein anderes als heute. Früher wurden gesellschaftliche Verhältnisse und Entscheidungen noch daraufhin hinterfragt, welche Auswirkungen sie auf die jungen Generationen haben. Heutzutage wird nur noch der Status quo bewahrt. Beispiel: Die Mieten sind – zumindest in den Städten mit Studien- und Arbeitsplatzangeboten – für junge Leute in der Regel unerschwinglich hoch. Wie wird darauf reagiert? Mit Kappungsgrenzen, Mietpreisbremsen und anderen Instrumenten, die diejenige schützen und privilegieren, die bereits eine Wohnung haben. Und eine Wohnung kaufen? Keine Chance bei den hohen Preisen, vor allem, weil man als junger Mensch kaum das Eigenkapital ansparen kann. Schließlich frisst die Kapitalertragssteuer ein Viertel des Ertrags der Sparanstrengungen.

Wie sieht es mit der Altersvorsorge der heute 20-Jährigen aus? Wenn der Kanzler die offensichtliche Wahrheit spricht und die gesetzliche Rente Basisversorgung nennt, brüllen die Sozialdemokraten in allen Parteien auf, als wäre Feuer vom Himmel gefallen. Rente mit 70, wie sie die Sozialdemokraten in Dänemark eingeführt haben? Tabu!

Und dann die Jobaussichten – wenn man die Zeitung aufschlägt: katastrophal. Die Automobilindustrie wird von den Chinesen plattgemacht, die KI nimmt in Zukunft allen die Arbeitsplätze weg. Studieren? Sinnlos. Leute, schon vor 50 Jahren starb die deutsche Automobilindustrie, damals angeblich von Japan gemeuchelt. Vor 30 Jahren sollte die Einführung von Informationstechnik alle Bürojobs killen und Not und Verzweiflung über die akademisch Gebildeten bringen. Aber nein, wie durch ein Wunder gelang der Strukturwandel und in den Ruinen des Alten blühte Neues. Diese Erzählung wäre heute wichtig.

80 Prozent der Deutschen wollen Reformen, aber nur 20 Prozent sind bereit, selbst zu verzichten. Wenn auf messbare Fakten wie Demografie und Mathematik verwiesen wird, um Reformen zugunsten der Chancen der Jugend zu begründen, lachen und johlen zukunftsblinde Funktionäre. Viele Arrivierte halten es offenbar mit G.B. Shaw: „Jugend ist etwas Wundervolles. Es ist eine Schande, dass man sie an die Kinder vergeudet.“

## Ihr Pino

## Steigende Sozialkosten beim Bezirk Schwaben:

## Austausch mit Bundes- und Landtagsabgeordneten

Die Rücklagen sind aufgebraucht und die Umlagekraft in Schwaben wächst zu gering, um die steigenden Sozialausgaben aufzufangen. Angesichts seiner angespannten Haushaltslage und der möglichen Folgen für die Landkreise und Gemeinden in Schwaben hat der Bezirk Schwaben Mitglieder des Bundestags und des Landtags zu einem Austausch eingeladen.

Zahlreiche schwäbische Abgeordnete aller Fraktionen aus Land- und Bundestag folgten der Einladung von Bezirksstagspräsident Martin Sailer nach Augsburg. Sailer dankte für die offene Diskussion und das große Interesse: Dieses sei in der aktuellen Lage besonders wichtig, denn man fahre sonst „sehen den Augen gegen die Wand“ und wundere sich über den Aufprall – mit Blick auf die Haushaltslage des Bezirks Schwaben und der weiteren sechs bayerischen Bezirke.

## Dramatische Finanzentwicklung

Kämmerer Martin Seitz stellte die Entwicklung der vergangenen Jahre dar: Der Verwaltungshaushalt stieg von 2021 bis 2025 von 879 Millionen Euro auf 1,128 Milliarden Euro, der Gesamthaushalt inklusive Vermögenshaushalt von 911 Millionen auf 1,135 Milliarden Euro. Gleichzeitig sind Rücklagen aufgebraucht, und die Verschuldung nimmt wieder zu. Um liquide zu bleiben, hat der Bezirk seit 2024 Kassenkredite aufgenommen – mit einem Höchststand von rund 173 Millionen Euro

im Februar 2026. Ein Teil dieser Mittel muss spätestens 2027 zurückgezahlt werden. Daher gilt eine weitere Erhöhung der Bezirksumlage ab 2027 als sehr wahrscheinlich. Seitz fasste zusammen: Die Kosten steigen, während eigene Einnahmen sinken.

## Sozialausgaben als Kostentreiber

Der größte Ausgabenblock ist der Sozialbereich. Der Bezirk betont, dass man sparsam wirtschaftet, freiwillige Leistungen 2026 um rund zehn Prozent kürzt und Personal effizient einsetzt. Dennoch sind echte Einsparungen kaum möglich, da rund 94 Prozent des Verwaltungshaushalts gesetzlich gebundene Sozialausgaben sind.

Die Sozialausgaben stiegen deutlich: von 840 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 1,08 Milliarden Euro im Jahr 2025. Für 2026 wird mit rund 1,13 Milliarden Euro gerechnet. Besonders stark wächst die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Die Kosten für Individualbegleitungen von Kindern und Jugendlichen haben sich von 23,1 Millionen Euro



V.l. Kämmerer Martin Seitz, Leiterin des Sozialverwaltungs des Bezirks Schwaben, Monika Kolbe, Bezirksstagspräsident Martin Sailer, Büroleiterin des Bezirksstagspräsidenten, Elena Eberlein. Bild: Daniel Beiter

ro (2021) auf 65,7 Millionen Euro (2025) fast verdreifacht. Assistenzleistungen stiegen im selben Zeitraum von 273,6 auf 378,2 Millionen Euro. Zudem nimmt die Zahl besonders betreuungsintensiver Fälle stark zu – von zwei Fällen im Jahr 2020 auf 30 Fälle im Jahr 2025.

## Standards auf den Prüfstand stellen

Als ein wesentlicher Kostentreiber gilt auch das Bundesteilhabegesetz (BTHG). Es soll Menschen mit Behinderung individuell zugeschnittene Unterstützung ermöglichen. Grundsätzlich wird dieser Ansatz unterstützt, in der Umsetzung jedoch als problematisch bewertet. Entweder entstehe ein hoher Verwaltungsaufwand durch individuelle Einzelfallsteuerung oder es müssten pauschal sehr hohe Leistungen gezahlt werden, um alle Fälle abzudecken. Kos-

tenneutral sei das Gesetz praktisch nicht umsetzbar, so die Einschätzung der Verwaltung. Bezirksstagspräsident Sailer kritisierte zudem, dass die Finanzierung über die kommunale Umlage erfolge und damit letztlich die Kommunen belaste: Das sei ungerecht. Gleichzeitig sei unstrittig, dass Teilhabe ein Menschenrecht sei. Ziel müsse es daher sein, unrealistische Standards zu hinterfragen, nicht aber die Teilhabe selbst infrage zu stellen.

## „Hausaufgaben“ für die Abgeordneten

Abschließend betonte Sailer, dass Bund und Freistaat stärker in der Pflicht seien, die kommunale Ebene zu entlasten. Man wolle den Abgeordneten konkrete Lösungsvorschläge für ihre parlamentarische Arbeit mitgeben, um künftige Gesetzgebungsverfahren stärker an der kommunalen Realität auszurichten. □

# 160 Jahre Freiwillige Feuerwehr München

Ein Jubiläum mit viel Blaulicht und ein großes Fest für Rettungs- und Hilfsorganisationen, das Ehrenamt sowie alle Helfer

Im Mai fand auf dem Odeonsplatz in München ein großes Fest mit vielen blauen Lichtern statt: die Freiwillige Feuerwehr ist 1866 von Menschen gegründet worden, die sich ehrenamtlich für die Rettung und Sicherheit der Bevölkerung einsetzten. Sie besteht inzwischen aus 1.100 Einsatzkräften sowie 190 Jugendlichen in der Jugendfeuerwehr, verteilt auf 22 Abteilungen in München, die ehrenamtlich und mit höchster Einsatzbereitschaft einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherheit der Stadt leisten. Gleichzeitig unterstützen sie die Berufsfeuerwehr. Dieses Fest war eine Anerkennung und ein Dankeschön genauso für alle Hilfs- und Rettungsorganisationen als auch für alle Ehrenamtlichen, die sich unentgeltlich für andere einsetzen, sich neben ihrem Beruf und Familie engagieren und ihre Freizeit opfern.

Mit dem Jubiläum Freiwillige Feuerwehr feierten mit Informationsständen, Rettungsfahrzeugen und der Berufsfeuerwehr München sowie einem spannenden Bühnenprogramm u.a. mit der internationale Katastrophenschutz, das Bayerische Rote Kreuz mit Wasser-Rettungshund, verschiedene Unfallhilfen, Hilfsdienste, das Technisches Hilfswerk, Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und die Tierrettung München (tierärztlicher Notdienst).

Auf der Bühne gab es ein spannendes Vortragsprogramm im Anschluss an die Begrüßung

durch den Stadtbrandrat Claudius Blank, ehrenamtlicher Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr München. Glückwünsche kamen auch vom Oberbranddirektor und Leiter der Branddirektion München Wolfgang Schäuble.

Mit einem Grußwort bedankte sich Stadträtin Dr. Evelyne Menges im Namen der Landeshauptstadt München bei der Jubilarin, allen Ausstellern, allen Einsatzkräften und allen Ehrenamtlichen für ihren aufopfernden Einsatz für die Allgemeinheit. Ihre herzlichen Dankesworte sprach sie als Stadträtin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende für den erkrank-

ten neuen Oberbürgermeister Dominik Krause. Sie appellierte eindringlich dafür, dass Menschen die Einsatzkräfte bei ihrem schweren und oft gefährlichen Einsätzen nicht behindern oder gar belästigen oder angreifen dürfen.

„Einen Einblick in die vielfältige Arbeit von Freiwilliger Feuerwehr und Berufsfeuerwehr, Katastrophenschutz bietet dieser Blaulichttag. Ihr Engagement ist nicht wegzudenken aus dem Gefüge dieser Stadt. Daher setzen wir alles daran, ihnen optimale Be-

dingungen zu bieten. Der Stadtrat hat 120 Millionen Euro für die Modernisierung der Gerätehäuser und Ausstattung beschlossen, ein wichtiger Beitrag zu guter Infrastruktur und Sicherheit für alle Münchnerinnen und Münchner“, so Oberbürgermeister Dominik Krause in seinem schriftlichen Grußwort.

Der Vortrag „Krisenvorsorge für 3 Tage: dein Masterplan für den Ernstfall“ war besonders aktuell durch den vergangenen Stromausfall in Berlin. Antje Jörg (Geschäftsleiterin der Berufsfeuerwehr München) und Kathrin Kuder (Sachgebietsleiterin Abteilung Bevölkerungsschutz bei der Branddirektion) ließen sehr anschaulich einen Notfall-Rucksack packen. Dr. Evelyne Menges konnte als Freiwillige zei-



Unterstützung für den Blaulichttag durch die Münchner Kommunalpolitik: V.l. Stadträte Nihat Demir, Leo Angerer, Dr. Evelyne Menges und Laurenz Kiefer. Bilder: RW



Laura und Carolin durften die Herztöne des Hundes abhören.

gen, wie sie ihren Rucksack richtig packt. Mit dieser gründlichen und anschaulichen Information und nach dem Vortrag über die „Funktion einer Rettungskette“ kann man etwas beruhigter in die Zukunft schauen.

### Starkes Zeichen für den Tierschutz

„Jeder Mensch und jedes Tier ist im Notfall auf die Hilfe von anderen Menschen angewiesen. Die Arbeit von Rettungskräften, die ihr Leben und ihre Zeit der Hilfe anderer widmen, kann man nicht hoch genug würdigen. Dieser Blaulichttag bietet spannende Einblicke in die Welt der Rettungsdienste und auch in die Arbeit der Tierrettung München und setzt ein starkes Zeichen für den Tierschutz und die Bedeutung schneller Hilfe im Notfall für Mensch und Tier gleichermaßen.“ Im Gespräch mit der Baye-

rischen Gemeindezeitung führte Dr. Evelyne Menges aus, dass sie den tierärztlichen Notdienst, die „Tierrettung München e.V.“, vor 25 Jahren gegründet hat, der sich seitdem mit seinem tierärztlichen Team rund um die Uhr für die Rettung von Haus- und Wildtieren einsetzt und eng mit Polizei und Feuerwehr zusammenarbeitet.

Die Wiederbelebung durch Herzmassage an Mensch und Hund war ein großer Anziehungspunkt an mehreren Ständen besonders für wissensdurstige Kinder, die es unter Anleitung ausprobieren durften. Mehrere tausend Menschen hatten sich vom wechselhaften Wetter nicht vom Besuch dieser großen Jubiläumsveranstaltung der Blaulichter abhalten lassen und gingen mit dem Gefühl nach Hause, in sicheren und vertrauensvollen Händen bei diesen gut geschulten Einsatzkräften zu sein. RW

### Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12/2026, die am 18. Juni 2026 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT - E-Government - Breitband - Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Wasser - Abwasser
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
  
**Fahnen Koch**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

**BVK** Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
  
**Etschel Brunnenservice GmbH**  
 Ihr Brunnenpartner  
 Leopoldstr. 66 - D-95030 Hof  
 Tel.: +49 (0) 9281 8401430 - info@etbs.de

### Gemeindezeitung auf Social Media:



### Energiedienstleistung



### 17. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)



### Fahnen / Arbeitsbekleidung

**FAHNEN KÖSSINGER**  
  
 Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling  
 Tel: 09451 9313-0 • [www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)

Arbeitskleidung  
 Länderfahnen  
 Gemeindefahnen  
 Fahnenmaste  
 Vereinsbedarf

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
  
**Fahnen Koch**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER FÜR IHRE KOMMUNE.**  
  
 bisping & bisping  
 BISPING.DE/KOMMUNEN-NETZPARTNER

### 13. BAYERISCHES BREITBANDFORUM

[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

**GLASFASER**  
 Schnell. Stabil. Zukunftssicher.  
  
[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

### Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen.**  
  
 DSGVO  
 ext. DSB  
 ext. ISB  
 LSI-Siegel  
 BSI Kommunal  
 CISIS12  
 Schulungen  
 eLearning  
[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

### Informationssicherheit und Datenschutz

**G DATA**  
  
 CyberDefense

### Kommunalberatung

**KUBUS**  
  
 Firmensitz Schwerin  
 0385/30 31-251  
 info@kubus-kb.de  
 Standort München  
 089/44 235 40-00  
 bayern@kubus-kb.de  
[www.kubus-kommunalberatung.de](http://www.kubus-kommunalberatung.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die  
kommunale Immobilienentwicklung  
  
[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) 

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
 Telefon 08171 / 9307-12  
 steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
 Telefon 08171 / 9307-17  
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

**BUCHER municipal**  
  
 Eine komplette  
**Produktpalette** für  
 effektiven Winterdienst  
 Driven by better

### Kommunalfahrzeuge



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) 


Abonnieren Sie unseren  
**KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
 Kommunales Leasing  
 für Mobilien und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



### Spielgeräte

**spielart GmbH**  
**Abenteuerliche Spielgeräte**  
  
 Mühlgasse 1 | D-99880 Laucha  
 Telefon: 0 36 22 - 40 11 20 - 0  
[www.spielart-laucha.de](http://www.spielart-laucha.de)